

Die Fundstelle Bayern

Fachzeitschrift für die kommunale Praxis

Herausgeber

Dr. Hanns-Hendrik Braese, Ltd. Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium des Innern,
für Bau und Verkehr

Dr. Gerhard Ecker, Oberbürgermeister der Stadt Lindau (Bodensee)

Günter Heimrath, Geschäftsf. Direktor des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes

Dr. Johann Keller, Geschäftsf. Präsidialmitglied des Bayer. Landkreistages

Andreas Schmitz, Vors. Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof

71. Jahrgang

2017

Jahresinhaltsverzeichnis

FSSt vor der Randnummer = „FUNDSTELLE“, GK = „GEMEINDEKASSE“

I. Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bedeuten **Randnummer** und Seite

II. Verzeichnis der Entscheidungen ab S. 45

A

Abfallentsorgung

- Personengesellschaften können Sammler i.S. von § 3 Abs. 10 KrWG sein FSSt **9**, 26
- Eine auf § 18 Abs. 5 KrWG gestützte Untersagungsverfügung ist ein Dauerverwaltungsakt FSSt **9**, 26
- Zur Frage, wann eine Sammlung beendet ist FSSt **9**, 27
- Bundesverwaltungsgericht zur Zulässigkeit von gewerblichen Abfallsammlungen nach §§ 17, 18 KrWG FSSt **139**, 472
- Kein genereller Schutz des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gegen die Konkurrenz durch gewerbliche Altkleidersammler FSSt **139**, 473
- Die Anforderungen an die Darlegung der ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung von Altmetallen dürfen bei Kleinsammlern nicht überspannt werden FSSt **139**, 474
- Betriebseinstellung einer Abfallbehandlungsanlage FSSt **188**, 637
- Zweifel an der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbedürftigkeit und materiellen Genehmigungsfähigkeit einer formell ungenehmigten Anlage gehen zu Lasten des Betreibers FSSt **188**, 637

Abgaben

- Nachzahlungszinsen; Zinshöhe von 0,5 % pro Monat; Verfassungsmäßigkeit bei deutlich niedrigeren Marktzinsen GK **221**, 507
- Der Gesetzgeber besitzt auch bei der Ausgestaltung von Zinsvorschriften einen Gestaltungs- und Typisierungsspielraum GK **221**, 508
- Durch die gesetzliche Zinsregelung werden auch in der aktuellen Niedrigzinsphase Liquiditätsvorteile abgeschöpft GK **221**, 508

- Eine typisierende Zinsregelung muss nicht das aktuelle durchschnittliche Zinsniveau widerspiegeln, sondern lediglich dem Übermaßverbot genügen GK **221**, 509
- Die effektive Zinsbelastung beträgt u.a. wegen der zinsfreien Karenzzeit nach § 233a Abs. 2 Satz 1 AO weniger als 0,5 % pro Monat GK **221**, 510

Abgabenbescheide

- Statthafte Klageart bei behauptetem Nichtzugang eines kommunalen Abgabebescheids und begehrter Rückzahlung bereits geleisteter Abgaben GK **126**, 325

Abgabenordnung

- Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens GK **14**, 37
- Erweiterung der Amtsermittlungsgrundsätze (§ 88 AO n.F.) GK **14**, 37
- Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft (§ 89 AO n.F.) GK **14**, 37
- Abgabefristen für Steuererklärungen (§ 149 AO n.F.) GK **14**, 38
- Vereinfachungen bei der Abgabe von Steuererklärungen (§§ 93c und 150 AO n.F.) GK **14**, 39
- Verspätungszuschlag (§ 152 AO n.F.) GK **14**, 39
- Schreib- oder Rechenfehler bei Erstellung einer Steuererklärung (§ 173a AO n.F.) GK **14**, 40
- Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenordnung (AO) GK **116**, 298

Abwasserabgabe

- Kein Vorbelastungsabzug (§ 4 Abs. 3 Satz 1 AbwAG) für zugeleitetes Wasser, das aus Wasserversorgungseinrichtungen stammt FSSt **109**, 383
- Unmittelbare Entnahme i.S. von § 4 Abs. 3 Satz 1 AbwAG? FSSt **109**, 384

- Abgabepflicht und Verursacherprinzip
FSSt 109, 385
- Die Nichtberücksichtigung beim Vorbela-
stungsabzug von Trinkwasser aus Trinkwasser-
versorgungseinrichtungen verstößt nicht gegen
den Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG
FSSt 109, 386

Akteneinsicht

- Akteneinsicht bei beamtenrechtlichen Konkur-
rentenstreitverfahren FSSt 179, 610
- Maßgebliche Auswahlerwägungen muss ein
unterlegener Stellenbewerber nachvollziehen
können FSSt 179, 610
- Grundsätzlich können Beurteilungen von Kon-
kurrenten eingesehen werden; dem Recht auf
informationelle Selbstbestimmung von Kon-
kurrenten ist dabei Rechnung zu tragen
FSSt 179, 612
- Vergabe öffentlicher Aufträge: Recht auf
Akteneinsicht GK 109, 284
- Selbständige Anfechtbarkeit einer zugelas-
senen Akteneinsicht GK 109, 285
- Abwägung der widerstreitenden Interessen
bei einem Verlangen auf Akteneinsicht
GK 109, 285
- Vollständige Untersagung der Akteneinsicht
oder teilweise Schwärzung der Unterlagen
GK 109, 286

Altersteilzeit

- Erhöhung des Wertguthabens in Altersteilzeit
nach dem TV FlexAZ GK 94, 253

Amtshaftung

- Bei Geltendmachung von Amtshaftungsansprü-
chen wegen „Mobbing“ ist die Anwendbarkeit
von § 839 Abs. 3 BGB nicht generell ausge-
schlossen FSSt 194, 651

Arbeitnehmer

- Doppelte Billigkeitsprüfung bei vorübergehen-
der Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit
an einen Arbeitnehmer FSSt 35, 119
- Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgeset-
zes (AÜG) und anderer Gesetze FSSt 134, 455
- Anwendungsbereich des AÜG für kommunale
Arbeitgeber FSSt 134, 455
- Überlassungshöchstdauer FSSt 134, 457
- Equal Pay FSSt 134, 458
- Streik FSSt 134, 458
- Schwellenwerte FSSt 134, 458
- Fremdpersonaleinsatz FSSt 134, 459
- Benutzung dienstlicher Telekommunikations-
anlagen – Neufassung der TKBek FSSt 154, 527

- Dienstliche Telefongespräche FSSt 154, 528
- Private Telefongespräche FSSt 154, 528
- Datenschutzrelevante allgemeine Regelungen
FSSt 154, 529
- Vorgezogener Stufenaufstieg wegen überdurch-
schnittlicher Leistung; Gleichbehandlung von
Bediensteten eines Jobcenters FSSt 163, 560
- Vorgezogener Stufenaufstieg wegen überdurch-
schnittlicher Leistung; Gleichbehandlung von
Bediensteten eines Jobcenters FSSt 163, 561
- Reichsbürgerbewegung; sog. Malta-Masche
von Anhängern der Reichsbürgerideologie
FSSt 164, 561
- Wahrung und Geltungsbereich von Ausschluss-
fristen bei Arbeitsverhältnissen FSSt 167, 570
- Wahrung einer tariflichen Ausschlussfrist
durch Einreichung einer Klage FSSt 167, 570
- Ausschlussfristen und Ansprüche auf Scha-
densersatz FSSt 167, 570
- Arbeitsrechtliche Ansprüche bei In-Vitro-
Fertilisation FSSt 175, 600
- Formunwirksame Befristung eines Arbeitsver-
trages; Heilung durch eine nachträglich form-
wirksam zustande gekommene Befristungs-
abrede FSSt 236, 799
- Neuerungen durch das Flexirentengesetz
(vorwiegend) zum 1.7.2017 FSSt 242, 814
- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte
Mahlzeiten sowie Bewertung der Personal-
unterkünfte ab 1.1.2017 GK 15, 41
- Verordnung zur Anpassung der Höhe des
Mindestlohns (Mindestlohnanpassungsver-
ordnung – MiLoV) vom 15.11.2016 GK 17, 47
- Wegfall des Krankengeldzuschusses auch bei
Erhalt einer Erwerbsminderungsrente GK 25, 63
- Vergütungsanspruch eines Geschäftsführers
nach Abberufung aus wichtigem Grund
GK 26, 65
- Gesetz zur Flexibilisierung des Übergangs
vom Erwerbsleben in den Ruhestand und zur
Stärkung von Prävention und Rehabilitation im
Erwerbsleben (Flexirentengesetz) vom
8.12.2016 GK 31, 71
- Tarifabschluss 2016 im öffentlichen Dienst –
Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.1. bzw.
1.2.2017 GK 42, 100
- Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüber-
lassungsgesetzes und anderer Gesetze vom
21.2.2017 GK 62, 168
- Nochmals: Tarifabschluss 2016 im öffent-
lichen Dienst; Berichtigung von GKBay
Randnummer 42/2017 GK 69, 192
- Richtlinien der Vereinigung der kommunalen
Arbeitgeberverbände (VKA): IT-Richtlinie,
Fachärzte-ÖGD-Richtlinie GK 73, 203

- Tarifverdienste 2016 – Entwicklung der Indizes
GK 85, 236
- Rechtsmissbräuchlichkeit des Berufens auf
eine tarifliche Ausschlussfrist GK 135, 346
- Ausgleichsanspruch nach dem Übergang eines
Arbeitsverhältnisses gem. § 6c SGB II auf
einen zugelassenen kommunalen Träger –
arbeitsvertragliche Bezugnahmeklausel
GK 136, 348
- Kein Anspruch auf Zahlung einer höheren Aus-
gleichsumlage nach § 6c Abs. 5 Satz 3 SGB II
GK 136, 349
- Kein (weiterer) Anspruch aus arbeitsrecht-
licher Bezugnahmeklausel GK 136, 350
- Kein Wiederaufleben der Besitzstandszulage
nach § 11 Abs. 1 TVÜ-VKA bei Unterbre-
chung der Kindergeldberechtigung durch
freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst
GK 149, 375
- Kein Anspruch des Arbeitnehmers auf Zah-
lung von Einkommensteuer und Arbeitnehmer-
anteil zur Sozialversicherung GK 161, 397
- Lohnsteuerliche Behandlung der Überlassung
von (Elektro-)Fahrrädern an Arbeitnehmer
GK 173, 425
- 12. Änderungsarbeitsvertrag zum Tarifvertrag
Versorgungsbetriebe (TV-V) GK 213, 494
- Pflegemindestlohn ab 1.11.2017 GK 214, 495

Arbeitslosenversicherung

- Arbeitslosenversicherungs- und Weiter-
bildungsstärkungsgesetz – AWStG vom
18.7.2016; Bedeutung für die Elternzeit
FSt 120, 404

Arbeitsschutz

- Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie
2013/35/EU und zur Änderung von Arbeits-
schutzverordnungen vom 15.11.2016 GK 17, 47

Arbeitsstätten

- Arbeitsstättenverordnung modernisiert
FSt 54, 183
- Telearbeitsplätze FSt 54, 183
- Arbeitsschutz-Unterweisung FSt 54, 183
- Umgang mit psychischen Belastungen
FSt 54, 184
- Sichtverbindung aus Arbeitsräumen nach außen
FSt 54, 184

Arbeitsunfähigkeit

- Während einer Arbeitsunfähigkeit ist der
Arbeitnehmer nur im Ausnahmefall zur Teil-
nahme an einem angeordneten Personal-
gespräch verpflichtet FSt 265, 891

Arbeitsunfall

- Voraussetzungen eines Arbeitsunfalls im
Home-Office FSt 116, 400

Arbeitsvertrag

- Aktualisierte Arbeitsvertragsmuster des KAV
FSt 145, 488
- Beschäftigte können durch Widerspruch gegen
einen Rentenbescheid die Beendigung des
Arbeitsverhältnisses verhindern FSt 180, 612

Arbeitszeit

- Wirksamkeit einer befristeten Arbeitszeit-
erhöhung FSt 155, 530

Architekten

- Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts und
anderer Vorschriften FSt 233, 787
- Architektenvertrag und Ingenieurvertrag
FSt 233, 791

Archiv-CD-ROM

- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“
und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2016
FSt 37, 120
- Archiv-CD-ROM „FStGK“ für „Fundstelle“
und „Gemeindekasse“ – Ausgabe 2016
GK 30, 71

Archive, Archivierung

- Nochmals: Aufbewahrung und Archivierung
von elektronischen Kontoauszügen GK 79, 217

Ärzte

- Tarifabschluss für Ärztinnen und Ärzte an
kommunalen Krankenhäusern – Änderungen
ab 1.9.2016, 1.9.2017 und 1.5.2018 GK 43, 115
- Erhöhung der Tabellenentgelte GK 43, 115
- Einsatzzuschlag im Rettungsdienst GK 43, 116
- Besitzstandszulage für kinderbezogene Entgelt-
bestandteile GK 43, 116
- Erhöhung des Bereitschaftsdienstentgelts
GK 43, 116
- Bemessungsgrundlage für die Entgeltfortzahlung
GK 43, 117

Auskünfte

- Voraussetzungen einer melderechtlichen
Auskunftssperre FSt 22, 77
- Die Eintragung einer melderechtlichen Aus-
kunftssperre und deren Löschung sind bei
Nichtbekanntgabe durch die Meldebehörde an
den Betroffenen Realakte, die mit der Leis-
tungsklage angegriffen werden können
FSt 22, 77

- Eine einmal eingetragene Auskunftssperre vermittelt keinen Bestandsschutz FSt 22, 77
- Eine Auskunftssperre ist nur gerechtfertigt, wenn das Vorliegen einer besonderen Gefährdung im Einzelfall begründet werden kann FSt 22, 78
- Allgemeiner Auskunftsanspruch nach Art. 36 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSchG) FSt 36, 120
- Verbindliche Auskunft: Doppelte Gebühr im Fall einer Organschaft GK 6, 16

Ausländer, Asylbewerber

- Integrationsgesetz (Art. 5): Änderung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) FSt 11, 31
- Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen: § 5 Abs. 3 AufenthG n.F. FSt 11, 31
- Wohnsitzregelung: § 12a AufenthG n.F. FSt 11, 32
- Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zwecke der Beschäftigung: § 18a Abs. 1a, 1b und 2 AufenthG n.F. FSt 11, 36
- Dauer des Aufenthalts: § 26 Abs. 3 AufenthG n.F. FSt 11, 36
- Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs: § 44 Abs. 2 AufenthG n.F. FSt 11, 37
- Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs: § 44a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und Satz 8 AufenthG n.F. FSt 11, 38
- Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung): § 60a Abs. 2 Sätze 4 bis 6 AufenthG n.F. FSt 11, 38
- Haftung für Lebensunterhalt: Übergangsvorschrift: §§ 68 Abs. 1 und 68a AufenthG n.F. FSt 11, 39
- Integrationsgesetz (Art. 6): Änderung des Asylgesetzes (AsylG) FSt 21, 72
- Pflichten des Bundesamtes: § 24 Abs. 1a AsylG n.F. FSt 21, 72
- Unzulässige Anträge: § 29 AsylG n.F. FSt 21, 72
- Sicherer Herkunftsstaat: § 29a Abs. 1 AsylG n.F. FSt 21, 73
- Offensichtlich unbegründete Asylanträge: § 30 Abs. 1 AsylG n.F. FSt 21, 73
- Aufenthaltsgestattung: § 55 Abs. 1 AsylG n.F. FSt 21, 73
- Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung: § 63 Abs. 5 Satz 1 AsylG n.F. FSt 21, 75
- Übergangsvorschriften: § 87c AsylG n.F. FSt 21, 75
- Bayerisches Integrationsgesetz FSt 108, 374
- Integrationsziele: Art. 1 BayIntG FSt 108, 374
- Allgemeine Integrationsförderung: Art. 3 BayIntG FSt 108, 376
- Deutsche Sprache: Art. 4 BayIntG FSt 108, 376

- Vorschulische Sprachförderung: Art. 5 BayIntG FSt 108, 377
- Frühkindliche Bildung: Art. 6 BayIntG FSt 108, 378
- Schulen: Art. 7 BayIntG FSt 108, 378
- Kommunen: Art. 9 BayIntG FSt 108, 379
- Landesleistungen: Art. 12 BayIntG FSt 108, 379
- Achtung der Rechts- und Werteordnung: Art. 13 BayIntG FSt 108, 380
- Unterlaufen der verfassungsmäßigen Ordnung: Art. 14 BayIntG FSt 108, 381
- Bayerischer Integrationsbeauftragter, Bayerischer Integrationsrat; Integrationsbericht: Art. 15 und 16 BayIntG FSt 108, 381
- Ausschluss der Klagbarkeit: Art. 17 BayIntG FSt 108, 381
- Einrichtungen der kommunalen Ebenen: Art. 17a Abs. 2 bis 4 BayIntG FSt 108, 381
- Änderungen des BayEUG: Art. 17a Abs. 5 BayIntG FSt 108, 382
- Änderung des Bayerischen Wohnungsbindungsrechtes: Art. 17a Abs. 7 und 8 BayIntG FSt 108, 382
- Altersfeststellung von Flüchtlingen FSt 202, 679

Ausschreibungen

- Was bedeutet produktneutrale Ausschreibung und was folgt aus ihr? FSt 252, 848
- Die Freiheit des Auftraggebers, zu bestimmen, was er beschaffen will, unterliegt vergaberechtlichen Grenzen; es ist grundsätzlich produktneutral auszuschreiben FSt 252, 849
- Die Beweislast, dass eine Produktvorgabe gerechtfertigt ist, liegt beim Auftraggeber FSt 252, 849
- Zu den Anstrengungen, die der öffentliche Auftraggeber auf sich nehmen muss, um produktneutral auszuschreiben FSt 252, 850
- Der Auftraggeber kann produktneutral aus-schreiben und ankündigen, dass er die angebotenen Fabrikate und technischen Daten erst im Zuge der Angebotsprüfung abfragt FSt 252, 851
- Schreibt der Auftraggeber zunächst produktneutral aus und fordert er sodann Datenblätter, konkretisieren diese den Angebotsinhalt FSt 252, 852
- Abgrenzung von Bau- und Dienstleistungen, Aufteilung in Lose FSt 258, 867
- Gewässerunterhaltungsarbeiten sind Dienstleistungen FSt 258, 867
- Glasreinigung und Unterhaltsreinigung sind getrennt zu vergeben FSt 258, 869
- Fertignasszellen sind als eigenständiges Los auszuschreiben FSt 258, 870

- VOB: Kündigt der Auftraggeber dem Auftragnehmer berechtigt, kann er ohne Neuausschreibung einen Bieter beauftragen, der bei der ursprünglichen Ausschreibung in der engeren Wahl war; angemessene Mehrkosten hat der ursprüngliche Auftragnehmer zu tragen
GK 189, 452

Außenbereich

- Schweinemaststall; Vorprüfungspflicht bei kumulierenden Vorhaben FSt 30, 104
- Wohngebäude im Außenbereich: Bestandsschutz nach § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. 5 BauGB; Änderung der Rechtsprechung FSt 197, 659
- § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. 5 Buchst. a BauGB verlangt ein zulässigerweise errichtetes Wohngebäude FSt 197, 660
- Bestandsschutz nach § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. 5 BauGB kann auch solchen Vorhaben nicht von vornherein versagt werden, deren ursprüngliche Errichtung nicht an bundesrechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen zu messen war FSt 197, 660

Außenprüfungen

- Festsetzungsfristen bei steuerlichen Außenprüfungen GK 4, 12
- Auswirkungen des Verzichts auf eine Schlussbesprechung auf die Festsetzungsverjährung GK 4, 13
- Keine Beschneidung des rechtlichen Gehörs bei Verzicht auf die Schlussbesprechung GK 4, 14

B

Baugenehmigung

- Errichtung einer Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge und Asylbegehrende im reinen Wohngebiet FSt 5, 17
- Verlängerung einer Baugenehmigung: Einvernehmen der Gemeinde nach Ablauf der Durchführungfrist im Bereich eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans FSt 89, 300
- Großflächigkeit und Erweiterung eines Einzelhandelsbetriebs FSt 256, 863

Baugesetzbuch

- Entwicklungssatzung: Beschränkung der Regeldichte FSt 222, 733

- Mit einer Entwicklungssatzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB wird ein bebauter Bereich im Außenbereich zu einem Ortsteil, in dem § 34 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 BauGB die weitere bauliche Entwicklung steuert FSt 222, 733
- Die nach § 34 Abs. 5 Satz 2 BauGB zulässigen Festsetzungen dürfen nicht die Regeldichte eines Bebauungsplans erreichen FSt 222, 733
- BauGB-Novelle 2017: BauGBÄndG 2017; weitere Gesetzesänderungen FSt 232, 771
- Bauleitplanung FSt 232, 773

Bauhöfe

- Fahrzeuge und Geräte des Straßenbetriebsdienstes Vorbaumaßüberschreitung von mehr als 3,5 m GK 227, 526

Bauleitplanung

- Zur Auslegung von DIN-Normen FSt 18, 57

Baumaßnahmen

- Baumängel und Mängelbeseitigungen FSt 186, 629
- Keine Pflicht des Architekten aus der HOAI, den Bauherrn bei der Durchsetzung von Mängelansprüchen zu unterstützen FSt 186, 629
- Der Schadensersatzanspruch nach § 4 Nr. 7 Satz 2 VOB/B wegen Mangel- und Mangel-folgeschäden setzt keine vorangegangene Fristsetzung mit Ablehnungsandrohung voraus FSt 186, 629
- Die Mängelbeseitigungspflicht umfasst auch Arbeiten, bei denen in die Gewerke anderer Unternehmer eingegriffen werden muss, sowie Arbeiten, die vom Bauunternehmer selbst nicht erbracht werden können FSt 186, 630
- Prüfungspflicht des Nachfolgeunternehmers, Mehrwertsteuer und Planungsverantwortung des Bauherrn FSt 186, 631

Bauordnung

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes und der Bayerischen Bauordnung FSt 225, 745
- Begriffe: Art. 2 Abs. 4 Nr. 12 BayBO n.F. FSt 225, 749
- Verfahrensfreie Bauvorhaben, Beseitigung von Anlagen: Art. 57 Abs. 1 BayBO n.F. FSt 225, 749
- Genehmigungsfreistellung: Art 58 Abs. 2 BayBO n.F. FSt 225, 750
- Beteiligung des Nachbarn: Art. 66 Abs. 4 BayBO a.F. FSt 225, 753

- Beteiligung der Öffentlichkeit: Art. 66a BayBO n.F. FSt 225, 753
- Baugenehmigung und Baubeginn: Art. 68 Abs. 2 BayBO n.F. FSt 225, 755
- Bauaufsichtliche Zustimmung: Art. 73 BayBO n.F. FSt 225, 755

Baupreisindex

- Baupreisindizes im August 2016 GK 38, 94

Bauvertrag

- Höhe der Minderung bei Bauwerksmängeln FSt 211, 702
- Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts und anderer Vorschriften FSt 233, 787
- Veränderte Gliederung und neue Systematik des neuen Werk- und Bauvertragsrechts FSt 233, 788
- Allgemeine Vorschriften des Werkvertragsrechts FSt 233, 789
- Bauvertrag FSt 233, 790
- Verbraucherbauvertrag FSt 233, 791
- Architektenvertrag und Ingenieurvertrag FSt 233, 791
- Bauträgervertrag FSt 233, 792
- Abrechnung von Stundenlohnarbeiten und von Leistungen, zu denen kein gemeinsames Aufmaß vorliegt GK 75, 210
- Von der Bauleitung unterzeichnete Stundenlohnzettel bestätigen regelmäßig nicht die Vereinbarung von Stundenlohnarbeiten GK 75, 210
- Fehlt es an einem gemeinsamen Aufmaß, hat der Auftragnehmer vorzutragen und zu beweisen, dass die geltend gemachten Leistungen tatsächlich erbracht worden sind GK 75, 212

Bauvorbescheid

- Nochmals: „10-H-Regelung“ bei Windkraftanlagen – Bauvorbescheid „rettet“ bauplanungsrechtliche Privilegierung FSt 42, 133
- Drittanfechtungsklagen erfordern die Möglichkeit einer Rechtsverletzung FSt 42, 133
- Die „Immunität“ eines Vorbescheids gegen Rechtsänderungen FSt 42, 134
- Verlängerung eines Bauvorbescheids: Zulassung einer Ausnahme und Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens FSt 243, 818
- Klagt eine Gemeinde gegen die Verlängerung eines Bauvorbescheids, die unter Zulassung einer Ausnahme von einer Veränderungssperre und unter Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens erteilt worden ist, beurteilt sich die Rechtmäßigkeit des Verlängerungsbescheids nach der Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt seines Erlasses FSt 243, 818

- Bei der Klage einer Gemeinde gegen eine Genehmigung, die unter Ersetzung des erforderlichen Einvernehmens erteilt wurde, kommt es nicht darauf an, ob der Bauherr im Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung einen Anspruch auf die Baugenehmigung hat FSt 243, 819

Beamtenbesoldung

- Bek des StMFLH vom 10.11.2016 – Fünfzehnte Änderung der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung GK 11, 24
- Bek des StMFLH vom 26.1.2017 – Dritte Änderung der Bayerischen Verwaltungsvorschriften zum Besoldungsrecht und Nebengebieten GK 70, 192
- Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2017/2018 vom 12.7.2017 GK 192, 456
- Erhöhung der Dienstbezüge der Beamten zum 1.1.2017 GK 197, 467
- Eckpunkte der Besoldungsanpassung GK 197, 467
- Die Besoldungsanpassung 2017 im Einzelnen GK 197, 468
- Tabelle der Grundgehaltssätze für Beamte – gültig ab 1.1.2017 GK 198, 470
- Tabelle der Strukturzulagen, Stellenzulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen – gültig ab 1.1.2017 GK 199, 471
- Tabelle der Familienzuschläge – gültig ab 1.1.2017 GK 200, 472
- Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 5 GK 200, 473
- Anrechnungsbetrag nach Art. 35 Abs. 2 BayBesG GK 200, 473
- Tabelle der Mehrarbeitsvergütungen – gültig ab 1.1.2017 GK 201, 473
- Tabelle der Anwärtergrundbeträge – gültig ab 1.1.2017 GK 202, 474
- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage); Änderung der Höhe der Zulage und der Grenzbeträge für Besoldungsempfänger ab 1.1.2017/1.1.2018 GK 203, 474
- Anpassung von im KWBG enthaltenen Rahmensätzen, Grenz- und Höchstbeträgen ab 1.1.2017 GK 204, 475

Bebauungsplan

- Bebauungsplan der Innenentwicklung: Einbeziehung von Außenbereichsflächen, Präklausion von Einwendungen FSt 16, 50
- Konversion eines Kasernengeländes FSt 29, 99
- Gebietsfestsetzungen tragen eine Vollzugswahrscheinlichkeit in sich, weil die Zulässigkeit neuer Vorhaben an ihnen zu messen ist und sich so zumindest langfristig ein Gebietswandel einstellen wird FSt 29, 99

- Gebäude, deren Nutzung endgültig aufgegeben worden ist, vermögen keinen hinreichend verlässlichen Maßstab für die Zulassung von Vorhaben nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB zu bieten, wenn ihre objektive Beschaffenheit eine nicht näher eingrenzbar Nutzungsvielfalt ermöglicht FSt 29, 100
- Erneute öffentliche Auslegung nach verschiedenen Änderungen des Planentwurfs FSt 66, 221
- Auf eine erneute Auslegung kann auch dann nicht verzichtet werden, wenn die nach der letzten Auslegung vorgenommene Änderung des Entwurfs der Planung entspricht, die Gegenstand der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gewesen ist FSt 66, 221
- Hat eine Gemeinde entgegen der Begründung des Bebauungsplanentwurfs eine bestimmte Festsetzung – hier: Verlängerung einer öffentlichen Verkehrsfläche – nicht getroffen und fügt sie nach der öffentlichen Auslegung eine entsprechende Festsetzung in den Entwurf ein, dann ist dieser erneut auszulegen FSt 66, 222
- Antragsbefugnis für eine Normenkontrolle bei Beeinträchtigung von Belangen des Denkmalschutzes FSt 79, 260
- Keine Störung des Gebietscharakters, wenn die Nutzung eines kleinen Hotels als Unterkunft für Asylbewerber genehmigt wird FSt 103, 355
- Innenentwicklung i.S. von § 13a BauGB FSt 157, 533
- Eine in einem Bebauungsplan vorgenommene praktisch vollständige Beschränkung der baulichen Entwicklung von Grundstücken im Innenbereich nach § 34 BauGB auf die vorhandenen Standorte und Maße stellt keine Innenentwicklung i.S. von § 13a BauGB dar FSt 157, 533
- Setzt sich eine Gemeinde nicht mit den Voraussetzungen für ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB auseinander, oder wählt sie die unzutreffende Verfahrensart bewusst, ist dieser formelle Fehler nicht analog § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB unbeachtlich, da kein „Verkennen“ der Rechtslage vorliegt FSt 157, 534
- Die schriftliche Rüge beachtlicher Verfahrensfehler gegenüber der Gemeinde nach § 215 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB kann auch durch einen im Normenkontrollverfahren rechtzeitig an die Antragsgegnerin übermittelten Schriftsatz erfolgen FSt 157, 535
- Unwirksame Festsetzungen von Emissionskontingenten FSt 184, 624
- Die Rechtmäßigkeit eines Ursprungsbebauungsplans kann als Vorfrage inzident im Rahmen einer Normenkontrolle zu überprüfen sein, soweit hiervon die Rechtmäßigkeit einer nachfolgenden Änderung abhängt FSt 184, 624
- Bleibt unklar, auf welche Flächen sich die Festsetzung von Emissionskontingenten in einem Bebauungsplan bezieht, ist die Festsetzung unwirksam FSt 184, 625
- Die Bedeutung und Tragweite unwirksamer Festsetzungen zum Immissionschutz kann dazu führen, dass der Bebauungsplan insgesamt unwirksam ist FSt 184, 627
- Ausweisung eines eingeschränkten Gewerbegebiets neben einem allgemeinen Wohngebiet mit Festlegung von Emissionskontingenten FSt 210, 698
- Lässt ein Bebauungsplan in den verschiedenen Geschossen eines Gebäudes die Ansiedlung von mehreren Betrieben oder Anlagen zu, genügt die Festsetzung eines nur auf die Grundstücksfläche bezogenen Schallleistungspegels nicht FSt 210, 699
- Auch wenn die Planung auf die Realisierung eines konkreten Baukörpers (Gewerbecenter) mit bestimmten Nutzungen durch einen Investor abzielt, muss konkret festgelegt werden, wo die beabsichtigten Nutzungen künftig möglich sein sollen FSt 210, 701
- Unterkunft für Asylbewerber im Industriegebiet (Befreiung, Grundzüge der Planung, passiver Lärmschutz) FSt 221, 731
- Eine Befreiung nach § 246 Abs. 12 Satz 1 Nr. 2 BauGB darf auch dann erteilt werden, wenn die Grundzüge der Planung berührt werden FSt 221, 731
- Die Befreiung nach § 246 Abs. 12 Satz 1 Nr. 2 BauGB kann mit passiven Schallschutzmaßnahmen an Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber verbunden werden FSt 221, 732
- Überleitung altrechtlicher Pläne und Vorschriften FSt 244, 822
- Voraussetzung der Fortgeltung altrechtlicher Vorschriften und Pläne nach § 173 Abs. 3 Satz 1 BBauG 1960 „als Bebauungspläne“ war, dass deren Inhalt als Abwägungsergebnis nach dem Bundesbaugesetz durch Bebauungsplan hätte geschaffen werden können FSt 244, 822

- Die Übergangsvorschrift in § 244 Abs. 2 BauGB 1986, die bestimmte, dass Mängel in der Abwägung unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren nach dem 1.7.1987 geltend gemacht worden sind, ist auf altrechtliche Vorschriften und Pläne, die vor dem 29.6.1961 festgestellt, aber nicht überleitet worden sind, nicht anwendbar
FSt 244, 823
- Festsetzung eines Friedhofs in Form eines Ruheforstes
FSt 257, 865
- Bebauungsplan für ein aufgegebenes Kasernengelände: Keine prägende Wirkung der aufgegebenen militärischen Nutzung
FSt 267, 896
- Schränkt eine Gemeinde mit ihrer Bauleitplanung bestehende Baurechte ein, muss sie diese Tatsache und den möglichen Umfang hierfür zu leistender Entschädigungen in die Abwägung einstellen
FSt 267, 896

Befristung von Arbeitsverträgen

- Sachgrundlose Befristung – Vorbeschäftigung als Beamter
FSt 27, 87
- Ein Beamtenverhältnis ist dem Wortlaut nach kein Arbeitsverhältnis i.S. von § 14 Abs. 2 Satz 2 TzBfG
FSt 27, 87
- Formunwirksame Befristung eines Arbeitsvertrages; Heilung durch eine nachträglich formwirksam zustande gekommene Befristungsabrede
FSt 236, 799

Behinderte

- Das Diskriminierungsverbot ist zu berücksichtigen, wenn es um die Frage des Mitverschuldens bei einem Unfall mit einem behinderten Menschen geht
FSt 177, 603
- Erhöhte Verkehrssicherungspflicht einer Gemeinde bei einem Behindertenparkplatz; Auswirkung auf das Mitverschulden
FSt 177, 603
- Anspruchsminderung bei Verkehrsunfällen von Behinderten nur bei Verstößen gegen das allgemeine Verkehrsbewusstsein
FSt 177, 605
- Bek des StMAS vom 1.7.2017 – Richtlinien für Heilpädagogische Tagesstätten, Heime und sonstige Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und junge Volljährige mit Behinderung
GK 219, 504

Beihilfe

- Gewährung von Beihilfe für eine Familien- und Haushaltshilfe; Wahrnehmung der Haushaltsführung durch Ehepartner
FSt 13, 40

- Bek des StMFLH vom 25.1.2017 – Vollzug der Bayerischen Beihilfeordnung; Abführung von Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen
GK 70, 192
- Zu den Informationspflichten eines Vertreters oder Betreuers im Zusammenhang mit einer Beihilfegewährung für häusliche Pflege
GK 74, 205
- Zu den Voraussetzungen einer Beihilfegewährung für häusliche Pflege durch anderweitig geeignete Personen bei dauernder Pflegebedürftigkeit
GK 74, 206
- Auch die Pauschalbeihilfe für häusliche Pflege muss fortlaufend monatlich beantragt werden
GK 74, 206
- Eine allgemeine Hinweispflicht des Dienstherrn in Beihilfeangelegenheiten gibt es auch dann nicht, wenn der Beihilferechtigte seinen Informationspflichten nicht mehr selbst nachkommen kann
GK 74, 207
- Versäumt ein Vertreter oder Betreuer die Jahresfrist zur Beantragung von Beihilfe, kommt es bei der Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand maßgeblich auf dessen Verschulden an
GK 74, 208
- Die Versäumung der Jahresfrist kann nicht damit entschuldigt werden, für entsprechende Leistungen aus der privaten Pflegeversicherung sei nur eine einmalige Antragstellung erforderlich
GK 74, 209
- Bek des StMFLH vom 20.2.2017 – Siebte Änderung der Bekanntmachung zu den Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung
GK 78, 216

Beihilfen

- Neue Beihilfemitteilung der EU-Kommission
FSt 38, 121
- Kommunale Zuwendungen an defizitäre öffentliche Krankenhäuser
FSt 82, 271

Beihilfavorschriften

- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung vom 24.7.2017
GK 219, 504

Bereitschaftsdienst

- Abgrenzung Bereitschaftsdienst von Bereitschaftszeiten
FSt 118, 401

Beseitigungsanordnung

- Bestandskräftige Beseitigungsanordnung; Nachträglich gestellter Bauantrag
FSt 17, 54

Besoldung, Entgelte

- Ergänzende Fürsorgeleistung (Ballungsraumzulage) für Beschäftigte und Auszubildende; Dynamisierung der Zulage ab 1.1.2017, Grenzbeträge ab 1.1.2017 GK 148, 374

Bestattungskosten

- Heranziehung von entfernteren Angehörigen FSSt 216, 716
- Bei der Auswahl der erstattungspflichtigen Person muss die Gemeinde grundsätzlich den Grad der familiären Nähe nach § 15 Satz 2 BestV beachten FSSt 216, 716
- Ausnahmsweise kann auf entferntere Angehörige zurückgegriffen werden, wenn nähere Angehörige nicht ermittelt oder Ansprüche gegen sie wegen eines ausländischen Wohnsitzes nicht durchgesetzt werden können FSSt 216, 717
- Ein bestattungsrechtlicher Kostenbescheid muss im Ausland nicht nur zugestellt, sondern auch vollstreckt werden können FSSt 216, 718
- Die Gemeinde darf von weiteren Schritten zur Durchsetzung ihrer Kostenforderung absehen, wenn ein im Ausland lebender näherer Angehöriger des Verstorbenen auf wiederholte schriftliche Zahlungsaufforderungen nicht reagiert hat FSSt 216, 718

Bestattungswesen

- Verletzung des Rechts auf Totenfürsorge; Amtshaftungsansprüche FSSt 147, 494

Betriebe gewerblicher Art

- Beteiligung einer juristischen Person des öffentlichen Rechts an einer Personengesellschaft GK 172, 422

Beurteilung

- Einholung des Beurteilungsbeitrags eines in den Ruhestand versetzten früheren Vorgesetzten des Beamten; Begründung des Gesamturteils FSSt 146, 490
- Verwaltungsgerichtliche Kontrolle einer Beurteilung FSSt 146, 490
- Bei fehlenden ausreichenden eigenen Kenntnissen des Beurteilers muss sich dieser eine eigene Tatsachengrundlage ggf. anderweitig beschaffen FSSt 146, 491
- Für eine Beurteilung sind auch Beurteilungsbeiträge ausgeschiedener Beamter in Betracht zu ziehen FSSt 146, 492
- Ein Gesamturteil ist nur ausnahmsweise nicht zu begründen FSSt 146, 493
- Nachträgliche Aufhebung einer bereits eröfneten dienstlichen Beurteilung FSSt 192, 647

- Dienstliche Beurteilung von behördlichen Datenschutzbeauftragten FSSt 254, 856

Bewerbungen

- Auch keine Entschädigung für „AGG-Hopper“ nach Unionsrecht FSSt 181, 613
- Die objektive Eignung eines abgelehnten Bewerbers für eine ausgeschriebene Stelle ist keine Voraussetzung für einen Entschädigungsanspruch nach § 15 AGG FSSt 206, 693

Bezirksumlagen

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2016 GK 23, 55
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise GK 23, 56
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke GK 23, 57
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze GK 23, 58

Bodenschutz

- Öffentlich-rechtlicher Vertrag über Bodensanierung FSSt 125, 417
- Zweck und Bedeutung des „Altlastenkatasters“ als ausschließlich behördeninterne Arbeitshilfe ohne verbindliche Außenwirkung FSSt 125, 417

Brandverhütung

- Abwehrender Brandschutz für Einrichtungen der Bundeswehr: Zuständigkeit; Leistungsfähigkeit; Hilfsfrist FSSt 271, 913
- Der abwehrende Brandschutz in Bundeswehreinrichtungen ist grundsätzlich Ländersache FSSt 271, 913
- Nur bei militärspezifischen Gefahren ist der Bund selbst zuständig FSSt 271, 914
- Baurechtliche Abgrenzungskriterien sind ungeeignet FSSt 271, 915
- Weist eine Einrichtung der Bundeswehr keine militärspezifischen Gefahren (mehr) auf, ist die Standortgemeinde für den abwehrenden Brandschutz zuständig FSSt 271, 915
- Die mangelnde Leistungsfähigkeit einer gemeindlichen Feuerwehr ändert an ihrer Zuständigkeit nichts FSSt 271, 916
- Die Hilfsfrist ist keine gesetzlich normierte Anforderung FSSt 271, 916

Brückenbau

- Standardleitungskatalog für den Straßen- und Brückenbau (STLK) – Ausgabestand August 2016 GK 164, 402

Bürgerbegehren, Bürgerentscheid

- Bürgerbegehren: Irreführungsverbot; Erheblichkeitsprüfung FSSt 61, 201

- Ein Bürgerbegehren ist unzulässig, wenn in seiner Begründung in entscheidungsrelevanter Weise unzutreffende Tatsachen behauptet werden oder die maßgebende Rechtslage unzutreffend oder unvollständig erläutert wird
FSt 61, 201
- Eine in der Begründung enthaltene Tatsachenbehauptung muss auch noch während der Unterschriftensammlung sachlich zutreffend sein
FSt 61, 202
- Der Grundsatz der wohlwollenden Auslegung von Bürgerbegehren erlaubt kein dem objektiven Bedeutungsgehalt zuwiderlaufendes Textverständnis
FSt 61, 203
- Wahrheitswidrige Begründungselemente lassen sich nicht durch das Vorhandensein einer größeren Zahl korrekter Aussagen oder einer nicht zu beanstandenden Alternativbegründung ausgleichen
FSt 61, 204
- Nicht entscheidungsrelevant sind nur unrichtige Angaben zu unstreitigen und unwichtigen Detailfragen, nicht aber Mängel bei tragenden Begründungselementen
FSt 61, 205
- Die den Vertretern eines Bürgerbegehrens auf den Unterschriftslisten erteilte Vollmacht ermächtigt nicht zur Korrektur einer unzutreffenden Begründung
FSt 61, 205
- Etwaige Rechtsverstöße der Kommune während der Unterschriftensammlung können einem wegen fehlerhafter Begründung unzulässigen Begehren nicht zur Zulassung verhelfen
FSt 61, 206
- Bestimmtheitsgebot; Koppelungsverbot; Täuschungsverbot; generalisierende Begründung
FSt 204, 681
- Das Bestimmtheitsgebot ist eingehalten, wenn sich der Inhalt des Bürgerbegehrens durch Auslegung hinreichend klar bestimmen lässt
FSt 204, 681
- Werden die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch mehrere, in einem Konzern miteinander verbundene Gesellschaften erfüllt, kann auch eine alle Bereiche umfassende Grundsatzentscheidung durch ein Bürgerbegehren getroffen werden
FSt 204, 682
- Eine spartenübergreifende Grundsatzentscheidung ist auch zulässig, wenn in der kommunalen Öffentlichkeit zu den einzelnen Versorgungsbereichen ein unterschiedlicher Diskussionsstand besteht
FSt 204, 684
- Rechtlich unzureichend ist die Begründung des Bürgerbegehrens nur, wenn wesentliche Punkte nachweislich falsch oder objektiv irreführend dargestellt werden
FSt 204, 684

- Die dem Bürgerbegehren beizufügende Begründung muss nicht auf die – dem Bürgerbegehren entgegenstehende oder mit ihm übereinstimmende – Beschlusslage im Gemeinderat hinweisen
FSt 204, 686
- Zielt das Bürgerbegehren auf eine Grundsatzentscheidung, muss die Begründung zwar alle betroffenen Teilbereiche abdecken, darf aber generalisierend ausfallen und kann sich in allgemeinen Werturteilen oder Parolen erschöpfen
FSt 204, 687

Bürgermeister

- Vertretung einer bayerischen Gemeinde durch den ersten Bürgermeister
FSt 49, 164
- Bisherige Rechtsprechung des BAG zur Außenvertretungsmacht eines bayerischen ersten Bürgermeisters
FSt 49, 165
- Zur eigenen Zuständigkeit eines bayerischen ersten Bürgermeisters
FSt 49, 166
- Die Vertretungsmacht eines bayerischen ersten Bürgermeisters ist im Außenverhältnis unbegrenzt
FSt 49, 168
- Das BAG schließt sich der Auffassung des BGH hinsichtlich der Vertretungsmacht eines bayerischen Bürgermeisters an
FSt 49, 172

D

Datenschutz

- Datenschutz beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement
FSt 99, 329
- „Sponsoring“ von Klassenfotos
FSt 104, 357
- Videüberwachung des Kollegstufencafés
FSt 124, 413
- Benutzung dienstlicher Telekommunikationsanlagen – Neufassung der TKBek
FSt 154, 527
- Dienstliche Telefongespräche
FSt 154, 528
- Private Telefongespräche
FSt 154, 528
- Datenschutzrelevante allgemeine Regelungen
FSt 154, 529
- Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO): Informationen des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Teil 1: Geltung und Anwendungsbereich)
FSt 165, 565
- Inkrafttreten und unmittelbare Geltung der Datenschutz-Grundverordnung
FSt 165, 565
- Öffnungs- und Spezifizierungsklauseln der Datenschutz-Grundverordnung und das nationale Datenschutzrecht
FSt 165, 566
- Anwendungsbereich
FSt 165, 567
- Datenschutz-Grundverordnung (Überblick, Teil 2)
FSt 191, 645
- Terminologie
FSt 191, 645

- Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten FSt **191**, 646
- Datenschutz-Grundverordnung (Überblick, Teil 3) FSt **205**, 688
- Rechtmäßigkeit und Transparenz der Verarbeitung personenbezogener Daten; „Verarbeitung nach Treu und Glauben“ FSt **205**, 689
- Zweckändernde Verarbeitung personenbezogener Daten (Weiterverarbeitung) FSt **205**, 692
- Datenschutz-Grundverordnung (Überblick, Teil 4) FSt **229**, 766
- Der Verantwortliche FSt **229**, 766
- Der Auftragsverarbeiter FSt **229**, 767
- Der Datenschutzbeauftragte FSt **229**, 767
- Einstellung von Bedienstetenfotos ins behördeneigene Intranet FSt **230**, 768
- Entgegennahme von Dienst- und Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen FSt **241**, 812
- Digitales Lernen an bayerischen Schulen: „mebis – Landesmedienzentrum Bayern“ FSt **259**, 870
- Einsicht in Personalakten durch Gemeinderats-„Referent“ FSt **266**, 893

Denkmalschutz

- Fehlen von prägenden Einzelbaudenkmälern in einem Ensemble FSt **123**, 409
- Das Fehlen von prägenden Einzelbaudenkmälern in einem Ensemble stellt die Ensemblequalität eines in der Denkmalliste eingetragenen Ensembles in Frage FSt **123**, 410
- Fehlt es in einem Teilbereich des Ensembles an historischer Bausubstanz, die das Ensemble prägen könnte, liegt insoweit ein denkmalgeschütztes Ensemble nicht mehr vor FSt **123**, 412
- Ensembleeigenschaft FSt **137**, 469

Dienstunfall

- Unterhaltsbeitrag infolge Dienstunfalls; Berücksichtigung orthopädischer Hilfsmittel bei der Bestimmung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit FSt **40**, 127
- Ein Unterhaltsbeitrag setzt nennenswerte Erwerbsbeschränkung voraus FSt **40**, 128
- Festsetzung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit – Anpassung, Rechtsschutz FSt **40**, 129
- Bei der Bestimmung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit ist die Verwendung orthopädischer Hilfsmittel zu berücksichtigen FSt **40**, 130

Disziplinarrecht

- Aberkennung des Ruhegehalts eines früheren kommunalen Wahlbeamten FSt **106**, 361

- Frühere kommunale Wahlbeamte, die Pflichtehrensold gemäß Art. 59 Abs. 1 Satz 1 KWBG beziehen, unterliegen (weiterhin) dem persönlichen Geltungsbereich des Bayerischen Disziplinargesetzes FSt **106**, 362
- Die Eigenschaft als (ehemaliger) kommunaler Wahlbeamter steht einer disziplinarrechtlichen Verfolgung nicht entgegen FSt **106**, 362
- Mit der Bewilligung von Pflichtehrensold unterliegt der ehemalige kommunale Wahlbeamte erneut dem persönlichen Geltungsbereich des Bayerischen Disziplinargesetzes FSt **106**, 363
- Die 30%ige Kürzung des Pflichtehrensolds infolge des Einbehalts nach Art. 39 Abs. 2 BayDG ändert nichts am Charakter als Pflichtehrensold FSt **106**, 364
- Sonstige unwiderruflich bewilligte Leistungen unterfallen Art. 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BayDG FSt **106**, 364
- Auch das verfassungsrechtliche Verbot der Doppelbestrafung („ne bis in idem“) steht der Verhängung von Disziplinarmaßnahmen neben einer 30%igen Kürzung des Pflichtehrensolds nicht entgegen FSt **106**, 364
- Die 30%ige Kürzung des Pflichtehrensolds stellt auch keine (zulässige) Disziplinarmaßnahme i.S. des Art. 6 BayDG dar, die der Kürzung bzw. Aberkennung des Ruhegehalts gemäß Art. 12 BayDG bzw. Art. 13 BayDG entgegenstehen würde FSt **106**, 365
- Frühere kommunale Wahlbeamte können auch wegen in ihrer Amtszeit begangener Dienstpflichtverletzungen disziplinarrechtlich belangt werden FSt **106**, 366
- Betrugs- und Untreuehandlungen früherer kommunaler Wahlbeamter führen grundsätzlich zur disziplinarrechtlichen Höchstmaßnahme FSt **106**, 366
- Das Versagen in der Vertrauensstellung als kommunaler Wahlbeamter ist regelmäßig als erschwerend zu werten FSt **106**, 367
- Auch besondere Leistungen des früheren kommunalen Wahlbeamten für die Allgemeinheit können das enttäuschte Vertrauen in der Regel nicht kompensieren FSt **106**, 368
- Die Aberkennung des Ruhegehalts ist grundsätzlich auch dann nicht unverhältnismäßig, wenn der frühere kommunale Wahlbeamte neben dem Pflichtehrensold keine zusätzliche Altersversorgung besitzt FSt **106**, 368
- Die Frage einer etwaigen Nachversicherung des früheren kommunalen Wahlbeamten ist nicht im Disziplinarverfahren zu entscheiden FSt **106**, 369

- Auch die strafgerichtliche Verurteilung steht der Aberkennung des Ruhegehalts nicht entgegen **FSt 106, 369**

E

Ehrenamtlich Tätige

- Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern für Zwecke der Jugendarbeit **FSt 133, 453**
- Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 26 UStG für ehrenamtliche Tätigkeiten **GK 195, 464**

Ehrenbeamte

- Renten(un)schädlichkeit von Aufwandsentschädigungen kommunaler Ehrenbeamter wird bis 30.9.2020 verlängert **FSt 262, 880**

Eigenbetriebe

- Eigenbetriebe sind im Zivilrechtsstreit nicht parteifähig **GK 224, 515**
- Die Rechtsfähigkeit und damit die Parteifähigkeit kommen grundsätzlich nur natürlichen und juristischen Personen zu – evtl. Ausnahmen treffen für einen Eigenbetrieb nicht zu **GK 224, 515**
- Die Gemeinde darf sich mit ihrem Eigenbetrieb am Wettbewerb um die Konzessionsvergabe beteiligen **GK 224, 517**
- Die Gemeinde ist gegenüber allen Bewerbern zur Neutralität verpflichtet **GK 224, 518**
- Trennung der Vergabestelle von dem als Bewerber auftretenden Eigenbetrieb **GK 224, 518**

Eingruppierung

- Eingruppierung einer Sozialpädagogin bei Tätigkeit in der Adoptionsvermittlung und im Pflegekinderdienst **FSt 114, 399**
- Musterantwortschreiben für Höhergruppierungsanträge **FSt 142, 480**

Einheimischenmodell

- Der Leitlinienkompromiss zum Einheimischenmodell und seine praktische Umsetzung vor Ort **FSt 152, 521**
- Der Leitlinienkompromiss als Rahmenmodell **FSt 152, 521**
- Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten **FSt 152, 522**
- Einhaltung von Einkommensobergrenzen **FSt 152, 523**
- Einhaltung von Vermögensobergrenzen **FSt 152, 523**
- Auswahlkriterien **FSt 152, 524**
- Auswahl bei Punktgleichheit **FSt 152, 525**

- Sicherung des Förderungszwecks **FSt 152, 525**
- Einheimischenmodell für Eigentumswohnungen **FSt 152, 526**

Einkommensteuer

- Aufwendungen eines Arbeitnehmers für die Feier eines Dienstjubiläums **FSt 47, 160**
- Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen; hier: Entlastung von Familien **GK 49, 130**

Energieeinsparung

- Energieeffizienz-Expertenliste: Unternehmen und Kommunen finden qualifizierte Experten für ihr Bauvorhaben **FSt 185, 628**

Energieversorgung

- Gesetz zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten zur leitungsgebundenen Energieversorgung **FSt 71, 232**

Energiewirtschaft

- Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende **GK 16, 43**
- Grundstruktur des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG) **GK 16, 44**
- Messstellenbetrieb **GK 16, 44**
- Regelungen zur Datenkommunikation in intelligenten Messsystemen **GK 16, 46**
- Besondere Aufgaben der Regulierungsbehörden **GK 16, 47**
- Verordnung über die Registrierung energiewirtschaftlicher Daten vom 10.4.2017 **GK 111, 288**
- Förderung von Energieberatung für Nichtwohngebäude von Kommunen **GK 170, 414**
- Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes **GK 223, 514**

Enteignung

- Auswirkungen eines Eigentümerwechsels auf das freihändige Erwerbsangebot **FSt 110, 387**

Entgeltfortzahlung

- Entgeltfortzahlung bei Arbeitsbefreiung wegen Krankheit eines Kindes **GK 5, 14**
- Darlegungs- und Beweislast für den Eintritt des Verhinderungsfalls wegen Krankheit **GK 57, 153**

Erschließungsbeitrag

- (Keine) Relevanz technischer Regelwerke für die endgültige Herstellung der Straßenbeleuchtung **GK 40, 97**

- Erhebung einer Vorausleistung; Prognose der Rechtmäßigkeit der Herstellung GK 134, 343
- Die Prognose der Gemeinde zur Absehbarkeit der endgültigen Herstellung muss auf die Herstellung einer genau bestimmten, grundsätzlich beitragsfähigen Erschließungsanlage gerichtet sein GK 134, 344
- Eine unklare, widersprüchliche Tatsachengrundlage führt zur Rechtswidrigkeit eines Vorausleistungsbescheides GK 134, 345
- Abgrenzung der Anlage und Abschnittsbildung; Rechtsprechungsänderung GK 208, 481
- Die Ausdehnung der Erschließungsanlage bestimmt sich nicht nach dem Bebauungsplan, sondern nach der natürlichen Betrachtungsweise GK 208, 481
- „Zeitliche Dimension“ der Anlagenabgrenzung GK 208, 482
- Bedeutung eines Erschließungsvertrags für die Anlagenabgrenzung GK 208, 483
- Änderung der Rechtsprechung: Für eine Abschnittsbildung ist keine Anlegung einer weitergehenden, in der Länge teilbaren Erschließungsanlage erforderlich GK 208, 484
- Grunderwerbskosten oder Wert bereitgestellter Flächen GK 209, 485

Erziehungsgeld

- Verordnung zur Änderung des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes vom 22.11.2016 GK 17, 47

Europäische Union

- Eilanträge in Sachen „CETA“ erfolglos FSt 48, 161

F

Fahrerlaubnis

- Entziehung der Fahrerlaubnis nach dem Punktesystem: Punktereduzierung bei falscher Maßnahme nach dem dreistufigen Sanktionssystem FSt 59, 193
- Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Entziehung der Fahrerlaubnis nach dem Punktesystem FSt 59, 194
- Für die Punkteberechnung ist das so genannte Tattagprinzip maßgeblich FSt 59, 194
- Nach altem Recht erworbene Punkte werden umgerechnet; hierzu werden die für erst nach dem 1.5.2014 eingetragene Verstöße nach neuem Recht erworbenen Punkte addiert FSt 59, 194

- Für die Berechnung der Punkte kommt es nicht darauf an, ob nach Begehung der zu Grunde liegenden Verstöße bereits Maßnahmen nach dem dreistufigen Sanktionssystem ergriffen wurden FSt 59, 195
- Grundsätzlich verringert sich der Punktestand, wenn die entsprechende Maßnahme nach dem dreistufigen Sanktionssystem nicht getroffen wurde FSt 59, 195
- Die Neuberechnung des Punktestands nach aktuellem Recht führt nicht dazu, dass eine bereits getroffene Maßnahme nach dem dreistufigen Sanktionssystem wiederholt werden müsste FSt 59, 195
- Eine Punktereduzierung wegen Nichtergreifens einer Maßnahme nach dem dreistufigen Sanktionssystem tritt nur dann ein, wenn der Fahrerlaubnisbehörde am Tag des Ausstellens der ergriffenen Maßnahme weitere Verkehrsverstöße bekannt sind, die zur Einstufung in eine höhere Stufe führen FSt 59, 196
- Auf die Frage, ob sich die Fahrerlaubnisbehörde schuldhaft verzögert durch andere Behörden bei der Datenübermittlung zurechnen lassen muss, kommt es dann nicht an, wenn solche schuldhaften Verzögerungen ersichtlich ausscheiden FSt 59, 197
- Es besteht keine Verpflichtung der Fahrerlaubnisbehörde, vor Ergreifen einer Maßnahme nach dem dreistufigen Sanktionskatalog den Punktestand durch eine Anfrage beim Kraftfahrt-Bundesamt zu verifizieren FSt 59, 199
- Gegen die Regelungen des dreistufigen Sanktionssystems im Zusammenhang mit den Übergangsbestimmungen zur Berücksichtigung von Punkten nach altem Recht bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken FSt 59, 199
- Nochmals: Entziehung der Fahrerlaubnis bei Teilnahme am motorisierten Straßenverkehr unter Cannabiseinfluss FSt 161, 554
- An die Begründung der Sofortvollzugsanordnung sind im Fall der Entziehung einer Fahrerlaubnis keine allzu hohen Anforderungen zu stellen FSt 161, 554
- Im Fall erheblicher Fahreignungsbedenken überwiegt das öffentliche Interesse am sofortigen Ausschluss des Betroffenen von der weiteren Teilnahme am Straßenverkehr FSt 161, 555

Fernwärmeeinrichtungen

- BVerwG stärkt kommunale Wärmewende: Gemeinden können Wärmenetze künftig leichter durchsetzen FSt 83, 274

Feuerwehr

- Heranziehung zu Feuerwehreinsatzkosten; Abgrenzung von „Ausrücken“ und „Einsatz“
FSt **92**, 310
- Änderung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes
FSt **200**, 665
- Art. 1 Abs. 4 BayFwG – Verstärkte kommunale Zusammenarbeit
FSt **200**, 666
- Art. 2 BayFwG – Überörtliche Ausbildung
FSt **200**, 667
- Art. 6 BayFwG – Altersgrenze und Inklusion
FSt **200**, 667
- Art. 7 BayFwG – Kinder- und Jugendfeuerwehren
FSt **200**, 668
- Art. 8 Abs. 5 BayFwG – Ernennung eines zweiten stellvertretenden Kommandanten
FSt **200**, 669
- Art. 13 BayFwG – Pflichtfeuerwehr
FSt **200**, 669
- Art. 19 BayFwG – Fach-Kreisbrandinspektor; Synchronisierung der Amtszeiten in der Kreisbrandinspektion
FSt **200**, 669
- Art. 21 BayFwG – Stadtbrandrat, Stadtbrandinspektor, Stadtbrandmeister
FSt **200**, 670
- Art. 28 BayFwG – Zwei neue Kostentatbestände
FSt **200**, 671
- Art. 7a des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustGVerk) – Übungen im öffentlichen Verkehrsraum
FSt **200**, 672
- Kostenersatz nach Feuerwehreinsatz; Bundeswasserstraße; Anscheinsgefahr und Gefahrenverdacht; zurechenbare Veranlassung
GK **56**, 147
- Leistungsbescheide sind auch gegenüber der Bundesrepublik möglich
GK **56**, 147
- Art. 28 BayFwG knüpft an die allgemeinen gefahrenabwehrrechtlichen Grundsätze an
GK **56**, 148
- Ein Gefahrenverdacht rechtfertigt Aufklärungsmaßnahmen
GK **56**, 149
- Die Primärebene sicherheitsbehördlichen Handelns ist von der kostenrechtlichen Sekundärebene zu unterscheiden
GK **56**, 149
- Die Inanspruchnahme für die Kosten eines Feuerwehreinsatzes setzt eine zurechenbare Veranlassung seitens des Betroffenen voraus
GK **56**, 150
- Benachrichtigungspflicht der Feuerwehr vorab
GK **56**, 151
- Das Erfordernis einer zumutbaren Veranlassung gilt auch in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
GK **56**, 152
- Entschädigungen nach §§ 11 und 13 der Ausführungsverordnung zum Bayerischen Feuerwehrgesetz (AVBayFwG) ab 1.1.2017 und 1.1.2018
GK **237**, 549

Finanzausgleich

- Gesetz zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften vom 14.8.2017
GK **207**, 479

Finanzausgleich 2017

- Finanzausgleich 2017
FSt **100**, 332
- Finanzausgleichsvolumen 2017
FSt **100**, 333
- Allgemeiner Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen
FSt **100**, 333
- Grunderwerbsteuerverbund nach Art. 8 FAG
FSt **100**, 335
- Einkommensteuerersatz nach Art. 1b FAG
FSt **100**, 335
- Finanzzuweisungen nach Art. 7 FAG
FSt **100**, 335
- Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund
FSt **100**, 335
- Bedarfszuweisungen (Art. 11 FAG)
FSt **100**, 340
- Kommunaler Hochbau (Art. 10 FAG)
FSt **100**, 342
- Krankenhausfinanzierung
FSt **100**, 345
- Investitionspauschale nach Art. 12 FAG
FSt **100**, 348
- Zuweisungen zu den Aufwendungen für die Schülerbeförderung
FSt **100**, 348
- Ausgleich nach Art. 15 FAG an die Bezirke
FSt **100**, 348
- Tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen
FSt **101**, 348

Finanzen, öffentliche

- Königsteiner Schlüssel für das Jahr 2016
FSt **41**, 131
- Einigung zur Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
FSt **53**, 181
- Steuerschätzung November 2016
GK **13**, 27
- Erwartetes Steueraufkommen 2016 mit 2021 in Mrd. €
GK **13**, 29
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden
GK **13**, 30
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen
GK **13**, 33
- Gesetz zur Änderung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes und zur Änderung weiterer Gesetze vom 21.11.2016
GK **17**, 47
- Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen vom 1.12.2016
GK **17**, 47
- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2015
GK **63**, 169

- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2015 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK **63**, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2015 GK **63**, 170
- Umsatzbesteuerung der Leistungen der öffentlichen Hand GK **82**, 223
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2015 GK **104**, 266
- Steuerschätzung Mai 2017 GK **124**, 314
- Steueraufkommen 2016 mit 2021 in Mrd. € GK **124**, 316
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK **124**, 317
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK **124**, 321
- Erstes Gesetz zu Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes vom 18.5.2017 GK **130**, 336
- Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Gemeindefinanzreformgesetz vom 6.6.2017 GK **155**, 384
- Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes – Umsatzsteueranteil der Kommunen GK **158**, 388
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2016; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik GK **230**, 529
- Moderates Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 GK **230**, 529
- 2016 wiederum positiver Finanzierungssaldo GK **230**, 530
- Weiterer Anstieg bei den kommunalen Steuereinnahmen GK **230**, 530
- Deutliche Zunahmen bei der Gewerbesteuer sowie beim Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer GK **230**, 530
- Steuereinnahmen – Übersicht GK **230**, 531
- Leichter Rückgang bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb GK **230**, 531
- Höhere Zuweisungen, gestiegene Bezirks- und Kreisumlage GK **230**, 531
- Personalausgaben weiter gestiegen GK **230**, 532
- Höhere Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke GK **230**, 532
- Solidarumlage ab 2008 entfallen – Staat übernimmt Netto-Solidarumlage GK **230**, 532
- Erneute Zunahme der Ausgaben für soziale Leistungen GK **230**, 533
- Anstieg bei den Bauausgaben GK **230**, 533
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2015 und 2016 GK **231**, 534

- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2015 und 2016 GK **232**, 535
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2016 nach Gemeindegrößenklassen GK **233**, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2016 nach Gemeindegrößenklassen GK **234**, 537

Flächennutzungsplan

- Sachlicher Teilflächennutzungsplan: Der Windenergie substanziell Raum verschaffen FSt **168**, 571
- Je geringer der Anteil der dargestellten Konzentrationsflächen ist, desto gewichtiger müssen die gegen die Darstellung weiterer Konzentrationsflächen sprechenden Gesichtspunkte sein, damit es sich nicht um eine unzulässige „Feigenblattplanung“ handelt FSt **168**, 571
- Als alleiniges Kriterium zur Rechtfertigung einer Konzentrationszonenplanung ist die durch die nach der Planung möglichen Windenergieanlagen erzeugte Energiemenge ungeeignet FSt **168**, 573

Forstwirtschaft

- Rückgang der staatlichen Betriebsleitung und -ausführung im Kommunalwald FSt **140**, 475

Fremdenverkehrsbeitrag

- Beitragspflicht des Mitglieds einer Erbergemeinschaft bei Verpachtung von Räumen für eine Gaststätte GK **115**, 293
- Mitglied einer Erbergemeinschaft als richtiger Bekanntgabeadressat des Beitragsbescheides – Erbergemeinschaft ist nicht Beitragsschuldnerin GK **115**, 294
- Vorteil aus dem Fremdenverkehr durch Verpachtung von Räumen für eine Gaststätte GK **115**, 295
- Verpachtung durch eine selbständig tätige natürliche Person im Sinne von Art. 6 Abs. 1 KAG GK **115**, 295
- Zur Festlegung der Höhe des Vorteilssatzes GK **115**, 296
- Heranziehung eines Stromversorgungsunternehmens; Rechtsstellung als Grundversorger; Ermittlung des Vorteilssatzes GK **127**, 327
- Auch ortsfremde Personen unterliegen der Fremdenverkehrsbeitragspflicht, wenn sie – z.B. durch eine im Gemeindegebiet gelegene Betriebsstätte – in einer objektiv verfestigten Beziehung zur Gemeinde stehen GK **127**, 328
- Das von den Stromversorgern mitgenutzte Niederspannungsnetz der Netzbetreiber genügt als überörtliche Betriebsstätte nicht, um eine örtliche Radizierung des Versorgungsunternehmens zu begründen GK **127**, 328

- Der gewerbesteuerrechtliche Begriff der „mehrgemeindlichen Betriebsstätte“ lässt sich nicht auf das Fremdenverkehrsbeitragsrecht übertragen GK 127, 329
- Die Pflichtenstellung als Grundversorger im jeweiligen Gemeindegebiet (§ 36 Abs. 1 EnWG) dürfte dagegen ausreichen, um eine verfestigte Beziehung zu der einzelnen Gemeinde anzunehmen GK 127, 330
- Die Ermittlung des für ein Stromversorgungsunternehmen maßgeblichen Vorteilssatzes erfordert zumindest im Ansatz eine personen- und betriebs- bzw. branchenbezogene Betrachtung der durch den Fremdenverkehr zusätzlich anfallenden Stromkosten GK 127, 332

G

Gaststätten

- Gaststättenrechtliche Unzuverlässigkeit wegen der Beschäftigung von Scheinselbstständigen FSt 173, 594
- Rechtskräftige Verurteilung wegen der Beschäftigung dreier angeblich selbständiger, sozialversicherungsrechtlich nicht gemeldeter „Beiköche“ FSt 173, 594
- Die „Tücken“ einer Verständigung im Strafverfahren und die Auswirkungen auf die Verwaltungsbehörden FSt 173, 595
- Entscheidend ist die Prognose über die zukünftige Zuverlässigkeit FSt 173, 597

Gasversorgung

- Preisadjustierungen durch Strom- und Gasversorger GK 58, 156
- Preisadjustierung in der Grundversorgung mit Gas durch ergänzende Vertragsauslegung GK 58, 157
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2017 GK 96, 255
- Erste Verordnung zur Änderung der Gasnetz-zugangsverordnung vom 11.8.2017 GK 207, 479

Gehsteige

- Fragen der Abwälzbarkeit der Gehsteigreinigungspflicht auf Anlieger FSt 248, 833
- Keine Erledigung der Bescheide durch Befolgung der Verpflichtung, die Gehsteige zu reinigen FSt 248, 833
- Grundsätzliche Zulässigkeit der Abwälzbarkeit der Reinigungspflichten FSt 248, 834
- Abwählbar sind nur dringende Reinigungspflichten, nicht aber solche pauschal vorbeugender oder zeitlich wiederkehrender Art FSt 248, 834

- Keine Gesamtnichtigkeit der gemeindlichen Verordnung FSt 248, 836
- Differenzierte Rechtslage bei aus Ritzen und Rissen wucherndem Gras oder Unkraut FSt 248, 836
- Begriff der geschlossenen Ortslage im straßenrechtlichen Sinn FSt 248, 837
- Konkrete Einordnung der Grundstücke FSt 248, 838
- Tatbestandsvoraussetzungen für die Entfernung von Gras und Unkraut nicht erfüllt FSt 248, 839

GEMA

- Neuer GEMA-Tarif für Musikwiedergaben in Aufenthaltsräumen von Sozialeinrichtungen FSt 156, 532

Gemeindebeamte

- Beurteilung der gesundheitlichen Eignung vor der Ernennung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit FSt 12, 40
- Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 13.12.2016 FSt 63, 208
- Beihilfe (Art. 96 BayBG) FSt 63, 208
- Ausbildungskostenerstattung (Art. 139 BayBG) FSt 63, 209
- Einstellungsaltershöchstgrenzen (Art. 67 LfBG) FSt 63, 210
- Freiwillig erhöhte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für Feuerwehrbeamte und Feuerwehrbeamtinnen (Art. 99 b BayBesG) FSt 63, 210
- Reisekostenerstattung (Art. 6 BayRKG) FSt 63, 211
- Versorgung (BayBeamtVG) FSt 63, 211
- Reichsbürgerbewegung; sog. Malta-Masche von Anhängern der Reichsbürgerideologie FSt 164, 561
- Haftung eines Beamten bei Falschbetankung eines Dienstfahrzeugs FSt 189, 640
- Kein Anspruch eines Beamten auf Auswahlentscheidung über Beförderung zu bestimmtem Zeitpunkt FSt 193, 650
- Einrichtung eines Dienstzimmers – Weisungsbefugnis des Dienstherrn FSt 253, 853
- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Trennungsgeldverordnung und der Dienstwohnungsverordnung vom 5.12.2016 GK 31, 71
- Bek der BVS vom 10.4.2017 – Ausbildung für den Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen, fachlicher Schwerpunkt nichttechnischer Verwaltungsdienst 2017/2019 GK 87, 239

Gemeindegebietsänderung

- Normenkontrollantrag gegen die Teilauflösung eines gemeindefreien Gebiets; keine Antragsbefugnis der dortigen Grundeigentümer
FSt 14, 41

Gemeinden

- Haftung der Gemeinde gegenüber Anliegern wegen falscher Auskunft über das Ende von Bauarbeiten? FSt 73, 241
- Zum Nachweis und zur Bedeutung einer Zusicherung über die Zeitdauer einer Baumaßnahme FSt 73, 241
- Zur Beweislast und zum Nachweis pflichtwidriger Bauverzögerungen FSt 73, 242
- Ein Entschädigungsanspruch setzt nicht hinnehmbare Beeinträchtigungen voraus FSt 73, 243
- Benachteiligung von Auswärtigen bei einer kommunalen Einrichtung, die darauf ausgelegt ist, auswärtige Besucher anzuziehen; Einheimischenabschlag FSt 131, 441
- Zum Umfang der Prüfung des Willkürverbotes FSt 131, 441
- Öffentliche Unternehmen sind unmittelbar an die Grundrechte gebunden FSt 131, 442
- Zu den Möglichkeiten und Grenzen eines Einheimischenabschlages, bei einer Einrichtung, die darauf ausgelegt ist, auswärtige Besucher anzuziehen FSt 131, 444
- Art. 49 EGV (Art. 56 AEUV) ist ein Verbotsgesetz i.S. von § 134 BGB FSt 131, 445
- Gesetz über Verbote der Gesichtsverhüllung in Bayern FSt 224, 738
- Bekleidungsvorschriften: Art. 75 BayBG n.F. FSt 224, 738
- Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen: Art. 145 BayBG n.F. FSt 224, 739
- Aufgaben der Schulen: Art. 2 Abs. 4 Satz 1 BayEUG n.F. FSt 224, 739
- Rechte und Pflichten: Art. 56 Abs. 2 Satz 4 BayEUG n.F. FSt 224, 740
- Lehrkräfte: Art. 59 Abs. 2 Satz 4 BayEUG n.F. FSt 224, 740
- Verbot der Gesichtsverhüllung: Art. 9a BayKiBiG n.F. FSt 224, 741
- Verbot der Gesichtsverhüllung: Art. 23b LStVG n.F. FSt 224, 743
- Tätigkeit der Wahlausschüsse und Wahlvorstände: Art. 8 LWG n.F. FSt 224, 744
- Stimmabgabe: § 45 Abs. 5 LWO n.F. FSt 224, 744
- Wahllehrenamt: Art. 7 Abs. 2 Satz 2 GLKrWG n.F. FSt 224, 744
- Zurückweisung von Abstimmenden: § 61 Abs. 1 GLKrWO n.F. FSt 224, 744

- Bundesrechtliche Regelungen zur Gesichtsverhüllung FSt 224, 744
- Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“ – Gute Beispiele gesucht FSt 250, 841

Gemeindenutzungsrechte

- Fortbestand bei geänderten Bedingungen; Verwendung der Erzeugnisse; Änderungen in der baulichen Substanz FSt 190, 641
- Da der Inhalt öffentlicher Nutzungsrechte unabänderlich festgelegt ist, erlöschen diese Rechte, wenn sie wegen einer geänderten Bewirtschaftung des belasteten Grundstücks nicht mehr ausgeübt werden können FSt 190, 642
- Über die Verwertung der Erzeugnisse, die durch die Ausübung der öffentlichen Nutzungsrechte gewonnen wurden, können die Rechtler grundsätzlich frei entscheiden FSt 190, 642
- Auch bei öffentlichen Nutzungsrechten, die landwirtschaftlichen Zwecken dienen (Art. 80 Abs. 2 Satz 3 GO), hängt der Fortbestand des Rechts nicht davon ab, dass der Rechtsinhaber auf seinem Grundstück die bisherige Wirtschaftsform oder Betriebsweise unverändert fortführt FSt 190, 643
- Solange die landwirtschaftliche Haus- und Hofstätte nicht endgültig aufgegeben wird, führen auch grundlegende bauliche Veränderungen auf dem Anwesen des Rechtsinhabers nicht zum Erlöschen des öffentlichen Nutzungsrechts FSt 190, 644

Gemeinderat

- Ordnungsgemäße Ladung unter Einhaltung der Ladungsfrist FSt 39, 123
- Gemeinderatsmitglieder können im Wege der Feststellungsklage die Unwirksamkeit von Gemeinderatsbeschlüssen wegen fehlerhafter Ladung geltend machen FSt 39, 123
- Ordnungsgemäße Ladung durch rechtzeitigen Einwurf in den Briefkasten unter Einhaltung der Ladungsfrist FSt 39, 124
- Maßgeblich für die Einhaltung der Ladungsfrist ist die Frage, wann die Ladung einem Gemeinderatsmitglied zugeht (hier: durch einen Gemeindeboten) FSt 39, 125

Gemeinderatsmitglieder

- Befangenheit eines Mitglieds des Gemeinderats im Bebauungsplanverfahren FSt 1, 1
- Zum Ausschlussstatbestandsmerkmal „unmittelbarer Vorteil“ FSt 1, 1
- Die Ausschlussregelung der Gemeindeordnung ist abschließend FSt 1, 2

Gemeindevermögen

- Geldanlagen von Kommunen in Zeiten von Niedrig- und Negativzinsen GK 132, 340
- Verwaltung des Gemeindevermögens im Allgemeinen GK 132, 340
- Verwaltung nicht rechtsfähiger (fiduziarischer) Stiftungen durch Kommunen GK 132, 341

Gewerbegebiet

- Bordelle oder bordellähnliche Betriebe als eine Unterart der „Gewerbebetriebe aller Art“ FSt 6, 21

Gewerbsteuer

- Erstattung von Gewerbesteuerguthaben; Aufrechnung; Verrechnungsvereinbarung; Schriftformerfordernis (verneint); materielle Beweislast GK 24, 59
- Für die Erhebung von Gewerbesteuern durch Kommunen gelten die Vorschriften der Abgabenordnung GK 24, 59
- Eine Anwendung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes kommt im Gewerbesteuerrecht nicht in Betracht GK 24, 60
- Im Erhebungsverfahren sind sowohl einseitige Aufrechnungen als auch mehrseitige Verrechnungsvereinbarungen möglich GK 24, 60
- Verrechnungsvereinbarungen sind grundsätzlich formfrei möglich, jedoch empfiehlt sich eine schriftliche Fixierung GK 24, 61
- Das Zustandekommen einer wirksamen Verrechnungsvereinbarung setzt ein Verrechnungsangebot sowie dessen Annahme voraus GK 24, 61
- Lässt sich der Abschluss einer Verrechnungsvereinbarung nicht nachweisen, trifft die sich hierauf berufende Gemeinde die Beweislast GK 24, 62
- BFH verwirft Sanierungserlass des BMF GK 92, 246
- Keine Anwendbarkeit von § 35b Abs. 1 Satz 1 GewStG bei rechtskräftiger Entscheidung zum Gewerbesteuermessbescheid GK 106, 278

Gewerbsteuerumlage

- Verordnung zur Festsetzung der Erhöhungszahl für die Gewerbsteuerumlage nach § 6 Absatz 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes im Jahr 2017 vom 10.2.2017 GK 62, 168
- Gewerbsteuerumlage 2017 – Entwicklung GK 125, 325

Gewerbeuntersagung

- Strafbefehl wegen Missbrauchs von Kurzzeichen und Zuverlässigkeit eines Gewerbetreibenden FSt 93, 312

- Massenhafter Missbrauch von Kurzzeitkennzeichen FSt 93, 312
- Strafbares „Ausgeben“ und „Vertreiben“ von Kfz-Kennzeichen FSt 93, 313

Grundbuchordnung

- Grundbucheinsicht von Versorgungsunternehmen GK 51, 138
- Versorgungsunternehmen kann die Einsicht in das Grundbuch in allgemeiner Form auch für sämtliche Grundstücke eines Grundbuchamtsbezirks durch das Grundbuchamt gestattet werden, wenn sie ein berechtigtes Interesse darlegen GK 51, 138
- Die Dokumentationspflicht für die Einsichtnahme nach § 12 Abs. 4 GBO begründet nicht die durch § 86a Abs. 1 GBV, § 12 Abs. 3 GBO aufgehobene Pflicht zur Darlegung des berechtigten Interesses im Einzelfall neu GK 51, 139

Grundsicherung

- Änderung der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung (Alg II-V) FSt 77, 257
- Freistellung von Kapitalerträgen bis 100 € kalenderjährlich FSt 77, 257
- Pauschbeträge für vom Einkommen abzusetzende Beträge FSt 77, 257
- Rechtmäßigkeit von Hinweisen in einem Eingliederungs-Verwaltungsakt zur Ortsanwesenheitspflicht FSt 208, 696
- Sechste Verordnung zur Änderung der Kommunalträger-Zulassungsverordnung vom 29.5.2017 GK 142, 360

Grundsteuer

- Bekanntgabe eines Grundsteuerbescheides; Bestreiten des Zugangs mit Nichtwissen durch einen Dritten GK 34, 83
- Rechtsgrundlage für einen Duldungsbescheid hinsichtlich der Vollstreckung der Grundsteuer GK 34, 84
- Wirksam ist ein Steuerbescheid, wenn er dem Adressaten bekannt gegeben worden ist (§ 124 Abs. 1 AO) GK 34, 84
- Keine sonstigen Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit des Duldungsbescheides GK 34, 87

Grundstückskaufvertrag

- Grundstücksverkauf durch eine Gemeinde; Altlastenverdacht; Nachforschungspflicht FSt 174, 599

H

Haushaltswesen

- Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der Kameralistik GK 1, 1
- Gliederung und Gruppierung von Einnahmen und Ausgaben GK 1, 1
- Gliederungsplan, Gruppierungsplan GK 1, 2
- Weitere Hinweise zur Haushaltssystematik GK 1, 2
- Änderung der Verwaltungsvorschriften zur Kommunalhaushaltsverordnung und Abbildung bestimmter Abschreibungen in der neuen Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der Kameralistik GK 2, 3
- Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung GK 12, 25
- Kommunale Haushaltssystematik GK 12, 25
- Produktgliederung und Kontenrahmen GK 12, 26
- Zuordnungsvorschriften zur Produktgliederung und zum Kontenrahmen GK 12, 27
- Bek des StMI vom 9.3.2017 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen GK 87, 239
- Änderung der Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der Kameralistik GK 113, 290
- Anpassung an die Änderungen der Sozialhilfestatistik im Zuge der sog. Pflegereform GK 113, 291
- Haushaltsrechtliche Abbildung von Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen GK 113, 291
- Änderung der Haushaltssystematik nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung GK 114, 292
- Anpassung an die Änderungen der Sozialhilfestatistik im Zuge der sog. Pflegereform GK 114, 292
- Haushaltsrechtliche Abbildung von Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen GK 114, 292
- Kommunale Förderung der Barrierefreiheit GK 156, 385

Heimrecht

- Kündigung des Heimvertrages einer Bewohnerin wegen ständiger Schreianfälle FSt 231, 770

Herstellungsbeitrag

- Festsetzungsverjährung bei fiktivem Geschossflächenbeitrag GK 220, 505
- Die Erhebung eines zusätzlichen Beitrags hat sich am Vorteilsbegriff zu orientieren GK 220, 505

- Der fiktive Geschossflächenbeitrag verjährt gemäß Art. 13 Abs. 1 Nr. 4 b) bb) KAG i.V. mit §§ 169, 170 AO vier Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem er entstanden ist GK 220, 506
- Der fiktive Geschossflächenbeitrag ist keine bloße Vorauszahlung; in Abzug zu bringen ist die fiktive Fläche und nicht ein fiktiver Beitrag GK 220, 506

HOAI

- Honorar bei Baukostenüberschreitung; stufenweise Beauftragung FSt 91, 307
- Zur Höhe des Honorars und zur Beweislastverteilung, wenn eine Baukostenobergrenze nicht eingehalten wird FSt 91, 308
- Zu den Rechtsfolgen bei echter stufenweiser Beauftragung FSt 91, 308
- Es ist unzulässig, das Honorar des Architekten an die Kostenansätze der Haushaltsunterlage Bau (HU-Bau) zu koppeln FSt 198, 661
- Das Architektenhonorar regelnde Kostenansätze der HU-Bau sind unwirksam FSt 198, 662
- Eine am Ende der Entwurfsplanung zum Zwecke der Honorarberechnung erstellte Kostenberechnung ist nicht fortzuschreiben FSt 198, 663
- Bedeutung von Umbauzuschlag, anrechenbarer Bausubstanz und Nebenkosten für die Mindestsatzberechnung FSt 245, 825
- Dem Umbauzuschlag nach § 6 Abs. 2 HOAI 2013 kommt kein Mindestsatzcharakter zu FSt 245, 825
- Bei der Ermittlung des Mindestsatzhonorars sind die anrechenbaren Kosten der vorhandenen und mitzuverarbeitenden Bausubstanz zu berücksichtigen FSt 245, 826
- Zur Höhe der anrechenbaren Kosten mitzuverarbeitender Bausubstanz FSt 245, 827
- Die Nebenkosten sind nicht Teil des Mindestsatzhonorars FSt 245, 828

Hochwasserschutz

- Überschwemmungen; Hilfen und Vorbeugung FSt 214, 709

Hunde

- Einzelfallanordnungen nach Art. 18 Abs. 2 LStVG: Die Gefahrenprognose für einen Hund außerhalb im Zusammenhang bebauter Ortslagen FSt 141, 476
- Eine Anordnung zur Haltung von Hunden nach Art. 18 Abs. 2 LStVG setzt voraus, dass im gesondert zu betrachtenden Einzelfall eine konkrete Gefahr für die in Art. 18 Abs. 1 LStVG genannten Schutzgüter vorliegt FSt 141, 477

- Die neben einem innerörtlichen Leinenzwang verfügte Anordnung eines Maulkorbzwangs außerhalb von in Zusammenhang bebauten Ortslagen kommt nur in Betracht, wenn dies im Einzelfall zur effektiven Gefahrenabwehr erforderlich und bei Abwägung der gegenläufigen Interessen zumutbar ist; dies gilt auch für Kampfhunde der Kategorie 2 FSt 141, 477
- Die Anforderungen an die Gefahrenprognose bei Anordnungen für den Außenbereich müssen umso mehr beachtet werden, wenn eine Gemeinde im übertragenen Wirkungskreis handelt und die Anordnung demgemäß bayernweite Geltung beansprucht FSt 141, 478
- Die Anordnung eines Maulkorbzwangs im Außenbereich ist nur verhältnismäßig, wenn kein milderes Mittel zur Verfügung steht, um etwaige Gefahren bei der Begegnung mit Menschen oder Tieren auch dort auszuschließen FSt 141, 479
- Zur Rechtmäßigkeit der Anordnung, beim Ausführen des Hundes zusammen mit anderen Hunden sicherzustellen, dass nur einem Hund der Freilauf ohne Leine gestattet wird FSt 141, 480

I

Immissionsschutz

- Anfechtung der Genehmigung einer Windkraftanlage FSt 19, 58
- Geändertes Recht im Zeitpunkt eines die Immissionsschutzrechtliche Genehmigung ergänzenden Bescheids: Maßgeblich ist die Reichweite des Regelungsgehalts des Ergänzungsbescheids FSt 19, 59
- Merkmale eine Dorfgebiets und Randlage zum allgemeinen Wohngebiet FSt 19, 60
- Zur „Flächenquellenproblematik“ und zu den richtigen Regelwerken für Schallprognosen bei Windkraftanlagen FSt 19, 61
- „Optisch bedrängende Wirkung“ von Windkraftanlagen und Rücksichtnahmegebot: Weiterhin Faustformel und Einzelfallprüfung FSt 19, 62
- Kumulation von Immissionen verschiedener Art nur in sehr seltenen Ausnahmefällen zur Abwendung eines Verfassungsverstoßes FSt 19, 64
- Windkraft: Denkmalschutzwürdige Wallfahrtskirche („Große Kappl“) FSt 121, 406
- Die „Vorbelastung“ eines Denkmals kann dessen Wirkung mindern, aber ihm nicht ohne Weiteres die Schutzwürdigkeit nehmen FSt 121, 406

- Gewicht und Grenzen des Privilegierungsstatbestands einer Windkraftanlage gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB FSt 121, 407
- Die Verringerung eines Windkraft-Projekts kann Verfahrensfehler beheben FSt 215, 711
- Zu den Voraussetzungen für „kumulierende Anlagen“ FSt 215, 711
- Folgen einer Verkleinerung des geplanten Windparks für umweltverfahrensrechtliche Fehler FSt 215, 714

Informationsfreiheit

- Erfolgreiche Normenkontrolle gegen eine gemeindliche Informationsfreiheitsatzung FSt 97, 321
- Es gibt keinen verfassungsunmittelbaren Informationsanspruch FSt 97, 321
- Der bayerische Gesetzgeber hat in Art. 36 BayDSG einen allgemeinen Auskunftsanspruch normiert FSt 97, 322
- Der neue bayerische Auskunftsanspruch könnte Sperrwirkung entfalten FSt 97, 322
- Art. 23 Satz 1 GO ermächtigt nicht zu Grundrechtseingriffen FSt 97, 323
- Eingriffe in Grundrechte Dritter FSt 97, 324
- Entsprechende Ausgestaltung der Ablehnungsgründe notwendig FSt 97, 324
- Eine Informationsfreiheitsatzung darf nicht hinter dem Schutzniveau höherrangigen Rechts zurückbleiben FSt 97, 325
- Beschränkung des Zugangs zu gemeindlichen Informationen auf Gemeindegewohner ist zulässig FSt 97, 326
- Die Anknüpfung an den Begriff des Gemeindegewohners steht im Einklang mit europarechtlichen Vorgaben FSt 97, 327

Ingenieure

- Die Verjährung von Ansprüchen gegen Architekten und Ingenieure beginnt, wenn keine Teilabnahme vereinbart ist, erst nach der Leistungsphase 9, nicht bereits mit der Ingebrauchnahme des Bauwerks GK 52, 141
- Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Dezember 2015 GK 60, 162
- Richtlinie zur Ermittlung der Vergütung für die statische und konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen (RVP); Fortschreibung 2017 GK 216, 500

Innenbereich

- Unbeplanter Innenbereich: Einfügen in die nähere Umgebung nach dem Maß der baulichen Nutzung FSt 268, 899

- Baulichkeiten können auch dann die Eigenart der näheren Umgebung prägen, wenn sie nicht imstande sind, einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil zu bilden FSSt **268**, 899
- Ein Vorhaben fügt sich nach dem Maß der baulichen Nutzung in die Eigenart der näheren Umgebung ein, wenn es dort Referenzobjekte gibt, die bei einer wertenden Gesamtbetrachtung von Grundfläche, Geschoszahl und Höhe, bei offener Bebauung auch nach dem Verhältnis zur Freifläche, vergleichbar sind FSSt **268**, 901

Insolvenzordnung

- Verbesserung der Gläubigersituation durch den Gesetzgeber GK **89**, 242
- Vorsatzanfechtung von Deckungshandlungen: § 133 Abs. 2 InsO n.F. GK **89**, 242
- Vorsatzanfechtung von kongruenten Deckungshandlungen: § 133 Abs. 3 Satz 1 InsO n.F. GK **89**, 242
- Vermutung bei Zahlungserleichterungen: § 133 Abs. 3 Satz 2 InsO n.F. GK **89**, 243
- Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2015/848 über Insolvenzverfahren vom 5.6.2017 GK **142**, 360

J

Jagdrecht

- Änderung des Bundesjagdgesetzes FSSt **105**, 359
- Strafbewehrungen: § 36 Abs. 3, § 38a Abs. 1 und 2 und § 39 Abs. 2 BJagdG n.F. FSSt **105**, 359
- Halbautomatische Waffen: § 19 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c BJagdG n.F. FSSt **105**, 360

Jahresrechnungsstatistik

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2015 für Bayern GK **177**, 433
- Moderates Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 GK **177**, 433
- Kommunale Einnahmen und Ausgaben gestiegen GK **177**, 433
- Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt insgesamt gestiegen GK **177**, 434
- Tilgung höher als die Neuaufnahme von Krediten GK **177**, 435
- Anstieg bei den kommunalen Investitionen GK **177**, 435
- Kreisangehörige Gemeinden erneut Spitzenreiter bei den Bauausgaben GK **177**, 436
- Personalausgaben wiederum gestiegen GK **177**, 436
- Umlagebelastung gewachsen GK **177**, 437

- Solidarumlage ab 2008 entfallen, dafür anderweitige Mitfinanzierung der Deutschen Einheit GK **177**, 438
- Sozialausgaben deutlich gestiegen GK **177**, 438
- Zunahme bei den kommunalen Steuereinnahmen GK **177**, 439
- Moderater Anstieg bei der Gewerbesteuer GK **177**, 440
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und Grundsteuereinnahmen gestiegen GK **177**, 440
- Die Ist-Einnahmen des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2015 nach Aufgabenbereichen GK **178**, 441
- Die Ist-Ausgaben des Gesamthaushalts im Haushaltsjahr 2015 nach Aufgabenbereichen GK **179**, 442
- Die Ist-Einnahmen des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2015 nach Arten GK **180**, 443
- Die Ist-Ausgaben des Verwaltungshaushalts im Haushaltsjahr 2015 nach Arten GK **181**, 444
- Personalausgaben im Haushaltsjahr 2015 nach Einzelplänen bzw. Gruppen und Untergruppen GK **182**, 446
- Die Ist-Einnahmen des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2015 nach Arten GK **183**, 447
- Die Ist-Ausgaben des Vermögenshaushalts im Haushaltsjahr 2015 nach Arten GK **184**, 448
- Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2015 gegliedert nach Aufgabenbereichen GK **185**, 449
- Steuereinnahmen, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen im Haushaltsjahr 2015 GK **186**, 450

Jahressonderzahlung

- Die Jahressonderzahlung nach § 20 TVöD/VKA unterliegt in vollem Umfang der Pfändung GK **35**, 87
- Aus Anlass des Weihnachtsfestes gezahlte Vergütungen sind nach § 850a Nr. 4 ZPO unpfändbar GK **35**, 88
- Die Jahressonderzahlung nach § 20 TVöD/VKA wird nicht als „Weihnachtsvergütung“ i.S. von § 850a Nr. 4 ZPO geleistet GK **35**, 89

Jugendhilfe

- Abgrenzung der Wahrnehmungszuständigkeiten von Vertretungskörperschaft und Jugendhilfeausschuss einer Gebietskörperschaft FSSt **4**, 10
- Zum Beschlussrecht des Jugendhilfeausschusses im Allgemeinen FSSt **4**, 12
- Zur substantiellen Aushöhlung des Beschlussrechtes des Jugendhilfeausschusses FSSt **4**, 13
- Zur Verpflichtung, den Jugendhilfeausschuss anzuhören FSSt **4**, 15

- Der Jugendhilfeausschuss kann sich nur auf die Verletzung seiner Rechte berufen FSt 4, 16
- Kürzung des Pflegegeldes bei Großelternpflege FSt 85, 280
- Zum Rechtsanspruch unter dreijähriger Kinder auf einen Betreuungsplatz; Eltern im Schutzbereich des § 24 Abs. 2 SGB VIII FSt 102, 352
- Schadensersatz wegen Verdienstaufschlagschaden bei nicht (rechtzeitiger) Zurverfügungstellung eines Betreuungsplatzes FSt 102, 355

K

Kaminkehrer

- Kosten für eine Überprüfungsanordnung nach dem Schornsteinfegerrecht FSt 234, 793
- Ein Zweitbescheid nach § 25 Abs. 2 Satz 1 SchfHwG ist eine gebundene Entscheidung FSt 234, 793
- Ermessen bezüglich der Frist zur Befolgung des Bescheids FSt 234, 794

Kanalisation

- Abwassergebühren: Schätzung der Abwassermenge bei vorheriger Schätzung der Wassermenge GK 48, 127
- Zur Ermittlung der Abwassermenge anhand der dem Grundstück zugeführten und nicht dort verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermenge (modifizierter Frischwassermaßstab) GK 48, 127
- Wird der Zutritt zum Wasserzähler nicht ermöglicht oder ist der Wasserzähler defekt, kann die Abwassermenge auf Grundlage des Frischwassermaßstabs geschätzt werden GK 48, 128
- Bei Schätzung der Abwassermenge besteht zwar keine Bindung an die im bestandskräftigen Wassergebührenbescheid geschätzte Wassermenge; eine Orientierung daran ist aber nicht zu beanstanden GK 48, 129
- Verwaltungsgerichte haben keine eigenständige Schätzungsbefugnis GK 48, 129
- Vorteilslage bei Neuherstellung einer Entwässerungseinrichtung durch erhebliche Investitionen in Alteinrichtungen; Befugnis zur Beitrags-erhebung bei Kommunalunternehmen GK 159, 389
- Bei der Gründung von Kommunalunternehmen ist eine ausdrückliche Übertragung der Befugnis, Beiträge zu erheben, neben der Aufgabentransferung nicht erforderlich; 159 Ziff. 1 GK 159, 389

- Es liegt kein Verstoß gegen den „Grundsatz der Einmaligkeit der Beitrags-erhebung“ vor, wenn von einer Neuherstellung der Einrichtung auszugehen ist GK 159, 391
- Bei Neuherstellung einer Entwässerungseinrichtung kommt es für das Entstehen der Vorteilslage auf die Fertigstellung und Benutzbarkeit der neuen Einrichtung an GK 159, 393
- Kein Aufwendungsersatz für einen in Eigenregie hergestellten Grundstücksanschluss nach Teilung des bereits angeschlossenen Grundstücks GK 235, 538
- Nach Grundstücksteilung wird mit der Verlegung eines neuen Grundstücksanschlusses kein fremdes, sondern ein eigenes Geschäft wahrgenommen GK 235, 538
- Wenn ein Grundstück bereits angeschlossen ist, kann eine Verpflichtung zur Erstattung der durch die Verlegung einer Anschlussleitung angefallenen Kosten nicht entstehen GK 235, 539
- Für ein durch Teilung entstandenes neues Grundstück kann eine gesonderte Entwässerung bzw. Wasserversorgung nur verlangt werden, wenn es noch nicht an die öffentliche Einrichtung angebunden ist GK 235, 540

Kassenwesen

- Elektronische Kassen; Information für Unternehmer GK 137, 351

Katastrophenschutz

- Bayerisches Katastrophenschutzgesetz und Bayerisches Rettungsdienstgesetz FSt 127, 425
- Örtliche Einsatzleitung: Art. 6 Abs. 2 BayKSG n.F. FSt 127, 426
- Katastrophenhilfe (außergewöhnliches Großereignis): Art. 7 Abs. 2 BayKSG n.F. FSt 127, 426
- Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes: Art. 12 BayKSG n.F. FSt 127, 427
- Helfer: VII. Abschnitt, Art. 16 und 17 BayKSG n.F. FSt 127, 427
- Begriffsbestimmungen: Art. 2 Abs. 14 und 15 BayRDG n.F. FSt 127, 431
- Gegenstand der Genehmigung: Art. 22 Abs. 1 BayRDG n.F. FSt 127, 431
- Antragstellung: Art. 25 Abs. 1 und 2 BayRDG n.F. FSt 127, 431
- Betriebspflicht und Einsatzbereitschaft: Art. 37 Abs. 4 BayRDG n.F. FSt 127, 432
- Anforderungen an Einsatzfahrzeuge: Art. 41 Abs. 3 BayRDG n.F. FSt 127, 432
- Qualitätsmanagement: Art. 45 Abs. 2 BayRDG n.F. FSt 127, 432
- Dokumentation: Art. 46 Abs. 5 BayRDG n.F. FSt 127, 432

Kindergärten, Kinderbetreuung

- Zum Rechtsanspruch unter dreijähriger Kinder auf einen Betreuungsplatz; Eltern im Schutzbereich des § 24 Abs. 2 SGB VIII FSt **102**, 352
- Schadensersatz wegen Verdienstausfallschaden bei nicht (rechtzeitiger) Zurverfügungstellung eines Betreuungsplatzes FSt **102**, 355
- Bek des StMAS vom 2.12.2016 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 Bay-KiBiG – GK **39**, 95
- Bek des StMAS vom 2.12.2016 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 Bay-KiBiG – GK **39**, 95
- Bek des StMAS vom 7.12.2016 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ GK **39**, 95
- Bek des StMAS vom 21.12.2016 – Vollzug des Kinderförderungsgesetzes GK **54**, 144
- Weitere Finanzmittel des Bundes für den Ausbau der Kindertagesbetreuung GK **193**, 457
- Art. 1 – Änderung des KitaFinHG GK **193**, 457
- Art. 2 – Änderung des KBFG GK **193**, 458

Kindergeld

- Voraussetzung eines Kindergeldanspruchs für volljähriges, beschäftigungsloses Kind FSt **117**, 400

Kommunalabgaben

- Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vom 13.12.2016 FSt **52**, 176
- Elektronische Übermittlung der für die Ermittlung und Festsetzung von Abgaben erforderlichen Daten FSt **52**, 176
- Einführung der Möglichkeit einer verpflichtenden elektronischen Übermittlung von Daten im Fremdenverkehrs- und Kurbeitragsrecht FSt **52**, 177
- Erweiterung der schriftformersetzenden Verfahren FSt **52**, 177
- Sichereres Verfahren für die Bekanntgabe eines Verwaltungsakts durch elektronische Übermittlung FSt **52**, 177
- Einsatz nicht amtlicher Datenverarbeitungsprogramme, Herstellerhaftung FSt **52**, 178
- Untersuchungsgrundsatz FSt **52**, 178
- Zustellung eines Verwaltungsaktes an einen Bevollmächtigten FSt **52**, 179
- Bekanntgabe eines Verwaltungsaktes durch Bereitstellung zum Datenabruf FSt **52**, 179

- Fristen FSt **52**, 179
- Verspätungszuschlag FSt **52**, 180
- Elektronische Prüfungsanordnungen FSt **52**, 181
- Weitere durch Art. 13 Abs. 1 KAG in Bezug genommene Vorschriften FSt **52**, 181
- Erhebung von Kommunalabgaben; Ausweisung von haushaltsnahen Handwerkerleistungen GK **81**, 222

Kommunale Abgaben

- Änderung des Anwendungserlasses zur Abgabenerordnung (AO) GK **116**, 298

Kommunale Unternehmen

- Ausreichende Kontrolle von kommunalen Unternehmen in Privatrechtsform? FSt **153**, 526
- Grundbucheinsicht von Versorgungsunternehmen GK **51**, 138
- Versorgungsunternehmen kann die Einsicht in das Grundbuch in allgemeiner Form auch für sämtliche Grundstücke eines Grundbuchamtsbezirks durch das Grundbuchamt gestattet werden, wenn sie ein berechtigtes Interesse darlegen GK **51**, 138
- Die Dokumentationspflicht für die Einsichtnahme nach § 12 Abs. 4 GBO begründet nicht die durch § 86a Abs. 1 GBV, § 12 Abs. 3 GBO aufgehobene Pflicht zur Darlegung des berechtigten Interesses im Einzelfall neu GK **51**, 139
- Keine steuerliche Begünstigung für von Trägervereinen betriebene Freibäder GK **128**, 334
- Elektronische Kassen; Information für Unternehmer GK **137**, 351
- Veröffentlichung der aktuellen Taxonomien zur E-Bilanz GK **188**, 451

Kommunale Wahlbeamte

- Änderung des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen (KWBG); Schließung von Versorgungslücken durch Neuregelungen in Art. 21 FSt **166**, 568
- Anpassung von im KWBG enthaltenen Rahmensätzen, Grenz- und Höchstbeträgen ab 1.1.2017 GK **204**, 475
- Rahmensätze der monatlichen Dienstaufwandsentschädigungen für Beamte auf Zeit ab 1.1.2017 GK **204**, 476
- Monatliche Entschädigungen für die ehrenamtlichen ersten Bürgermeister und Bürgermeisterinnen ab 1.1.2017 GK **204**, 476
- Jährliche Sonderzahlung nach Art. 55 KWBG GK **204**, 477
- Ehrensold nach Art. 60 Abs. 2 KWBG GK **204**, 477

Kommunalunternehmen

- Vorteilslage bei Neuherstellung einer Entwässerungseinrichtung durch erhebliche Investitionen in Alteinrichtungen; Befugnis zur Beitrags-erhebung bei Kommunalunternehmen GK 159, 389

Körperschaftsteuer

- Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 8c Satz 1 des Körperschaftsteuergesetzes) vom 23.5.2017 GK 130, 336

Krankenhäuser

- Zur sekundären Darlegungslast des Krankenhausträgers bei behaupteten Hygieneverstößen FSt 209, 697
- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Krankenhausgesetzes vom 11.11.2016 GK 17, 47

Krankheitsfürsorge

- Wegfall des Krankengeldzuschusses auch bei Erhalt einer Erwerbsminderungsrente GK 25, 63

Kreisumlage

- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2016 GK 19, 49
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden GK 19, 50
- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2016 GK 20, 53
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2016 GK 21, 54
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2016 GK 22, 55

Kündigung

- Bestimmtheit einer hilfsweise erklärten ordentlichen Kündigung „zum nächstzulässigen Termin“ FSt 3, 7
- Eine Kündigung „zum nächstmöglichen Termin“ ist möglich, wenn dem Erklärungs-empfänger die Dauer der Kündigungsfrist bekannt oder für ihn (leicht) bestimmbar ist FSt 3, 8
- Bei einer ordentlichen Kündigung, die hilfsweise zu einer außerordentlichen Kündigung erklärt wird, kommt es nicht darauf an, ob die ordentliche Kündigungsfrist leicht zu ermitteln ist FSt 3, 9
- Kein Beweisverwertungsverbot bei Kündigung wegen exzessiver Nutzung des dienstlichen Internetanschlusses FSt 23, 79
- Kündigung des Kinderkrippenvertrags und Fortzahlung von Betreuungskosten FSt 24, 80

- Außerordentliche Kündigung eines LKW-Fahrers wegen Drogenkonsums FSt 96, 320
- Kündigung des Arbeitsverhältnisses bei beharrlicher Nichtbefolgung einer Arbeitsaufforderung des Arbeitgebers nach rechtskräftigem Obsiegen des Arbeitnehmers im Kündigungsschutzprozess FSt 113, 398
- Beweislast für Überschreiten des Schwellenwertes für die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzes FSt 249, 840
- Ordentliche verhaltensbedingte Kündigung wegen Stellung eines Strafantrags FSt 261, 879

Kurbeitrag

- Heranziehung von Tagesgästen; unzumutbarer Verwaltungsaufwand GK 3, 6
- Die Erhebung von Kurbeiträgen ist auf die räumlichen Grenzen der Anerkennung als Kurort beschränkt GK 3, 7
- Kurorte können ihren kurbeitragsfähigen Aufwand nach ihrem Ermessen durch die Erhebung eines Kurbeitrags mitfinanzieren GK 3, 7
- Die Beherberger von Übernachtungsgästen können für deren Kurbeitrag in Anspruch genommen werden GK 3, 8
- Bei nicht nur vorübergehendem Verweilen spricht eine widerlegbare Vermutung für den Kuraufenthalt GK 3, 9
- Tagesgäste sind nicht kurbeitragspflichtig, wenn sie nicht mit vertretbarem Verwaltungsaufwand erfasst werden können GK 3, 9
- Die Kurbeitragspflicht der Übernachtungsgäste bleibt unberührt GK 3, 10
- Spezifische Vollzugsfragen können eine Verletzung des Gleichbehandlungsgebots ausschließen GK 3, 11
- Der Bagatelldarakter des Kurbeitrags ist zu berücksichtigen GK 3, 11
- Normenkontrolle gegen Kurbeitragssatzung; Zweitwohnungsinhaber; Pauschalierung; Einbeziehung der Familienangehörigen des Zweitwohnungsinhabers (vermeint) GK 72, 196
- Die Kurbeitragspflicht knüpft an gemeindliche Kureinrichtungen und Kurveranstaltungen an GK 72, 197
- Der Wortlaut des Art. 7 Abs. 2 Satz 5 KAG ist auf Zweitwohnungsinhaber beschränkt GK 72, 197
- Die Erstreckung einer Pauschalierung auf Familienangehörige ist vom Wortlaut der Satzungsermächtigung nicht gedeckt GK 72, 198
- Die Einbeziehung von Ehegatten in eine Pauschalierung stellt eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung dar GK 72, 199

- Die Erstreckung auf Kinder führt zu unüberwindlichen Abgrenzungsschwierigkeiten
GK 72, 200
- Höhe des pauschalierten Kurbeitrags; hier nicht zu beanstanden GK 72, 201
- Die Auswertung der freiwilligen Pauschalierungsvereinbarungen stellt eine geeignete Ermittlungsmethode zur Ermittlung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer dar
GK 72, 201
- Ermittelte Zahlen zur durchschnittlichen Aufenthaltsdauer dürfen nicht überholt sein
GK 72, 202
- Kurbeitragssatzung; Zweitwohnungsinhaber; Pauschalierung; Ermittlung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer GK 171, 416
- Pauschale Abgeltung des Jahreskurbeitrags nur bei Zweitwohnungsinhabern selbst möglich
GK 171, 417
- Gemeindlicher Beurteilungsspielraum bei der Ermittlung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer GK 171, 417
- Auswertung freiwilliger Pauschalierungsvereinbarungen als geeignete Ermittlungsmethode
GK 171, 418
- Gemeindliche Umfragen als weitere Ermittlungsmethode GK 171, 419
- Zulässigkeit einer maßvollen Aufrundung statistisch ermittelter Werte GK 171, 419
- Der bloße Zeitablauf macht die Ermittlungsergebnisse nicht untauglich GK 171, 420

L

Ladenschlussrecht

- Sonntagsöffnung anlässlich eines Festes
FSt 149, 505

Landkreise

- Auferlegung der Prozesskosten aufgrund der Verwendung des falschen Wappens FSt 176, 601
- Wenn durch ein schuldhaftes vorprozessuales Verhalten eines Beteiligten die Erhebung eines an sich vermeidbaren Rechtsschutzbegehrens verursacht wurde, können die gesamten Prozesskosten diesem auferlegt werden FSt 176, 601
- Ein Landkreis handelt schuldhaft i.S. des § 155 Abs. 4 VwGO, wenn er in einem Schreiben Signatur und Wappen allein des Landkreises verwendet, obwohl das Landratsamt als Staatsbehörde tätig wird FSt 176, 602

Landschaftsschutz

- Verstoß gegen Landschaftsschutzverordnung durch Grünlandumbruch FSt 10, 28

Landwirtschaft

- (Vorläufige) Untersagung von Grünlandumbruch in Ackerland; Landwirtschaftsklausel
FSt 33, 110
- Art. 6 Abs. 2 Satz 2 BayNatSchG als Befugnisnorm für vorläufige Maßnahmen; Auslegung einer Anordnung FSt 33, 111
- Die Landwirtschaftsklausel privilegiert nur die „tägliche Wirtschaftsweise“ eines Landwirts
FSt 33, 112
- Für die nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2 BayNatSchG anzustellende Prognose genügen objektive Anhaltspunkte FSt 33, 113

Lärmschutz

- Lärmimmissionen in einer „Kneipenmeile“
FSt 45, 144
- Anwendbarkeit der TA Lärm auf die Innenräume von Gaststätten, aber grundsätzlich nicht auf deren dazugehörige Freischankflächen
FSt 45, 144
- Bei der gebotenen tatrichterlichen Würdigung des Einzelfalls bei „Annex-Freischankflächen“ ist der Rückgriff auf einzelne „passende“ Regelungen der TA Lärm möglich
FSt 45, 147
- Der „Raucherlärm“ vor einer Gaststättentür ist der Innengastronomie zuzurechnen, aber mit dem Ziel praktischer Konkordanz zu bewerten
FSt 45, 148
- Ein Hinausschieben der „Nachtzeit“ nach der TA Lärm bedarf regelmäßig eines Gemeinderats-/Stadtratsbeschlusses
FSt 45, 152
- Die Voraussetzungen „besonderer örtlicher Verhältnisse“ und der „sichergestellten achtstündigen Nachtruhe“
FSt 45, 154

Lichtzeichenanlage

- Richtlinien für Lichtsignalanlagen (RiLSA); Beispielsammlung 2017
GK 129, 335

Lohnsteuer

- Steuerliche Förderung der Elektromobilität im Straßenverkehr
GK 95, 254
- Lohnsteuerliche Behandlung der Überlassung von (Elektro-)Fahrrädern an Arbeitnehmer
GK 173, 425
- Verbindliche Anwendung eines einheitlichen Standarddatensatzes als Schnittstelle zum elektronischen Lohnkonto; Digitale LohnSchnittstelle (DLS)
GK 187, 451

Luftreinhaltung

- Luftreinhalteplan München
FSt 213, 707

M

Meldewesen

- Voraussetzungen einer melderechtlichen Auskunftssperre FSSt 22, 77
- Die Eintragung einer melderechtlichen Auskunftssperre und deren Löschung sind bei Nichtbekanntgabe durch die Meldebehörde an den Betroffenen Realakte, die mit der Leistungsklage angegriffen werden können FSSt 22, 77
- Eine einmal eingetragene Auskunftssperre vermittelt keinen Bestandsschutz FSSt 22, 77
- Eine Auskunftssperre ist nur gerechtfertigt, wenn das Vorliegen einer besonderen Gefährdung im Einzelfall begründet werden kann FSSt 22, 78
- Änderung des Bundesmeldegesetzes und des Staatsangehörigkeitsgesetzes FSSt 247, 830

Mietrecht

- Mieterhöhung mit Hilfe eines Sachverständigengutachtens GK 9, 21
- Der Einwendungsausschluss des Mieters gemäß § 556 Abs. 3 BGB gilt auch für nicht umlagefähige Betriebskosten GK 28, 68
- Rückgabe der Mietsicherheit (Kautions); Betriebskostennachforderungen betreffen wiederkehrende Leistungen GK 68, 187
- Zur Frage, wann der Anspruch des Mieters auf Rückgabe der Mietsicherheit fällig wird GK 68, 188
- Betriebskostennachforderungen betreffen wiederkehrende Leistungen; sind sie verjährt, kann sich der Vermieter nicht mehr aus der Mietsicherheit befriedigen GK 68, 189
- Zum Vorrang des § 216 Abs. 3 BGB vor § 215 BGB GK 68, 190
- Der Vermieter muss zur Rechtswahrung nicht umgehend kündigen, wenn sich der Mieter in Zahlungsverzug befindet GK 77, 214
- § 314 Abs. 3 BGB findet auf die fristlose Kündigung eines (Wohnraum-)Mietverhältnisses nach §§ 543, 569 BGB keine Anwendung GK 77, 215
- Bei einer Kündigungserklärung kann der Rechtsgedanke der Verwirkung bedeutsam sein GK 77, 215
- Befriedigung des Vermieters bei Kündigung wegen Zahlungsverzugs; formelle Ordnungsgemäßheit einer Heizkostenabrechnung GK 100, 262
- Eine wirksame Kündigung wegen Zahlungsverzugs wird nur bei vollständiger Befriedigung des Vermieters unwirksam GK 100, 262

- Einer Klausel, die für die Abrechnung der Nebenkosten eine kürzere als eine einjährige Frist vorsieht, kommt keine Ausschlusswirkung zu GK 120, 310
- Mietzahlungen sind bis zum dritten Werktag eines Monats zu entrichten; auf einen Zahlungseingang beim Vermieter bis zu diesem Tag kommt es nicht an GK 167, 405
- Für eine rechtzeitige Mietzahlung genügt es, dass der Mieter – bei ausreichend gedecktem Konto – seinem Zahlungsdienstleister den Zahlungsauftrag bis zum dritten Werktag des vereinbarten Zeitabschnitts erteilt GK 167, 405
- Eine Mietzahlungsklausel, die nicht auf die Zahlung, sondern den Eingang des Geldes spätestens am dritten Werktag des Monats abstellt, ist unwirksam GK 167, 407
- Eine Zahlung innerhalb der Schonfrist führt nicht automatisch dazu, dass die ordentliche Mietvertragskündigung entfällt GK 190, 454
- Nebenkostenabrechnung unter Ansatz der Betriebskostenverordnung GK 238, 550

Mutterschutz

- Mutterschutzgesetz – Neuregelung ab 1.1.2018 FSSt 255, 858
- Gesundheitsschutz (Abschnitt 2) FSSt 255, 860
- Kündigungsschutz (Abschnitt 3) FSSt 255, 861
- Leistungen (Abschnitt 4) FSSt 255, 862

N

Namensrecht

- Wichtiger Grund für die Änderung der Schreibweise eines Vornamens FSSt 217, 719

Naturschutz

- Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes; Kompensationsregelung FSSt 70, 231
- Verwendung von Gehölzen und Saatgut gebietseigener Herkünfte in der freien Natur nach § 40 Abs. 4 BNatSchG FSSt 126, 422
- Bestätigung der Durchführungsbestimmung der Zertifizierungssysteme – Aktueller Stand FSSt 126, 423
- Anerkennung von Erntebeständen gebiets-eigener Gehölze – Aktueller Stand FSSt 126, 424
- Normenkontrolle einer Landschaftsschutzgebietsverordnung, die ein durch Bebauungsplan ausgewiesenes Sondergebiet in ihren Geltungsbereich einbezieht FSSt 148, 497

- Die Einbeziehung eines Bebauungsplangebiets in den Geltungsbereich einer Landschaftsschutzgebietsverordnung ist nicht per se ausgeschlossen; entscheidend ist, dass der Bebauungsplan und die Landschaftsschutzgebietsverordnung nicht unauflösbar widersprüchliche planerische Aussagen enthalten **FSSt 148, 498**
- Hinweise zum Artenschutz beim Bau von Straßen – H Art B **GK 175, 430**

Normenkontrolle

- Antragsfrist bei funktionslosem Bebauungsplan **FSSt 135, 460**
- Die Antragsfrist des § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO gilt bei Geltendmachung der Funktionslosigkeit einer Baumschutzverordnung **FSSt 135, 461**
- Die Regelung in § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO gilt auch dann, wenn der Antragsteller geltend macht, ein Bebauungsplan sei nach seiner Bekanntmachung wegen Funktionslosigkeit unwirksam geworden **FSSt 135, 463**

Nutzungsuntersagung

- Nachschieben von Ermessenserwägungen im Berufungszulassungsverfahren **FSSt 150, 510**
- Es ist Sache des Bauherrn, die konkreten Nutzungsentscheidungen zu treffen, und nicht Aufgabe einer Nutzungsuntersagungsverfügung, andere mögliche Nutzungen einer Anlage zu bestimmen **FSSt 150, 510**
- Der Austausch auch wesentlicher Ermessenserwägungen kommt bei einer Nutzungsuntersagung in Betracht, soweit die Begründung nur für die Zukunft geändert wird und keine Änderung des Wesens der ursprünglich verfügten Nutzungsuntersagung vorliegt **FSSt 150, 512**

O

Obdachlose

- Satzungsrechtliche Ermächtigung zur Entsorgung von nicht abgeholtem Räumungsgut **FSSt 260, 873**
- Eine Satzung über die Benutzung einer gemeindlichen Einrichtung kann auch „nachwirkende“ Handlungs- oder Duldungspflichten der früheren Einrichtungsbenuzter und entsprechende Eingriffsbefugnisse des Einrichtungsträgers enthalten **FSSt 260, 874**
- Weder die verwaltungsvollstreckungsrechtlichen Vorschriften noch die Eigentumsrechtgarantie hindern den Satzungsgeber am Erlass einer Regelung zum Umgang mit zurückgelassenen Eigentumsgegenständen **FSSt 260, 875**

- In der Vernichtung von Gegenständen, die von vornherein wertlos erscheinen bzw. nicht kostendeckend verkauft oder versteigert werden können, liegt eine zulässige Eigentumsinhaltsbestimmung **FSSt 260, 876**
- Die Gemeinde kann sich der wegen angemommener Werthaltigkeit in Verwahrung genommenen Gegenstände nur entledigen, indem sie diese verkauft bzw. versteigert und den Reinerlös zugunsten des Eigentümers hinterlegt **FSSt 260, 878**
- Dass sie eine in Verwahrung genommene Sache wegen deren Unverwertbarkeit vernichten oder entsorgen durfte, muss die Gemeinde im Streitfall beweisen **FSSt 260, 879**

Öffentliche Lasten

- Öffentliche Lasten des Grundstücks (hier: Grundsteuerforderungen) sind als dingliche Rechte im Sinne von Art. 5 Abs. 1 der Europäischen Insolvenzverordnung anzusehen **GK 144, 364**
- Maßgeblichkeit und Auslegung der Europäischen Insolvenzverordnung **GK 144, 364**
- Bekanntgabe des Antrags auf Anordnung der Zwangsvollstreckung an französischen Insolvenzverwalter nicht erforderlich **GK 144, 366**

ÖPNV

- Die Vergaberegulungen der VO 1370/2007 sind bei ÖPNV-Ausschreibungen (Busse) anwendbar **FSSt 34, 114**
- Informationsanspruch, Wettbewerb und Schutz von Betriebsgeheimnissen im ÖPNV; hier: Standardisierte Bewertung **FSSt 111, 393**
- Förderung der Anschaffung von diesel-elektrischen Hybridbussen **GK 133, 342**

P

Personalkosten

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 1.2.2017 **GK 50, 131**
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Büroarbeitsplatzes für „ehemalige Angestellte“ ab 1.2.2017 **GK 50, 134**
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 1.2.2017 **GK 50, 135**
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten für „ehemalige Arbeiter“ ab 1.2.2017 **GK 50, 136**

- Arbeitsplatzkosten für Arbeiter und Nicht-Büroarbeitsplätze im Angestelltenbereich
GK 50, 137
- Durchschnittliche Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Teilzeitkräfte GK 50, 137
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.1.2017
GK 212, 489

Personalvertretung

- Mitbestimmung der Personalvertretung bei Abordnung eines Beschäftigten mit dem Ziel der Versetzung FSt 15, 48
- Die abschließende Regelung der Mitbestimmungsrechte in Art. 75 BayPVG steht der Auslegung nicht entgegen, dass die Personalvertretung auch bei Abordnungen mit dem Ziel der Versetzung mitzubestimmen hat FSt 15, 49
- Ab- und Rückmeldepflicht eines freigestellten Betriebsratsmitglieds FSt 46, 160
- Anspruch eines vom Personalrat bestimmten Mitglieds, vom Dienststellenleiter unabhängig von deren Zustimmung regelmäßig eine Liste mit den Namen der Beschäftigten zu erhalten, denen ein betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) anzubieten ist FSt 88, 291
- Zur Rechtsgrundlage des personalvertretungsrechtlichen Informationsanspruchs des Personalrats FSt 88, 292
- Die sich aus den Vorschriften zum BEM ergebende Überwachungsaufgabe des Personalrats gibt diesem einen personalvertretungsrechtlichen Informationsanspruch FSt 88, 292
- Welche Auskünfte die Dienststellenleitung dem Personalrat zur effektiven Wahrnehmung dieser Überwachungsaufgabe zu erteilen hat, bestimmt sich nach dem Erforderlichkeitsprinzip FSt 88, 293
- Für eine effektive Wahrnehmung seiner Überwachungsaufgabe benötigt der Personalrat regelmäßig die Namen der vom BEM betroffenen Mitarbeiter FSt 88, 293
- Der Personalrat kann die Mitteilung der Namen der betroffenen Beschäftigten auch dann verlangen, wenn er nicht gleichzeitig auch Einsicht in die an diese zur Einleitung des BEMs gerichteten Anschreiben der Dienststellenleitung fordert FSt 88, 295
- Bei Geltendmachung seines Informationsanspruchs muss der Personalrat der Dienststellenleitung keine besonderen Gründe darlegen FSt 88, 295
- Das in § 84 Abs. 2 Satz 1 SGB IX enthaltene Zustimmungserfordernis des Beschäftigten steht der Weitergabe nichtanonymer Daten an den Personalrat nicht entgegen FSt 88, 296

- Die Weitergabe der geforderten Namensliste an den Personalrat verstößt nicht gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen FSt 88, 296
- Das Grundrecht der betroffenen Beschäftigten auf informationelle Selbstbestimmung schließt eine Weitergabe nichtanonymer Daten ebenfalls nicht aus FSt 88, 297
- Auch das Recht der betroffenen Beschäftigten auf Schutz ihrer persönlichen Daten ist nicht höher zu bewerten als der Informationsanspruch des Personalrats FSt 88, 298
- Der Personalrat kann jedoch nur verlangen, dass die geforderten Daten einem einzelnen Personalratsmitglied vorgelegt werden FSt 88, 299
- Datenschutz beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement FSt 99, 329
- Zugriff des Personalrats auf elektronische Zeiterfassungsdaten FSt 107, 370
- Kein Anspruch der Personalvertretung auf einen separaten Telefon- und Internetanschluss FSt 119, 403
- Mitbestimmung des Betriebsrats bei Einrichtung und Betrieb des Facebook-Auftritts des Arbeitgebers FSt 203, 680
- Vergütung bei Betriebsrats Tätigkeit außerhalb der Arbeitszeit; Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte GK 83, 234

Personenstand

- Ehe für alle FSt 272, 918

Personenstandsgesetz

- Zweites Gesetz zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften FSt 270, 908
- Fortführung der Personenstandsregister:
§ 5 Abs. 5 PStG n.F. FSt 270, 908
- Aufbewahrung: § 7 PStG n.F. FSt 270, 908
- Verlust eines Personenstandsregisters:
§ 8 PStG n.F. FSt 270, 909
- Fortführung: § 16 Abs. 2 PStG n.F. FSt 270, 909
- Eintragung in das Sterberegister: § 31 Abs. 1 Nr. 3 PStG n.F. FSt 270, 909
- Beurkundungen mit Auslandsbezug; besondere Beurkundungsfälle: §§ 34 bis 36 PStG n.F. FSt 270, 910
- Familienrechtliche Beurkundungen: §§ 41 bis 43 sowie 45 und 45a PStG n.F. FSt 270, 910
- Eheurkunde, Lebenspartnerschaftsurkunde: § 57 Abs. 2, 58 PStG n.F. FSt 270, 912
- Sterbeurkunde: § 60 Nr. 3 PStG n.F. FSt 270, 912
- Altfallregelung: § 79 PStG n.F. FSt 270, 912
- Verfahrensfähigkeit, Beteiligte: § 3 Abs. 2 und 3 TSG n.F. FSt 270, 912

Pfändung

- (Un-)Pfändbarkeit von Nachtarbeitszuschlägen
GK 55, 145
- Bekanntmachung zu den §§ 850c und 850f
der Zivilprozessordnung (Pfändungsfrei-
grenzenbekanntmachung 2017) vom 28.3.2017
GK 102, 264
- Einholung von Kontoinformationen bei vor-
läufigem EU-Kontenpfändungsbeschluss
GK 112, 289
- Die Verletztenrente aus der gesetzlichen Unfall-
versicherung kann als laufende Geldleistung
insgesamt wie Arbeitseinkommen gepfändet
werden
GK 143, 361
- Behördliche Pfändungs- und Überweisungsver-
fügung; Anfechtbarkeit; Bestehen der gepfän-
deten Forderung; einseitige Erledigungserklä-
rung des Klägers; Erledigungsfeststellung
GK 169, 409
- Erledigung des Verfahrens durch Aufhebung
der Pfändungs- und Überweisungsverfügung
GK 169, 410
- Drittschuldner können grundsätzlich Rechts-
schutz gegen eine behördliche Pfändungs- und
Überweisungsverfügung in Anspruch nehmen
GK 169, 411
- Drittschuldner können sich nicht darauf beru-
fen, dass die gepfändete Forderung nicht bestehe
GK 169, 413
- Keine Besonderheiten bei der gemeindlichen
Eigenvollstreckung
GK 169, 414
- Pfändungsschutz für Sonntags-, Feiertags- und
Nachtarbeitszulagen
GK 229, 529

Pflegeversicherung

- Drittes Pflegestärkungsgesetz: Bessere Versor-
gung und Beratung von Pflegebedürftigen vor
Ort
FSt 55, 184

Preisindex

- Der Verbraucherpreisindex im September 2016
GK 10, 23
- Der Verbraucherpreisindex im Oktober 2016
GK 29, 70
- Der Verbraucherpreisindex im November 2016
GK 45, 119
- Der Verbraucherpreisindex im gesamten Jahr
2016 und im Dezember 2016
GK 76, 213
- Der Verbraucherpreisindex im Januar 2017
GK 86, 238
- Der Verbraucherpreisindex im Februar 2017
GK 101, 264
- Der Verbraucherpreisindex im März 2017
GK 110, 287

- Der Verbraucherpreisindex im April 2017
GK 121, 311
- Der Verbraucherpreisindex im Mai 2017
GK 165, 404
- Der Verbraucherpreisindex im Juni 2017
GK 191, 455
- Der Verbraucherpreisindex im Juli 2017
GK 217, 502
- Der Verbraucherpreisindex im August 2017
GK 239, 552

R

Realsteuern

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haus-
haltsjahr 2016
GK 47, 121
- Endgültige Realsteuerhebesätze für das Jahr
2016
GK 91, 245

Rechnungsprüfung

- Verordnung zu Änderung der Verordnung über
Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme
der staatlichen Rechnungsprüfungsstellen der
Landratsämter vom 28.9.2016
GK 11, 24

Rechnungswesen

- Neue Broschüre zur elektronischen Rechnung
in der Verwaltung
GK 18, 49
- Nochmals: Aufbewahrung und Archivierung
von elektronischen Kontoauszügen
GK 79, 217
- Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/55/
EU über die elektronische Rechnungsstellung
im öffentlichen Auftragswesen vom 4.4.2017
GK 102, 264
- Kontierungsvermerk auf elektronisch erstellten
und versandten Eingangsrechnungen
GK 103, 265
- Elektronische Rechnungsverarbeitung in der
Kommunalverwaltung – Handreichung
GK 157, 386

Rechtsbehelfe, Rechtsmittel

- Verordnung zur Änderung der E-Rechtsver-
kehrsverordnung Verwaltungsgerichte vom
15.3.2017
GK 87, 239

Reisepass

- Neuer Reisepass seit 1.3.2017
FSt 130, 440

Rentenversicherung

- Bekanntmachung der Beitragssätze in der allge-
meinen Rentenversicherung und der knapp-
schäftlichen Rentenversicherung für das Jahr
2017
GK 17, 47

- Gesetz zur Verbesserung der Leistungen bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und zur Änderung anderer Gesetze (EM-Leistungsverbesserungsgesetz) vom 17.7.2017 GK 192, 456
- Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Betriebsrentenstärkungsgesetz) vom 17.8.2017 GK 219, 504

Rundfunk

- Bundesverwaltungsgericht hält Rundfunkbeitrag für rechtmäßig FSSt 60, 200
- Rundfunkbeitrag ab 1.1.2017 FSSt 95, 319

RZWas

- Änderung der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben – RZWas 2016 FSSt 158, 536

S

Sachbezugswerte

- Sachbezugswerte für freie oder verbilligte Mahlzeiten sowie Bewertung der Personalunterkünfte ab 1.1.2017 GK 15, 41

Satzungen

- Erfolgreiche Normenkontrolle gegen eine gemeindliche Informationsfreiheitsatzung FSSt 97, 321
- Art. 23 Satz 1 GO ermächtigt nicht zu Grundrechtseingriffen FSSt 97, 323
- Eingriffe in Grundrechte Dritter FSSt 97, 324

Schadensersatz

- Nochmals: Zinssatz-Swap-Verträge; hier: Beratungspflichten einer Bank; Konnexität mit Darlehensvertrag, Vorteilsausgleichung GK 32, 73
- Gesetz zur Einführung eines Anspruchs auf Hinterbliebenengeld vom 17.7.2017 GK 192, 456

Schriftform

- Gesetz zum Abbau verzichtbarer Anordnungen der Schriftform im Verwaltungsrecht des Bundes vom 29.3.2017 GK 87, 239

Schuldenstand

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2015 GK 63, 169

- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2015 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 63, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2015 GK 63, 170

Schulen

- Gesetz zur Errichtung des Bayerischen Landesamts für Schule vom 13.12.2016 GK 31, 71
- Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Schulfinanzierungsgesetz vom 24.11.2016 GK 31, 71
- Verpflichtendes Schulesse: Mehrwertsteuersatz in der Mensa GK 211, 487

Schülerbeförderung

- Verordnung zur Änderung der Schülerbeförderungsverordnung vom 14.6.2017 GK 192, 456

Schwerbehinderte

- Nichteinladung eines Schwerbehinderten zu einem Vorstellungsgespräch FSSt 240, 811

Sozialgesetzbuch

- Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht 2017 FSSt 64, 212
- Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) durch das „Rechtsvereinfachungsgesetz“ FSSt 76, 253
- Ziel: Rechtsvereinfachung FSSt 76, 253
- Berufsbezogene Deutschsprachförderung FSSt 76, 253
- Entschärfung der Schnittstelle zwischen der Ausbildungsförderung und der Grundsicherung für Arbeitsuchende FSSt 76, 254
- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit FSSt 76, 255
- Änderungen bei den Kosten der Unterkunft und Heizung FSSt 76, 255
- Neufassung der Regelung zur Zahlung von Zuschüssen zu den Beiträgen der Kranken- und Pflegeversicherung FSSt 76, 256
- Verlängerung des Regelbewilligungszeitraums auf ein Jahr FSSt 76, 256
- Vorläufige Entscheidung FSSt 76, 256
- Weitere Änderungen bei den Verfahrensvorschriften und zur Aufrechnung FSSt 76, 256
- „Rechtsvereinfachungsgesetz“ – Änderung weiterer Gesetze FSSt 78, 258
- Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) FSSt 78, 258
- Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) FSSt 78, 259

- Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) FSt **78**, 259
- Sechstes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (6. SGB IV-Änderungsgesetz – 6. SGB IV-ÄndG) vom 11.11.2016 GK **11**, 24
- Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch vom 22.12.2016 GK **39**, 95
- Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 22.12.2016 GK **39**, 95
- Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) vom 23.12.2016 GK **39**, 95

Sozialhilfe

- Vermögensschonbetrag für kleinere Barbeträge oder sonstige Geldwerte zum 1.4.2017 erhöht FSt **129**, 439

Sozialversicherung

- Künstlersozialabgabe-Verordnung FSt **65**, 219
- Informationsportal unterstützt Arbeitgeber bei Fragen rund um die Sozialversicherung FSt **87**, 290
- Neunte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 21.11.2016 GK **17**, 47
- Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2017 (Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2017) vom 28.11.2016 GK **17**, 47

Spenden

- Nochmals: Steuerliche Anerkennung von Spenden durch Verzicht auf einen zuvor vereinbarten Aufwendungsersatz (Aufwandsspende) bzw. einen sonstigen Anspruch (Rückspende) GK **41**, 98
- Erteilung von Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Muster in Form von schreibgeschützten Dateien (§ 10b EStG, § 50 EStDV) GK **123**, 313
- Sponsoring: Ertragsteuerliche und schenkungsteuerliche Behandlung der Zuwendungen von Sponsoren und Mäzenen GK **160**, 393

Sperrstunde

- Sperrzeitverlängerung bei einem Nachtlokal wegen „besonderer örtlicher Verhältnisse“ FSt **84**, 276

- Problematische Betriebszeiten an problematischer Örtlichkeit FSt **84**, 276
- Eine Sperrzeitverlängerung rechtfertigende „besondere örtliche Verhältnisse“ im Sinn des Gaststättenrechts können aufgrund eines sicherheitsrechtlichen „Brennpunktes“ gegeben sein FSt **84**, 277
- Sicherheitsrechtliche Bedenken haben auch dann Gewicht, wenn der Gaststättenbetreiber die diesbezüglichen Probleme nicht verschuldet hat FSt **84**, 278

Staatsangehörigkeit

- Änderung des Bundesmeldegesetzes und des Staatsangehörigkeitgesetzes FSt **247**, 830

Statistik

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2016 GK **23**, 55
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise GK **23**, 56
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke GK **23**, 57
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze GK **23**, 58
- Gesetz zur Neuregelung des Mikrozensus und zur Änderung weiterer Statistikgesetze vom 7.12.2016 GK **31**, 71
- Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2012 (Zensusvorbereitungsgesetz 2021 – ZensVorbG 2021) vom 3.3.2017 GK **70**, 192
- Energiestatistikgesetz (EnStatG) vom 6.3.2017 GK **70**, 192
- Tarifverdienste 2016 – Entwicklung der Indizes GK **85**, 236
- Kassenmäßige Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2015 und 2016 GK **231**, 534
- Kassenmäßige Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2015 und 2016 GK **232**, 535
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2016 nach Gemeindegrößenklassen GK **233**, 536
- Steuereinnahmen der Gemeinden in Bayern 2016 nach Gemeindegrößenklassen GK **234**, 537

Steuereinnahmen

- Steuerschätzung November 2016 GK **13**, 27
- Erwartetes Steueraufkommen 2016 mit 2021 in Mrd. € GK **13**, 29
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK **13**, 30
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK **13**, 33

- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2015 GK 104, 266
- Steuerschätzung Mai 2017 GK 124, 314
- Steueraufkommen 2016 mit 2021 in Mrd. € GK 124, 316
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden GK 124, 317
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen GK 124, 321

Steuerkraftzahlen

- Die endgültigen Steuerkraftzahlen 2017 GK 33, 75
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen seit 2016 GK 33, 76
- Deutlicher Anstieg der Steuerkraft GK 33, 76
- Bek der StK vom 15.5.2017 – Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2018 (Steuerkraftzahlenbekanntmachung 2018 – StKraftBek 2018) GK 168, 408

Steuerrecht

- Festsetzungsfristen bei steuerlichen Außenprüfungen GK 4, 12
- Auswirkungen des Verzichts auf eine Schlussbesprechung auf die Festsetzungsverjährung GK 4, 13
- Keine Beschneidung des rechtlichen Gehörs bei Verzicht auf die Schlussbesprechung GK 4, 14
- Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens GK 14, 37
- Verordnung zur Änderung der Verordnung über Organisation und Zuständigkeiten der Bayerischen Steuerverwaltung vom 13.2.2017 GK 62, 168
- Änderung der Rechtsprechung zur Abschreibung von Einbauküchen GK 65, 182
- Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz – StUmgBG) vom 23.6.2017 GK 168, 408
- Gesetz zur Bevorrechtigung des Carsharing (Carsharinggesetz – CsgG) vom 5.7.2017 GK 176, 432
- Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes vom 27.8.2017 GK 219, 504
- Zweites Bürokratieentlastungsgesetz und Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen GK 222, 511
- Vereinfachung für die Aufzeichnungspflichten von Handels- und Geschäftsbriefen GK 222, 511

- Erhöhung des Schwellenwertes für die Aufzeichnungspflichten bei Sofortabschreibung GK 222, 512
- Haftungsausschluss bei echtem Factoring GK 222, 512
- Erhöhung des Schwellenwertes für Kleinbetragsrechnungen GK 222, 512
- Anhebung der Grenze für die vierteljährliche Lohnsteueranmeldung GK 222, 512
- Anhebung der Lohnsteuerpauschalierungsgrenze für kurzfristig Beschäftigte GK 222, 513
- Anhebung des Schwellenwertes für geringwertige Wirtschaftsgüter GK 222, 513
- Anhebung des unteren Schwellenwertes für die Bildung von Sammelposten GK 222, 513

Strafgesetzbuch

- Einundfünfzigstes Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafbarkeit von Sportwettbetrug und der Manipulation von berufssportlichen Wettbewerben vom 11.4.2017 GK 111, 288
- Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung vom 13.4.2017 GK 111, 288

Straßen

- Straßenverzeichnis für Kreisstraßen und Aufführen von Flurnummern FSt 94, 315
- Stützmauer als möglicher gesetzlicher Bestandteil einer Kreisstraße FSt 94, 316
- Straßenverzeichnisse für Kreisstraßen enthalten keine Flurnummernangaben FSt 94, 316
- Grundsatz der „Elastizität der Widmung“ FSt 94, 318
- Zur Frage, ob eine Stützmauer einer Kreisstraße dient FSt 94, 318
- Beseitigungsanspruch bei Verlagerung einer Straße in ein privates Grundstück FSt 128, 433
- Anspruchsgrundlage Folgenbeseitigungsanspruch FSt 128, 434
- Rechtskräftiger Ausschluss des Vorliegens rechtlicher Hindernisse FSt 128, 435
- Weiterer Ausschluss des Vorliegens rechtlicher Hindernisse FSt 128, 436
- Hilferwägungen: Bagatelltatbestand, unklarer Grenzverlauf der Bannwaldverordnung FSt 128, 436
- Keine Rechtsgrundlage für eine Auslauffrist zugunsten des Straßenbaulastträgers FSt 128, 437
- Die Beseitigungspflicht erstreckt sich in der Tiefe auf die gesamte Asphalt- und sonstige Fahrbahndecke FSt 128, 438
- Sechstes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes (6. FstrAbÄndG) vom 23.12.2016 GK 39, 95

- Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes vom 27.3.2017 GK 87, 239
- Siebtes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes vom 27.6.2017 GK 168, 408

Straßen- und Wegegesetz

- Rechtsbereinigung im Straßen- und Wegerecht: Regelmäßig kein Nichtigkeitsvorwurf wegen fehlerhaften Durchlaufens des einschlägigen Verwaltungsverfahrens FSt 235, 796
- Maßgeblich ist heute die Tatbestandswirkung der Eintragung FSt 235, 797
- Materielle Beweislast der Gemeinde im Hinblick auf die Tatbestandswirkung unerheblich FSt 235, 798
- Eine nachträgliche falsche Auskunft ändert an einer eingetretenen Tatbestandswirkung nichts FSt 235, 799

Straßen, Verkehr

- Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten, Ausgabe 2016 (RiStWag 2016) FSt 81, 270

Straßenausbaubeitrag

- Grundsätzliche Verpflichtung der Gemeinden zum Erlass einer Beitragssatzung FSt 28, 90
- Die Gemeinden sind grundsätzlich zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und damit zum Erlass einer entsprechenden Beitragssatzung verpflichtet; ob besondere – atypische – Umstände vorliegen, die eine Ausnahme von diesem Grundsatz rechtfertigen, unterliegt der uneingeschränkten Nachprüfung durch die Rechtsaufsichtsbehörden und die Gerichte FSt 28, 91
- Nach dem gemeindlichen Haushaltsrecht verbleibt nur ein sehr eng begrenzter Bereich, innerhalb dessen auf eine Straßenausbaubeitragssatzung verzichtet werden kann FSt 28, 92
- Besondere – atypische – Umstände, aufgrund derer ausnahmsweise vom Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung abgesehen werden kann, liegen grundsätzlich nicht vor, wenn eine Gemeinde – in nicht unerheblichem Umfang – Kredite aufnimmt oder Steuern einnimmt FSt 28, 95
- Die Rechtsaufsichtsbehörde kann sich auf die Beanstandung von Einzelfällen beschränken, sofern sie hierfür sachliche Gründe anzuführen vermag FSt 28, 98
- Nachträgliche Widmung einer Ortsstraße GK 93, 249

- Eine Ortsstraße kann nur dann Gegenstand einer beitragsfähigen Erneuerung sein, wenn sie straßenrechtlich entweder im Straßenbestandsverzeichnis eingetragen oder (vollständig) gewidmet ist GK 93, 250
- Die erforderliche straßenrechtliche Widmung kann grundsätzlich auch noch nach Abschluss der Erneuerungsarbeiten nachgeholt werden GK 93, 251
- Die Nachholung der Widmung kann dann keine Beitragspflichten mehr auslösen, wenn der Sachverhalt bereits abgeschlossen war GK 93, 252
- Teilstreckenausbau bei unterschiedlich langen Teileinrichtungen GK 194, 459
- Beitragsfähige Straßenbaumaßnahmen GK 194, 460
- Gegenstand einer beitragsfähigen Maßnahme ist die einzelne Ortsstraße GK 194, 460
- Orientierungswert von mindestens einem Viertel der gesamten Straßenlänge GK 194, 461
- Auch für die Bewertung von Baumaßnahmen an den Teileinrichtungen Fahrbahn und Gehweg stellt die gesamte Straße(nlänge) den Bezugspunkt für den Orientierungswert dar GK 194, 462

Straßenbau

- Richtlinien für die integrierte Netzgestaltung, Ausgabe 2008 (RIN 2008) Verbindungsfunktionsstufen im bayerischen Straßennetz FSt 8, 24
- Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen für Ingenieurbauten (RAB-ING) FSt 32, 109
- Anweisung zur Kostenermittlung und zur Veranschlagung von Straßenbaumaßnahmen, Ausgabe 2014 (AKVS 2014); Einführung in Bayern FSt 44, 143
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau ländlicher Wege (ZTV LW 16) FSt 58, 192
- Ausführung von Oberflächenbehandlungen im Straßenbau; TL G OB-StB 15 FSt 69, 229
- Fortschreibung der Richtlinien für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen für Ingenieurbauten (RAB-ING) FSt 170, 578
- Merkblatt für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächen mit Pflasterdecken oder Plattenbelägen in ungebundener Ausführung sowie von Einfassungen (M BEP 2016) FSt 199, 664
- Markierungen auf Straßen (ZTV M 13); hier: Änderungen, Ergänzungen, Erläuterungen 2016 FSt 212, 704

- Fortschreibung der Richtlinien zur einheitlichen Erfassung, Bewertung, Aufzeichnung und Auswertung von Ergebnissen der Bauwerksprüfung nach DIN 1076 (RI-EBW-PRÜF) FSt **246**, 828
- Technische Lieferbedingungen für transportable Schutzeinrichtungen (TL-Transportable Schutzeinrichtungen 97) – Streichung der planungsrelevanten Breite (Planungsbreite) GK **7**, 17
- Technische Lieferbedingungen für Fugenfüllstoffe in Verkehrsflächen, Ausgabe 2015 (TL Fug-StB 15) GK **97**, 257
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2015 (ZTV Fug-StB 15) GK **98**, 258
- Technische Lieferbedingungen für Straßenbaubitumen und gebrauchsfertige Polymermodifizierte Bitumen, Ausgabe 2007, Fassung 2013 – TL Bitumen-StB 07/13 GK **141**, 357
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt, Ausgabe 2007, Fassung 2013, ZTV Asphalt-StB 07/13; Änderungen 2016 GK **151**, 379
- Technische Lieferbedingungen für Asphaltmischgut für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen, Ausgabe 2007, Fassung 2013, TL Asphalt-StB 07/13; Änderungen 2016 GK **152**, 381
- Technische Lieferbedingungen für Asphaltgranulat, Ausgabe 2009, TL AG-StB 09 GK **163**, 400
- Standardleitungskatalog für den Straßen- und Brückenbau (STLK) – Ausgabestand August 2016 GK **164**, 402
- Hinweise zum Artenschutz beim Bau von Straßen – H Art B GK **175**, 430
- Technische Lieferbedingungen für Gabionen im Straßenbau, Ausgabe 2016 (TL Gab-StB 16) GK **205**, 477

Straßenrecht

- Klagebefugnis Betroffener gegen eine straßenrechtliche Einziehung oder Umstufung FSt **201**, 672
- Grundsätzliche Ausführungen zur Klagebefugnis eines Anliegers oder Nutzers einer öffentlichen Straße FSt **201**, 673
- Tatbestandsvoraussetzungen der Einziehung FSt **201**, 676
- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes und der Bayerischen Bauordnung FSt **225**, 745

- Planfeststellung: Art. 36 Abs. 4 BayStrWG n.F. FSt **225**, 745
- Umweltverträglichkeitsprüfung: Art. 37 BayStrWG n.F. FSt **225**, 747
- Verwaltungsverfahren: Art. 38 BayStrWG n.F. FSt **225**, 748
- Straßen- und Wegegesetz: Nichtigkeitsfeststellung für öffentliche Wege aus der Rechtsbereinigung FSt **226**, 756
- Rechtslage infolge einer Eintragung in das Bestandsverzeichnis FSt **226**, 756
- Folgen der fehlenden Benennung von Flurnummern FSt **226**, 757
- Tatsächlich-öffentliche Verkehrsfläche keine Rechtsfigur des Straßen- und Wegerechts, Widerruf einer Duldung FSt **226**, 758

Straßenverkehr

- Dritte Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 23.3.2017 GK **87**, 239

Straßenverkehrsordnung

- Änderung und Neufassung des Bundes einheitlichen Tatbestandskatalogs für Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten FSt **112**, 397

Stromversorgung

- Einstweilige Verfügung auf Duldung der Unterbrechung der Stromversorgung GK **36**, 90
- Preisanpassungen durch Strom- und Gasversorger GK **58**, 156
- Gegenüber Tarifkunden hat der Stromversorger kein gesetzliches Preisänderungsrecht GK **58**, 156
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2017 GK **96**, 255
- Stromnetzkonzessionen in bayerischen Kommunen GK **138**, 353

T

Tarifverträge

- Neue Entgeltordnung ab 1.1.2017 FSt **75**, 246
- Manteltarifänderungen FSt **75**, 246
- Einführung einer neuen Entgeltordnung FSt **75**, 247
- Überleitung zum 1.1.2017 gemäß § 29 TVÜ-VKA FSt **75**, 248
- Besitzstandsregelungen FSt **75**, 250
- Geltendmachung von Ansprüchen FSt **75**, 251
- Inkrafttreten, Laufzeit, Kündigungsfristen FSt **75**, 252

- Neue Entgeltordnung zum TVöD; Eingruppierungen FS **162**, 560
- Tarifabschluss 2016 im öffentlichen Dienst – Erhöhung der tariflichen Entgelte ab 1.1. bzw. 1.2.2017 GK **42**, 100
- Tarifabschluss für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern – Änderungen ab 1.9.2016, 1.9.2017 und 1.5.2018 GK **43**, 115
- Nochmals: Tarifabschluss 2016 im öffentlichen Dienst; Berichtigung von GKBay Randnummer 42/2017 GK **69**, 192
- Erhöhung des Wertguthabens in Altersteilzeit nach dem TV FlexAZ GK **94**, 253
- Rechtsmissbräuchlichkeit des Berufens auf eine tarifliche Ausschlussfrist GK **135**, 346
- Kein Wiederaufleben der Besitzstandszulage nach § 11 Abs. 1 TVÜ-VKA bei Unterbrechung der Kindergeldberechtigung durch freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst GK **149**, 375

Tiefbau

- Merkblatt für Asphaltbauweisen für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen – M A-UwS Ausgabe 2016 GK **53**, 143
- Zeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Dezember 2015 GK **60**, 162
- Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen, Teil: Güteüberwachung, Teil: Ausführung von Dünnen Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise, Ausgabe 2015 (TL G DSK-StB 15) GK **66**, 184
- Technische Lieferbedingungen für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen, Teil: Güteüberwachung, Teil: Ausführung von Dünnen Asphaltdeckschichten in Heißbauweise auf Versiegelung, Ausgabe 2015 (TL G DSH-V-StB 15) GK **67**, 186

Tierschutz

- Zirkusse mit Wildtieren in kommunalen öffentlichen Einrichtungen FS **227**, 760

Trinkwasser

- Handlungsempfehlungen zur Sicherheit der Trinkwasserversorgung FS **72**, 240

U

Umsatzsteuer

- Umsatzbesteuerung der Leistungen der öffentlichen Hand GK **82**, 223

- Vorsteuerabzug und unternehmerische Mindestnutzung von 10 v.H. gem. § 15 Abs. 1 Satz 2 UStG GK **107**, 280
- Kein Vorsteuerabzug nach nationalem Recht GK **107**, 281
- Für den Vorsteuerabzug ist jedoch eine unmittelbare Berufung auf Art. 168 Buchst. a MwStSystRL möglich GK **107**, 282
- Vorsteuerabzug; Rückwirkung der Rechnungsberichtigung GK **117**, 299
- Unternehmer- und Organträgerereignis im kommunalen Bereich GK **118**, 300
- Unternehmereigenschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechts GK **118**, 302
- Keine wirtschaftliche Tätigkeit liegt vor bei einer Asymmetrie zwischen Leistungsentgelt und Betriebskosten GK **118**, 302
- Vor Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG a.F. muss der Grundtatbestand des Unternehmerbegriffs gem. § 2 Abs. 1 UStG erfüllt sein GK **118**, 302
- Abzuklären bleiben eine eventuelle Asymmetrie zwischen den Pachteinnahmen und den Kosten sowie die Vertragsmodalitäten für die Pachtzahlung und den Verlustausgleich GK **118**, 303
- Keine Organträgerereignis bei fehlender Unternehmerstellung GK **118**, 304
- Nochmals: Umsatzsteuer bei Saunaleistungen in Schwimmbädern GK **147**, 369
- Schwimmbad im Sinne des § 12 Abs. 2 Nr. 9 UStG GK **147**, 369
- Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 26 UStG für ehrenamtliche Tätigkeiten GK **195**, 464
- Umsatzsteuerrechtliche Behandlung des Gemeinderabatts nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 der Konzessionsabgabenverordnung (KAV) GK **196**, 466
- Nochmals: Umsatzsteuer beim Legen von Hauswasseranschlüssen GK **210**, 486
- Verpflichtendes Schulesen: Mehrwertsteuersatz in der Mensa GK **211**, 487
- Vorsteuerabzug einer Gemeinde aus den Herstellungskosten einer Sporthalle GK **236**, 541
- Vorsteuerabzugsberechtigung gilt auch für erst künftig beabsichtigte steuerpflichtige Umsätze eines Unternehmers GK **236**, 542
- Unternehmertätigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts GK **236**, 543
- Die stundenweise Überlassung von Sportanlagen ist nicht steuerfrei GK **236**, 547
- Belegung der Absicht, die Sporthalle künftig unternehmerisch zu verwenden GK **236**, 548
- Rechtsmissbräuchlichkeit der Geltendmachung des Vorsteuerabzugs (hier: verneint) GK **236**, 548

- Keine Anwendung der sog. Mindestbemessungsgrundlage nach § 10 Abs. 5 UstG
GK 236, 548

Unfallversicherung

- Unfallversicherungsschutz bei Alkoholisierung auf dem Heimweg vom Arbeitsplatz?
FSt 195, 652
- Grundsätzlicher Schutz durch die Wegeunfallversicherung beim Heimweg vom Arbeitsplatz
FSt 195, 653
- Alkoholisierung als wesentliche konkurrierende Unfallursache schließt Versicherungsschutz aus – Fallgruppen des BSG bei einer Alkoholisierung
FSt 195, 654
- Bei relativer Fahrunfähigkeit müssen weitere Beweisanzeichen objektiv festgestellt werden, wonach der Alkoholkonsum wesentliche Unfallursache war
FSt 195, 656
- Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Anzeige von Versicherungsfällen in der gesetzlichen Unfallversicherung (Unfallversicherungs-Anzeigeverordnung-Änderungsverordnung – UVAV/ÄndV) vom 22.12.2016
GK 39, 95

Unterhaltsrecht

- Unterhaltsvorschuss ab 1.7.2017 ausgeweitet
FSt 237, 800

Untreue

- Es kann eine (Haushalts-)Untreue darstellen, wenn Mitarbeiter im öffentlichen Dienst nach unzutreffenden Erfahrungsstufen eingestellt werden
FSt 220, 729

Urlaub

- Urlaub und Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz (MuSchG); Rechtsprechungsänderung
FSt 51, 174
- Verfall des Urlaubsanspruchs eines Beamten
FSt 115, 399

Urlaubsverordnung

- Mehr Urlaub für Beamte auf Widerruf oder Probe im Vorbereitungsdienst
FSt 273, 920

V

Vergabe öffentlicher Aufträge

- Namensnennung des Nachunternehmers, Präkludierung bei De-facto-Vergaben, rechtzeitige Vergaberträge, Überarbeitung der Vergabeunterlagen, Wartungskosten
FSt 2, 3

- Feuerwehrfahrzeuge sind in drei Losen zu beschaffen (Fahrgestell, Aufbau und Beladung)
FSt 26, 83
- Akzeptieren Planer im Vergabeverfahren eine Pauschalvergütung für Lösungsvorschläge i.S. des § 20 Abs. 3 VOF (siehe jetzt § 77 Abs. 2 VgV 2016), so haben sie keinen Honorarsanspruch nach HOA
FSt 43, 136
- Bisherige uneinheitliche Rechtsprechung und Literatur zur Pauschalvergütung für Lösungsvorschläge
FSt 43, 137
- Dem Planer steht keine über die vereinbarte Pauschale hinausgehende Vergütung zu, wenn er mangels Nachprüfungsverfahrens an die festgelegte Bearbeitungsgebühr gebunden ist
FSt 43, 138
- Das Vergaberecht 2016 bringt die Bindung des Planers an die im Vergabeverfahren vereinbarte Bearbeitungsgebühr deutlicher zum Ausdruck als die bisherigen Regelungen
FSt 43, 139
- Ob die vom Auftraggeber vorgegebene Bearbeitungsgebühr angemessen ist, ist in einem Vergabenachprüfungsverfahren zu prüfen
FSt 43, 140
- Zur angemessenen Höhe der Bearbeitungsgebühr
FSt 43, 141
- Vereinfachungen für Kommunen
FSt 50, 173
- Der Auftraggeber muss seine Bekanntmachungstexte auch anderen Ausschreibungsdiensten überlassen
FSt 62, 207
- Wird national statt europaweit ausgeschrieben, kann dies der Bieter im Einzelfall rügen, selbst wenn er sich am Vergabeverfahren beteiligt hat
FSt 74, 243
- VOL/VOF: Die neue Unterschwellenvergabeordnung (UVgO)
FSt 86, 281
- Unwirksame Bauvertragsklausel zur Umwandlung einer Vertragserfüllungs- in eine Gewährleistungsbürgschaft
FSt 122, 408
- Erscheint der Angebotspreis eines Bieters ungewöhnlich niedrig, haben die Mitbieter einen Anspruch darauf, dass die Vergabestelle in eine Preisprüfung eintritt
FSt 132, 447
- Die Gewährleistungsverjährung für Mängel einer Dach-Photovoltaikanlage beträgt fünf Jahre
FSt 136, 464
- Zur Frage, wann die Bildung einer Bietergemeinschaft zulässig ist und wann ein ehemaliges Mitglied einer Bietergemeinschaft ein eigenes Angebot abgeben darf
FSt 144, 486
- Schwellenwertberechnung bei Sektorentätigkeiten und bei Planungsleistungen; zur Frage der „Gleichartigkeit“ von Planungsleistungen
FSt 159, 537

- Auch Hilfsgeschäfte eines Sektorenauftraggebers (hier: der Bau eines Verwaltungsgebäudes) sind Sektorentätigkeiten und damit öffentliche Aufträge FSt 159, 537
- Jedenfalls dann, wenn der Auftraggeber die Planungsleistungen als Einheit betrachtet, ist zur Schwellenwertberechnung eine Addition der Auftragswerte vorzunehmen FSt 159, 538
- Eignungsanforderungen müssen einen unmittelbaren Bezug zum Auftragsgegenstand haben FSt 159, 540
- Herstellerspezifische Ausschreibungstexte, Änderung des Angebots, verdächtig niedriger Preis, Aufhebung der Ausschreibung FSt 169, 573
- Wesentliche Veränderungen erfordern eine neue Ausschreibung FSt 219, 726
- Einzelfälle zu zwingendem bzw. unzulässigem Ausschluss vom Vergabeverfahren FSt 228, 761
- Handschriftliche Ergänzungen in den Vergabeunterlagen FSt 228, 761
- Unzulässiger Angebotsausschluss, wenn die Vergabestelle eine Aufklärungsfrist setzt, aber nicht darauf hinweist, dass es sich um eine Ausschlussfrist handelt FSt 228, 762
- Unzulässiger Angebotsausschluss, wenn die Vergabestelle wertungsrelevante Anfragen nicht allen Bietern gegenüber beantwortet hat FSt 228, 763
- Die Vorbefassung mit einem Bauprojekt führt nur dann zu einem Angebotsausschluss, wenn sie mit einer Wettbewerbsverzerrung verbunden ist FSt 228, 764
- Auslegungshinweise zum Vergaberecht 2016 FSt 239, 804
- Eignungsnachweise durch Referenzen, Nachunternehmer und Eignungsleihen FSt 251, 842
- Werden Referenzen telefonisch als zutreffend bestätigt, besteht für die Vergabestelle kein Grund zu weiteren Nachforschungen FSt 251, 842
- Die notwendige Leistungsfähigkeit muss nicht zum Zeitpunkt der Ausschreibung, sie muss beim Auftragsbeginn vorliegen FSt 251, 843
- Schon eine einzelne negative Erfahrung oder auch der beabsichtigte Einsatz nicht genehmigter Nachunternehmer führt dazu, dass die Eignung des Bieters entfällt FSt 251, 844
- Als Referenzen können nur selbst erbrachte Leistungen angegeben werden FSt 251, 845
- Im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb ist das Ende des Teilnahmewettbewerbs der entscheidende Zeitpunkt, bis zu dem die Eignung feststehen muss FSt 251, 846
- Im Fall einer Eignungsleihe führen vorsätzlich falsche Angaben des Nachunternehmers zum Angebotsausschluss FSt 251, 847
- Für die Frage, wann ein Referenzobjekt ausgeführt wurde, ist auf den Zeitpunkt abzustellen, in dem die Leistung tatsächlich erbracht wurde FSt 251, 848
- Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte beim Auftrag zur Reinigung ölverunreinigter Verkehrsflächen FSt 264, 885
- Der Geschädigte kann vom Schädiger nur die zur Schadensbeseitigung notwendigen Kosten ersetzt verlangen FSt 264, 886
- Die für die Verkehrssicherheit zuständige Behörde hat bei der Schadensbeseitigung einen erheblichen Ermessensspielraum FSt 264, 887
- Eine Ausschreibung nach VOL/A, um Vertragsgrundlagen für künftige Schadensbeseitigungen zu haben, ist sachgerecht; für die Wirtschaftlichkeit kommt es auf den Angebotsgesamtpreis an FSt 264, 888
- Werden in einem Gesamtpaket Leistungen ausgeschrieben, deren Umfang und Häufigkeit noch offen ist, kann deren Preisfindung nicht mit einem konkreten Einzelauftrag verglichen werden FSt 264, 890
- Zum „Setzen“ von Bewerbern im Verhandlungsverfahren GK 37, 92
- Bek des StMI vom 7.12.2016 – Änderung der Bekanntmachung über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich GK 39, 95
- Begründung für das Eingehen einer Bietergemeinschaft, Referenzen bei Bietergemeinschaften, Angabe des Ansprechpartners für Referenzobjekte GK 61, 164
- Eine Bietergemeinschaft muss die Gründe für ihren Zusammenschluss erst nach Aufforderung nennen GK 61, 164
- Die Forderung, gemeinsam erarbeitete Referenzen vorzulegen, verstößt gegen das Verbot der Schlechterstellung von Bietergemeinschaften GK 61, 166
- Die Forderung, Ansprechpartner für Referenzen anzugeben, ist zulässig GK 61, 167
- Recht auf Akteneinsicht GK 109, 284
- Selbständige Anfechtbarkeit einer zugelassenen Akteneinsicht GK 109, 285
- Abwägung der widerstreitenden Interessen bei einem Verlangen auf Akteneinsicht GK 109, 285
- Vollständige Untersagung der Akteneinsicht oder teilweise Schwärzung der Unterlagen GK 109, 286
- Berechnung des Auftragswerts bei Vergaben GK 139, 354

- Durchführung des Eröffnungstermins
GK 150, 377
- Die Verletzung einer Formvorschrift führt nicht automatisch zur Zurückversetzung der Vergabe auf den Zeitpunkt vor der Verletzung
GK 150, 377
- Zur Niederschrift und zur Wertung zweier kurz nacheinander eingereicherter Angebote
GK 150, 378
- Anwendung des Vergaberechts wegen überwiegender Subventionierung i.S. von § 99 GWB
GK 162, 399
- Referenznachweis bei Betriebsübergang
GK 166, 405
- Wann beginnt ein Vergabeverfahren?
GK 206, 479
- Kommunale Wohnungsbaugesellschaften zur Bereitstellung wirtschaftlichen Wohnraums sind öffentliche Auftraggeber und unterliegen daher dem Vergaberecht
GK 215, 497
- Sozialer Wohnungsbau ist eine im Allgemeininteresse liegende Aufgabe
GK 215, 498
- Es ist ohne Belang, dass auch private Wohnungsbaugesellschaften preisgünstige Wohnungen herstellen
GK 215, 498
- Bereitstellung von Wohnraum in „nichtgewerblicher Art“
GK 215, 498

Verjährung

- Die Verjährung von Ansprüchen gegen Architekten und Ingenieure beginnt, wenn keine Teilabnahme vereinbart ist, erst nach der Leistungsphase 9, nicht bereits mit der Ingebrauchnahme des Bauwerks
GK 52, 141

Verkehrszeichen

- Wirksamkeit von Verkehrszeichen nach dem Sichtbarkeitsgrundsatz
FSt 151, 514
- Anordnung des Halteverbots durch (zuständige) Behörde
FSt 151, 514
- Für die Sichtbarkeit von Verkehrszeichen, die den ruhenden Verkehr betreffen, gelten weniger strenge Anforderungen als an solche, die den fließenden Verkehr regeln
FSt 151, 516
- Keine anlasslose Nachschaupflicht eines Verkehrsteilnehmers
FSt 151, 517
- Die Bewertung der Sichtbarkeit eines Verkehrszeichens hängt von der richtigen Auslegung der Nachschaupflicht ab
FSt 151, 519

Versorgung

- Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes und der Bayerischen Zulagenverordnung
FSt 98, 328
- Witwengeld – Versorgerehe
FSt 183, 619

- Gesetzliche Vermutung einer „Versorgerehe“, die Witwengeld ausschließt
FSt 183, 620
- Widerlegung der gesetzlichen Vermutung einer Versorgerehe, wenn andere Beweggründe einer Versorgungsabsicht zumindest gleichkommen; Beispiele
FSt 183, 621
- Für die Widerlegung der gesetzlichen Vermutung einer Versorgerehe stehen der Witwe/dem Witwer alle auch sonst zulässigen Beweismittel zur Verfügung
FSt 183, 622
- Verjährung bei der Rückzahlung überzahlter Versorgungsbezüge
FSt 207, 695
- Gesetz zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften vom 17.7.2017
GK 207, 479

Versorgungstarifvertrag

- 12. Änderungstarifvertrag zum Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V)
GK 213, 494

Verwaltungsgerichtsordnung

- Statthafte Klageart bei behauptetem Nichtzugang eines kommunalen Abgabebescheides und begehrter Rückzahlung bereits geleisteter Abgaben
GK 126, 325
- Nicht die Anfechtungsklage, sondern die Feststellungsklage ist statthaft, wenn ein Abgabeschuldner behauptet, einen Abgabebescheid nicht erhalten zu haben
GK 126, 326
- Ein Rückzahlungsanspruch ist mit der auf Erlass eines Abrechnungsbescheids gerichteten Verpflichtungsklage geltend zu machen
GK 126, 326

VOB

- Nachträglich geforderte, aber nicht vorgelegte Unterlagen dürfen nicht nachgefordert werden
FSt 7, 22
- Nebenangebote dürfen zugelassen werden, auch wenn der Preis das einzige Zuschlagskriterium ist
FSt 31, 107
- Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, vollständige Ausgabe 2016
FSt 57, 190
- Angebotsausschluss bei einem Einheitspreis, der durch einen Kommafehler entstanden ist
FSt 67, 223
- Bei der Beurteilung der Zuverlässigkeit einer Baufirma ist eine Gesamtabwägung positiver und negativer Erfahrungen erforderlich
FSt 68, 227
- § 8 Abs. 2 VOB/B ist mit der Insolvenzordnung vereinbar; eine Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 10 % der Auftragssumme ist zulässig
FSt 80, 264

- Ausschlusswirkung der Schlusszahlung; Anspruch auf den Wagniszuschlag bei Kündigung des Bauvertrags FSt 90, 303
- Nebenangebot, Gleichwertigkeit, Nachforderung von Nachweisen FSt 223, 735
- Einzelfälle zu zwingendem bzw. unzulässigem Ausschluss vom Vergabeverfahren FSt 228, 761
- Zur Zulässigkeit von Schulnoten als Wertungskriterien FSt 263, 881
- Angemessene Entschädigung nach § 8b EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A 2016 FSt 269, 903
- Die Überprüfung der Angemessenheit einer Entschädigung nach § 8b EU Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 VOB/A kann zum Gegenstand eines Nachprüfungsverfahrens gemacht werden FSt 269, 904
- Generelle Gesichtspunkte zur Festlegung einer angemessenen Entschädigung FSt 269, 904
- Nachweis der Materialeignung GK 8, 18
- Das Nachreichen rechnerischer Qualitätsnachweise führt nicht zu einer unzulässigen Änderung der Vergabeunterlagen GK 8, 19
- Zur Frage, ob die Vergabestelle die Nachforderung von Unterlagen ausschließen kann GK 8, 20
- Kein Angebotsausschluss, wenn sich der Bieter nach Angebotsabgabe um ein anderes Unternehmen erweitert GK 27, 67
- Anforderungen an die Wertung von Zulagepositionen in einer Leistungsbeschreibung GK 44, 118
- Schadensersatzanspruch des Bauherrn, der wegen eines Kalkulationsfehlers des Preisgünstigsten den Zweitplatzierten beauftragt? GK 59, 159
- Ein Kalkulationsirrtum hindert nicht das wirksame Zustandekommen eines Vertrages GK 59, 159
- Die Annahme eines fehlerhaft kalkulierten Angebots kann eine unzulässige Rechtsausübung sein, die einen Schadensersatzanspruch ausschließt GK 59, 160
- Überteuerte Eventualpositionen müssen nicht in Auftrag gegeben werden; sind sie sittenwidrig überhöht, entfällt der Vergütungsanspruch des Auftragnehmers GK 84, 235
- Der Auftraggeber darf dem Auftragnehmer nicht vorgeben, in welchem Umfang er Eigenleistungen zu erbringen hat GK 108, 284
- Zur Zulässigkeit von Bedarfs- und Wahlpositionen GK 119, 305
- Bedarfs- und Wahlpositionen sind als solche zu bezeichnen; die Kriterien, bei deren Vorliegen sie beauftragt werden, sind in der Ausschreibung anzugeben GK 119, 305

- Ausschluss eines Angebots, das statt der geforderten Preisangabe das Zeichen „./.“ enthält GK 140, 356
- Unverschlüsselt eingereichte elektronische Angebote sind zwingend auszuschließen; auf die Frage eines Verschuldens oder Vertretensmüssens kommt es nicht an GK 174, 427
- Der Mangel eines unverschlüsselt eingereichten Angebots kann nicht durch nochmalige verschlüsselte Übermittlung des Angebots geheilt werden GK 174, 430
- Kündigt der Auftraggeber dem Auftragnehmer berechtigt, kann er ohne Neuausschreibung einen Bieter beauftragen, der bei der ursprünglichen Ausschreibung in der engeren Wahl war; angemessene Mehrkosten hat der ursprüngliche Auftragnehmer zu tragen GK 189, 452
- Kein Ausschluss eines Bieters, der eine geforderte Urkalkulation mit einem Sperrvermerk vorlegt GK 225, 519
- Das Anbringen eines Sperrvermerks ist keine „Änderung an den Vergabeunterlagen“ GK 225, 520
- Die Vergabestelle hat den Bieter aufzufordern, die Urkalkulation ohne Sperrvermerk vorzulegen GK 225, 521

VOL

- Errichtung von Zweckverbänden als ausschreibungsfreier Organisationsakt FSt 178, 607
- Die Mitgliedstaaten können die Aufteilung ihrer Zuständigkeiten eigenverantwortlich regeln FSt 178, 608
- Zur Differenzierung zwischen Kompetenzverlagerung und öffentlichem Auftrag FSt 178, 608
- Eine Kompetenzübertragung zwischen öffentlichen Stellen muss bestimmte Voraussetzungen erfüllen, um als eine Maßnahme der internen Organisation angesehen werden zu können FSt 178, 609
- Zur Ausübung von hoheitlichen Tätigkeiten und von Marktaktivitäten FSt 178, 609
- Einzelfälle zu zwingendem bzw. unzulässigem Ausschluss vom Vergabeverfahren FSt 228, 761
- Besonderheiten bei elektronischen Vergaben FSt 238, 801
- Eine elektronische Signatur ist regelmäßig in der geforderten Form an der vorgegebenen Stelle anzubringen FSt 238, 801
- Fehlt die geforderte Form der Signatur, bedeutet dies nicht automatisch den zwingenden Ausschluss des Angebots FSt 238, 802

- Bei einem elektronischen Vergabeverfahren kann es notwendig sein, nur auf der Vergabepattform registrierte Bieter gesondert über Änderungen zu informieren FSt 238, 803
- Zur Zulässigkeit von Schulnoten als Wertungskriterien FSt 263, 881
- Zur Befugnis des Auftraggebers, vor der Zuschlagserteilung erkannte erhebliche Fehler in den Vergabeunterlagen zu korrigieren GK 99, 260
- Zur Zulässigkeit von Bedarfs- und Wahlpositionen GK 119, 305
- Auch im Bereich der VOL sind andere als Grundpositionen gestattet, allerdings machen zu viele Wahl- und Bedarfspositionen das Vergabeverfahren intransparent GK 119, 308
- Produktneutrale Ausschreibung GK 153, 382
- Es ist zulässig, dass sich ein Bieter auf eine nicht produktneutrale Ausschreibung einlässt und der Auftraggeber am ausgeschriebenen Inhalt festhält GK 153, 382
- Zur ausnahmsweisen Zulässigkeit produktbeschränkender Ausschreibung GK 153, 383
- Berücksichtigung von Kombinationsrabatten, die der Bieter für den Fall angeboten hat, dass er den Zuschlag für mehrere Lose erhält GK 218, 503
- Die Zurücksetzung des Vergabeverfahrens durch die Vergabestelle auf einen früheren Zeitpunkt ist eine Teilaufhebung, die an enge Voraussetzungen geknüpft ist GK 226, 523
- Erreicht die Leistungsbeschreibung nicht das tatsächlich Gewollte, kann der Auftraggeber das Vergabeverfahren unter Änderung der Leistungsbeschreibung wirksam zurückversetzen GK 226, 524
- Rechtmäßig ist die Zurücksetzung des Vergabeverfahrens aber nur, wenn dem Auftraggeber die Fehler des Leistungsverzeichnisses nicht anzulasten sind GK 226, 524

Volkstfest

- Zulassung zum gemeindlichen Volkstfest: Bewerbungsfrist; Ausgestaltungsbefugnis der Gemeinde bei der Auswahl der Fahrgeschäfte; Attraktivität FSt 143, 481
- Unvollständige Bewerbungsunterlagen machen die Auswahlentscheidung nicht ohne Weiteres fehlerhaft FSt 143, 481
- Die Setzung von Ausschlussfristen ist von Gesetzes wegen nicht zwingend geboten FSt 143, 482
- Die gemeindliche Ausgestaltungsbefugnis ist nicht auf die Gesamtkonzeption eines Volkstfests beschränkt, sondern kann auch eine detailliertere Einzelgestaltung innerhalb einer Angebotssparte erfassen FSt 143, 483

- Eine lückenlose Durchnormierung des gemeindlichen „Anforderungsprofils“ ist nicht geboten FSt 143, 484
- Die Attraktivität eines Fahrgeschäfts (hier: Riesenrad) kann ein Hauptkriterium bei der Auswahl sein FSt 143, 484
- Das Kriterium „bekannt und bewährt“ kann als Hilfskriterium herangezogen werden FSt 143, 485

Vorausleistungen, Vorauszahlungen

- Erschließungsbeitrag: Erhebung einer Vorausleistung; Prognose der Rechtmäßigkeit der Herstellung GK 134, 343
- Die Prognose der Gemeinde zur Absehbarkeit der endgültigen Herstellung muss auf die Herstellung einer genau bestimmten, grundsätzlich beitragsfähigen Erschließungsanlage gerichtet sein GK 134, 344
- Eine unklare, widersprüchliche Tatsachengrundlage führt zur Rechtswidrigkeit eines Vorausleistungsbescheides GK 134, 345

Vorkaufsrecht

- Ermessensgebrauch bei der Ausübung FSt 56, 188
- Eine fehlende Begründung der Ermessensentscheidung im Verwaltungsakt hat eine Indizwirkung für eine fehlende Ermessensausübung FSt 56, 188
- Eine ordnungsgemäße Ermessensentscheidung bei Ausübung eines Vorkaufsrechts setzt voraus, dass auch eine Gewichtung oder Abwägung des „Für und Wider“ der sich gegenüberstehenden öffentlichen und privaten Belange erkennbar ist oder andere Alternativen im Rahmen des Ermessenspielraums diskutiert werden FSt 56, 189

W

Wahlkostenerstattung

- Erstattung der Wahlkosten für die Bundestagswahl durch den Bund GK 145, 367

Wahlrecht

- Landeswahlgesetz: Nichtigkeit von Art. 88a LWG (Volksbefragung) FSt 25, 81

Waldgesetz

- Änderung des Bundeswaldgesetzes FSt 171, 579
- Weiterhin Beratung der Waldbesitzer durch die Förstämter FSt 171, 580

Wasserrecht

- Die neue Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) FSt 172, 581
- Bundeseinheitliche Regelung; Zuständigkeiten FSt 172, 581
- Umsetzung europarechtlicher Vorgaben FSt 172, 582
- Struktur und Gliederung der AwSV FSt 172, 583
- Anwendungsbereich der AwSV, Begriffsbestimmungen FSt 172, 584
- Einstufung von Stoffen und Gemischen FSt 172, 586
- Technische und organisatorische Anforderungen an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen FSt 172, 587
- Technische und organisatorische Anforderungen an JGS-Anlagen FSt 172, 589
- Anforderungen an Sachverständigenorganisationen und Sachverständige FSt 172, 589
- Anforderungen an Güte- und Überwachungsgemeinschaften FSt 172, 590
- Anforderungen an Fachbetriebe FSt 172, 590
- Ordnungswidrigkeiten FSt 172, 591
- Übergangsbestimmungen für Anlagen FSt 172, 591
- Übergangsbestimmungen für Sachverständigenorganisationen FSt 172, 592
- Übergangsbestimmungen für Fachbetriebe FSt 172, 593
- Übergangsbestimmungen für die Güte- und Überwachungsgemeinschaften FSt 172, 593
- Wann ist ein verrohrter Graben noch ein Gewässer im Sinne der wasserrechtlichen Vorschriften? FSt 187, 633
- Rechtlicher Rahmen für den Verlust der Gewässereigenschaft FSt 187, 634
- Maßgeblichkeit einer funktionsbezogenen Betrachtungsweise FSt 187, 635
- Kein Verlust der Gewässereigenschaft durch Einbeziehung in eine Abwasseranlage FSt 187, 636
- Kein Entwässerungsgraben von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung FSt 187, 636

Wasserschutzgebiet

- Schutzanordnungen durch Verwaltungsakt FSt 160, 543
- Der Wortlaut des § 52 Abs. 1 Satz 1 WHG 2010 lässt eine Entscheidung durch Allgemeinverfügung zu FSt 160, 544

Wasserschutzgebiete

- Pflicht zur Aufhebung eines Trinkwasserschutzgebiets; Beteiligung kommunaler Träger der Wasserversorgung; Verschlechterungsverbot FSt 20, 66
- Ein Träger einer kommunalen Wasserversorgung kann als Behörde einen Antrag auf Normenkontrolle gegen eine Aufhebungsverordnung eines Trinkwasserschutzgebietes in seinem Zuständigkeitsbereich stellen FSt 20, 66
- Die Eignung eines Trinkwasserschutzgebietes ist nicht mehr gegeben, wenn eine fortgeführte Unterschutzstellung keinen Einfluss auf die wesentliche Beeinträchtigung des Wasservorkommens hat FSt 20, 68

Wasserversorgung

- Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang wegen fehlender Amortisation eines privaten Hausbrunnens FSt 218, 721
- Kein Aufwendungsersatz für einen in Eigenregie hergestellten Grundstücksanschluss nach Teilung des bereits angeschlossenen Grundstücks GK 235, 538
- Nach Grundstücksteilung wird mit der Verlegung eines neuen Grundstücksanschlusses kein fremdes, sondern ein eigenes Geschäft wahrgenommen GK 235, 538
- Wenn ein Grundstück bereits angeschlossen ist, kann eine Verpflichtung zur Erstattung der durch die Verlegung einer Anschlussleitung angefallenen Kosten nicht entstehen GK 235, 539
- Für ein durch Teilung entstandenes neues Grundstück kann eine gesonderte Entwässerung bzw. Wasserversorgung nur verlangt werden, wenn es noch nicht an die öffentliche Einrichtung angebunden ist GK 235, 540

Wasserwirtschaftliche Vorhaben

- Bek des StMUV vom 27.3.2017 – Änderung der Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben GK 122, 312

Wasserzähler

- Maßnahmen gegen den Einbau überdimensionierter Wasserzähler bei Neubau oder Austausch GK 146, 367
- Zählergröße bei Ersteinbau GK 146, 367
- Richtigkeit der Messung muss gewährleistet sein GK 146, 368
- Evtl. Austausch des Wasserzählers wegen sinkendem Wasserverbrauch GK 146, 368

Widerspruchsverfahren

- Fakultatives Widerspruchsverfahren im landwirtschaftsbezogenen Tierschutz FSt 138, 470

Wohnungsunternehmen, kommunale

- Kommunale Wohnungsbaugesellschaften zur Bereitstellung wirtschaftlichen Wohnraums sind öffentliche Auftraggeber und unterliegen daher dem Vergaberecht GK 215, 497
- Sozialer Wohnungsbau ist eine im Allgemeininteresse liegende Aufgabe GK 215, 498
- Es ist ohne Belang, dass auch private Wohnungsbaugesellschaften preisgünstige Wohnungen herstellen GK 215, 498
- Bereitstellung von Wohnraum in „nichtgewerblicher Art“ GK 215, 498

Z

Zinsen

- Zinsen für die Verzinsung des Anlagekapitals GK 88, 241

Zinssätze

- Weiterhin keine Änderungen beim Basiszinssatz, beim Satz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und beim Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität GK 154, 383

Zivilprozessordnung

- Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2017 – PKHB 2018) vom 12.12.2016 GK 39, 95

Zugang von Schriftstücken

- Bekanntgabe eines Grundsteuerbescheides; Bestreiten des Zugangs mit Nichtwissen durch einen Dritten GK 34, 83
- Wirksam ist ein Steuerbescheid, wenn er dem Adressaten bekannt gegeben worden ist (§ 124 Abs. 1 AO) GK 34, 84
- Keine sonstigen Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit des Duldungsbescheides GK 34, 87

Zulagen

- Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes und der Bayerischen Zulagenverordnung FSt 98, 328

Zuwendungen, Zuschüsse

- Bek des StMI vom 30.12.2016 – Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen des Freistaats Bayern zur Förderung des außerschulischen Sports (Sportförderrichtlinien – SportFöR) GK 54, 144
- Bek des StMELF vom 29.12.2016 – Änderung der Finanzierungsrichtlinien Ländliche Entwicklung GK 54, 144

- Bek des StMELF vom 19.12.2016 – Richtlinien zur Förderung der strukturellen Weiterentwicklung der bayerischen Weinbauggebiete und der Infrastruktur zur Vermarktung von Wein GK 54, 144
- Bek des StMAS vom 5.1.2017 – Förderung der Erziehungsberatungsstellen GK 54, 144
- Bek des StMAS vom 5.1.2017 – Richtlinie zur Förderung Koordinierender Kinderschutzstellen KoKi – Netzwerk frühe Kindheit GK 54, 144
- Bek des StMELF vom 17.1.2017 – Dorferneuerungsrichtlinien zum Vollzug des Bayerischen Dorfentwicklungsprogramms (DorfR) GK 62, 168
- Bund fördert kommunale E-Fahrzeuge, Ladeinfrastruktur und Elektromobilitätskonzepte GK 90, 244
- Bek des StMELF vom 20.3.2017 – Änderung der LEADER-Förderrichtlinie für den Zeitraum 2014 bis 2020/23 im Rahmen der Maßnahmenbeschreibung LEADER gemäß Art. 32 und 35 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 und Art. 42 bis 44 der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 GK 130, 336
- Förderung der Anschaffung von diesel-elektrischen Hybridbussen GK 133, 342
- Kommunale Förderung der Barrierefreiheit GK 156, 385
- Bek des StMI vom 22.5.2017 – Änderung der Kommunalinvestitionsförderungsrichtlinien GK 168, 408
- Förderung von Energieberatung für Nichtwohngebäude von Kommunen GK 170, 414

Zwangsvollstreckung

- (Un-)Pfändbarkeit von Nachtarbeitszuschlägen GK 55, 145
- Nachbesserung einer Vermögensauskunft GK 71, 193
- Einem Auskunftsbeghären fehlt ausnahmsweise das Rechtsschutzbedürfnis, wenn es mutwillig ist GK 71, 193
- Kein Auskunftsanspruch über Erstattungsfordernungen für Betriebs- und Heizkosten, die der Sozialhilfeträger für einen Empfänger von Leistungen nach dem SGB II an den Vermieter geleistet hat GK 71, 194
- Auch kein ergänzender Auskunftsanspruch hinsichtlich einer Kautions GK 71, 196
- Bekanntmachung zu den §§ 850c und 850f der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2017) vom 28.3.2017 GK 102, 264
- Einholung von Kontoinformationen bei vorläufigem EU-Kontenpfändungsbeschluss GK 112, 289

- Kein Wahlrecht der Steuerbehörde zwischen einer Klage nach dem Anfechtungsgesetz und einem Duldungsbescheid GK 131, 337
- Ist die Behörde kraft Gesetzes zur hoheitlichen Durchsetzung eines Anspruchs verpflichtet, kann sie nicht stattdessen Leistungsklage erheben GK 131, 337
- Eine Klage nach dem Anfechtungsgesetz lässt § 191 Abs. 1 Satz 2 AO in Haftungsfällen nicht zu GK 131, 338
- Für eine Klagemöglichkeit spricht auch kein praktisches Bedürfnis, da der Duldungsbescheid ein ebenso effektives Mittel darstellt GK 131, 339
- Die Verletztenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung kann als laufende Geldleistung insgesamt wie Arbeitseinkommen gepfändet werden GK 143, 361
- Behördliche Pfändungs- und Überweisungsverfügung; Anfechtbarkeit; Bestehen der gepfändeten Forderung; einseitige Erledigungserklärung des Klägers; Erledigungsfeststellung GK 169, 409
- Erledigung des Verfahrens durch Aufhebung der Pfändungs- und Überweisungsverfügung GK 169, 410
- Drittschuldner können grundsätzlich Rechtsschutz gegen eine behördliche Pfändungs- und Überweisungsverfügung in Anspruch nehmen GK 169, 411
- Drittschuldner können sich nicht darauf berufen, dass die gepfändete Forderung nicht besteht GK 169, 413
- Keine Besonderheiten bei der gemeindlichen Eigenvollstreckung GK 169, 414
- Gesetz zur Verbesserung der Sachaufklärung in der Verwaltungsvollstreckung vom 30.6.2017 GK 176, 432
- Pfändungsschutz für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszulagen GK 229, 529

Zweckentfremdung

- Änderung des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum FSt 196, 657

Zweitwohnungssteuer

- Wirksame Beschränkung der Eigennutzung der Wohnung auf bis zu einem Monat im Jahr FSt 182, 615
- Die Heranziehung zum vollen Jahressteuersatz ist unangemessen bei einer jährlichen Eigennutzungsmöglichkeit von nur bis zu einem Monat FSt 182, 617

- Eine weitere Beschränkung der Eigennutzungsmöglichkeit über die zeitliche Obergrenze von einem Monat hinaus ist unverhältnismäßig FSt 182, 617
- Eine weitere Beschränkung der Eigennutzungsmöglichkeit widersprüche auch höherrangigem Recht FSt 182, 619
- Der besondere Schutz der Ehe durch Art. 6 Abs. 1 GG erlaubt es, bei der Zweitwohnungssteuererhebung Ehegatten, nicht dauernd getrennt lebende Ehegatten im Verhältnis zu ungebundenen Partnerbeziehungen durch Ausnahme von der Steuerpflicht besserzustellen GK 64, 176
- Im Abgabenrecht müssen Satzungsregelungen möglichst klar und exakt formuliert sein GK 64, 177
- Keine Auslegung des Satzungstextes dahingehend, dass die Nebenwohnung überwiegend genutzt werden muss (weil nur dann eine melderechtliche Zwangslage für den Steuerpflichtigen besteht) GK 64, 177
- Eine wortlauteinschränkende Auslegung der Satzungen ist verfassungsrechtlich nicht geboten, weil keine unzulässige Privilegierung Verheirateter gegenüber Ledigen vorliegt GK 64, 179
- Eine Privilegierung Verheirateter läuft dem Wesen einer Aufwandsteuer nicht zuwider, denn sie stellt nicht auf den Zweck des Aufenthalts in der Zweitwohnung ab GK 64, 181
- Verfügungsmacht von Miteigentümern bei unentgeltlicher Überlassung an Dritte GK 80, 218
- Wer eine Wohnung einem Angehörigen oder sonstigen Dritten unentgeltlich überlässt, kann weiterhin Inhaber der Wohnung sein, wenn er sich der Verfügungsmacht über sie nicht begibt GK 80, 219
- Wer eine Wohnung im Rahmen einer Leihe unentgeltlich zur alleinigen Nutzung überlässt, begibt sich als Verleiher dadurch der für die Zweitwohnungssteuerpflicht erforderlichen Verfügungsmacht, wenn die Geltung der mieterrechtlichen Kündigungsvorschriften vereinbart worden ist GK 80, 220
- Enthält der Leihvertrag keine Abrede über die Geltung mieterrechtlicher Kündigungsvorschriften und ist die Dauer der Leihe weder bestimmt noch aus dem Zweck zu entnehmen, verbleibt die für die Zweitwohnungssteuerpflicht erforderliche Verfügungsmacht bei dem Verleiher GK 80, 221

- Voraussetzung für die Zweitwohnungssteuerpflicht von Miteigentümern ist nicht die jeweilige Verfügungsmacht der einzelnen Miteigentümer, sondern deren gemeinschaftliche Verfügungsmacht GK 80, 221
 - Die Antragsfrist des Art. 3 Abs. 3 Satz 7 KAG ist eine gesetzliche Ausschlussfrist, von der die Gemeinde nicht abweichen kann GK 105, 273
 - Die Frist des Art. 3 Abs. 3 Satz 7 KAG ist eine gesetzliche Ausschlussfrist GK 105, 273
-
- Keine Auslegung des Gesetzestextes dahingehend, dass die Frist auch noch als gewährt angesehen werden kann, wenn der Antrag auf Befreiung kurz nach (erstmaligem) Erhalt der Steuererklärungsformulare gestellt wird GK 105, 274
 - Eine „Kulanzregelung“ der steuererhebenden Gemeinde, die gesetzliche Antragsfrist bei erstmaliger Veranlagung zur Steuer nicht zu beachten, ist rechtswidrig GK 105, 275
 - Zur Frage eines Billigkeitserlasses der Zweitwohnungssteuer GK 105, 277

II. Verzeichnis der Entscheidungen, geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge

Die Zahlen bedeuten Randnummern

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH)

Urteil	v. 24.05.2016	Rs. C-396.14.....	FSt	144
Urteil	v. 14.07.2016	Rs. C-406.14.....	GK	108
Urteil	v. 28.07.2016	Rs. C-433.15.....	FSt	181
Urteil	v. 07.09.2016	Rs. C-549.14.....	FSt	219
Urteil	v. 27.10.2016	Rs. C-292.15.....	FSt	34
Urteil	v. 21.12.2016	Rs. C-51.15.....	FSt	178

Bundesverfassungsgericht

Beschluss	v. 24.03.2016	1 BvR 2012.13.....	FSt	177
Beschluss	v. 10.06.2016	1 BvR 742.16.....	FSt	177
Beschluss	v. 19.07.2016	2 BvR 470.08.....	FSt	131
Beschluss	v. 21.07.2016	1 BvR 3092.15.....	GK	4
Urteil	v. 13.10.2016	2 BvR 1368.16, 2 BvR 1444.16, 2 BvR 1823.16, 2 BvR 1482.16, 2 BvE 3.16.....	FSt	48
Beschluss	v. 31.10.2016	1 BvR 871.13, 1 BvR 1833.13.....	GK	64

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Entscheidung	v. 21.11.2016	Vf. 15-VIII-14, 8-VIII-15.....	FSt	25
--------------	---------------	--------------------------------	-----	----

Bundesverwaltungsgericht

Urteil	v. 01.10.2015	7 C 8.14.....	FSt	9
Beschluss	v. 02.11.2015	4 B 32.15.....	FSt	6
Urteil	v. 04.11.2015	4 CN 9.14.....	FSt	16
Urteil	v. 26.11.2015	7 CN 1.14.....	FSt	20
Urteil	v. 17.12.2015	4 C 7.14.....	FSt	30
Beschluss	v. 12.01.2016	4 BN 11.15.....	FSt	79
Urteil	v. 28.01.2016	2 A 1.14.....	FSt	146
Urteil	v. 28.01.2016	2 C 21.14.....	FSt	183
Urteil	v. 04.02.2016	5 C 12.15.....	FSt	4
Urteil	v. 25.02.2016	2 C 14.14.....	FSt	40

Urteil	v. 17.03.2016	2 A 4.15.....	FSt	192
Urteil	v. 18.03.2016	6 C 6.15.....	FSt	60
Urteil	v. 06.04.2016	3 C 10.15.....	FSt	151
Urteil	v. 06.04.2016	4 CN 3.15.....	FSt	135
Urteil	v. 14.04.2016	7 C 12.14.....	FSt	62
Beschluss	v. 18.04.2016	4 BN 9.16.....	FSt	66
Beschluss	v. 04.05.2016	9 B 72.15.....	GK	106
Beschluss	v. 12.05.2016	4 BN 49.16.....	FSt	168
Urteil	v. 19.05.2016	5 C 36.15.....	FSt	85
Urteil	v. 25.05.2016	7 C 13.14.....	FSt	109
Urteil	v. 15.06.2016	9 C 19.15.....	GK	34
Urteil	v. 30.06.2016	7 C 4.15, 7 C 5.15.....	FSt	139
Urteil	v. 03.08.2016	4 C 3.15.....	FSt	197
Urteil	v. 09.08.2016	4 C 5.15.....	FSt	243
Beschluss	v. 11.08.2016	4 BN 23.16.....	FSt	18
Urteil	v. 01.09.2016	4 C 2.15.....	FSt	244
Urteil	v. 08.09.2016	10 CN 1.15.....	FSt	83
Beschluss	v. 13.09.2016	6 B 12.16.....	FSt	217
Urteil	v. 11.10.2016	9 C 28.15.....	GK	80
Urteil	v. 09.11.2016	4 C 1.16.....	FSt	256
Urteil	v. 15.11.2016	2 C 915.....	FSt	207
Urteil	v. 17.11.2016	2 C 27.15.....	FSt	193
Urteil	v. 23.11.2016	4 CN 2.16.....	FSt	267
Beschluss	v. 30.11.2016	4 BN 16.16.....	FSt	257
Urteil	v. 08.12.2016	4 C 7.15.....	FSt	268
Urteil	v. 25.01.2017	9 C 30.15.....	GK	131
Urteil	v. 02.02.2017	2 C 22.16.....	FSt	189
Urteil	v. 07.03.2017	9 C 20.15.....	GK	209
Urteil	v. 07.03.2017	9 C 20.15.....	GK	208

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Urteil	v. 11.08.2015	11 BV 15.909.....	FSt	59
Beschluss	v. 14.09.2015	22 ZB 15.1028.....	FSt	19
Beschluss	v. 22.10.2015	8 ZB 13.647, 8 ZB 15.2320.....	FSt	201
Beschluss	v. 23.11.2015	1 ZB 15.1978.....	FSt	17
Urteil	v. 25.11.2015	1 N 14.2049.....	FSt	29

Urteil	v. 25.11.2015	22 BV 13.1686.....	FSt	45
Urteil	v. 02.12.2015	5 B 15.1423.....	FSt	22
Beschluss	v. 05.01.2016	8 ZB 15.951	FSt	110
Beschluss	v. 12.01.2016	4 ZB 15.2030	FSt	92
Beschluss	v. 13.01.2016	22 CS 15.2643.....	FSt	84
Urteil	v. 13.01.2016	4 N 15.360.....	FSt	14
Urteil	v. 13.01.2016	8 B 15.522.....	FSt	128
Beschluss	v. 19.01.2016	22 ZB 15.551	FSt	111
Beschluss	v. 22.01.2016	9 ZB 15.2027	FSt	56
Beschluss	v. 26.01.2016	22 ZB 15.2358	FSt	42
Beschluss	v. 02.02.2016	14 ZB 15.147	FSt	33
Beschluss	v. 08.02.2016	14 ZB 15.204	FSt	13
Urteil	v. 01.03.2016	1 BV 15.1535.....	FSt	89
Beschluss	v. 07.03.2016	8 ZB 13.1667	FSt	94
Beschluss	v. 15.03.2016	17 P 14.2689	FSt	88
Beschluss	v. 15.03.2016	17 P 15.1211	FSt	15
Urteil	v. 15.03.2016	8 BV 14.1102	FSt	160
Beschluss	v. 30.03.2016	22 ZB 15.1760	FSt	121
Urteil	v. 06.04.2016	10 B 14.1054.....	FSt	141
Beschluss	v. 06.04.2016	22 ZB 16.366	FSt	93
Urteil	v. 21.04.2016	8 B 15.129.....	FSt	226
Urteil	v. 22.04.2016	1 B 12.2353.....	FSt	123
Urteil	v. 09.05.2016	4 B 15.2338.....	GK	115
Urteil	v. 18.05.2016	22 N 15.1526.....	FSt	149
Beschluss	v. 14.06.2016	14 ZB 14.1508	GK	74
Urteil	v. 21.06.2016	9 N 12.218.....	FSt	184
Urteil	v. 24.06.2016	14 N 14.1649.....	FSt	148
Urteil	v. 04.07.2016	4 BV 16.105.....	FSt	61
Urteil	v. 08.07.2016	4 B 15.1285.....	GK	56
Urteil	v. 14.07.2016	20 B 15.565.....	GK	48
Urteil	v. 14.07.2016	4 BV 15.1540.....	GK	24
Beschluss	v. 15.07.2016	3 ZB 15.2146	FSt	115
Urteil	v. 22.07.2016	12 BV 15.719.....	FSt	102
Beschluss	v. 22.07.2016	8 ZB 15.1304	FSt	235
Urteil	v. 28.07.2016	1 N 13.2678.....	FSt	210
Urteil	v. 01.08.2016	4 BV 15.844.....	GK	3
Urteil	v. 02.08.2016	22 B 16.619.....	FSt	125

Urteil	v. 02.08.2016	9 BV 15.1070 und 9 BV 15.1071	FSt	138
Urteil	v. 18.08.2016	8 B 15.2552	FSt	248
Beschluss	v. 25.08.2016	20 CS 16.1469	GK	126
Beschluss	v. 25.08.2016	9 ZB 13.1993	FSt	150
Beschluss	v. 02.09.2016	1 CS 16.1275	FSt	221
Beschluss	v. 12.09.2016	22 ZB 16.785	FSt	215
Urteil	v. 13.09.2016	1 N 15.4	FSt	222
Beschluss	v. 13.09.2016	4 ZB 14.2209	FSt	143
Beschluss	v. 14.09.2016	11 CS 16.1467	FSt	161
Beschluss	v. 26.09.2016	15 CE 16.1333	FSt	176
Urteil	v. 30.09.2016	4 N 14.546	GK	72
Beschluss	v. 07.10.2016	22 ZB 16.722	FSt	173
Beschluss	v. 10.10.2016	4 ZB 16.1295	FSt	216
Beschluss	v. 17.10.2016	4 ZB 16.373	FSt	190
Urteil	v. 18.10.2016	15 N 15.2613	FSt	157
Beschluss	v. 19.10.2016	22 ZB 16.1914	FSt	234
Urteil	v. 26.10.2016	4 B 16.506	FSt	218
Urteil	v. 09.11.2016	6 B 15.2732	FSt	28
Beschluss	v. 17.11.2016	8 ZB 14.543	FSt	187
Urteil	v. 07.12.2016	16a D 14.1215	FSt	106
Beschluss	v. 13.12.2016	12 CE 16.2333	FSt	202
Urteil	v. 13.12.2016	6 B 16.978	GK	93
Beschluss	v. 20.12.2016	4 CE 16.1939	FSt	260
Beschluss	v. 23.12.2016	4 CE 16.2063	FSt	271
Beschluss	v. 29.12.2016	22 CE 16.2618	FSt	188
Urteil	v. 26.01.2017	4 B 16.1541	GK	105
Urteil	v. 16.02.2017	20 BV 16.90	GK	159
Beschluss	v. 27.02.2017	22 C 16.1427	FSt	213
Beschluss	v. 27.02.2017	4 N 16.461	FSt	97
Urteil	v. 09.03.2017	20 B 16.115	GK	220
Beschluss	v. 16.03.2017	20 ZB 16.99	GK	235
Urteil	v. 05.04.2017	4 BV 16.1970	GK	127
Urteil	v. 02.05.2017	4 B 15.878	GK	169
Urteil	v. 17.05.2017	4 B 16.1856	FSt	204
Urteil	v. 18.05.2017	6 BV 16.2345	GK	194
Beschluss	v. 19.06.2017	4 ZB 16.449	GK	171
Beschluss	v. 10.08.2017	4 ZB 17.279	GK	221

Andere Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte

OVG Hamburg	Beschluss	v. 14.04.2016	2 Bs 29.16.....FSt	5
OVG Rheinland-Pfalz	Beschluss	v. 23.03.2016	10 B 10215.16.....FSt	179
OVG Rheinland-Pfalz	Beschluss	v. 05.08.2016	2 A 10300.16.....FSt	253
OVG Sachsen	Beschluss	v. 28.12.2016	1 B 250.16.....FSt	103
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 18.11.2015	8 S 2322.12.....FSt	1
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 21.01.2016	4 S 1082.14.....FSt	12
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 14.04.2016	2 S 2252.15.....GK	134

Verwaltungsgerichte

VG Ansbach	Urteil	v. 16.12.2015	AN 11 K 14.01575.....FSt	10
VG Augsburg	Urteil	v. 23.02.2016	Au 3 K 15.1070.....FSt	26
VG Augsburg	Urteil	v. 05.10.2016	Au 6 K 15.1165.....FSt	182
VG Regensburg	Urteil	v. 08.03.2016	RO 3 K 15.144.....FSt	39

Bundesgerichtshof

Urteil	v. 20.01.2016	VIII ZR 152.15.....GK	120
Urteil	v. 03.02.2016	VIII ZR 69.15.....GK	9
Urteil	v. 18.02.2016	III ZR 126.15.....FSt	24
Beschluss	v. 23.02.2016	VIII ZR 321.14.....GK	190
Beschluss	v. 03.03.2016	I ZB 74.15.....GK	71
Beschluss	v. 18.03.2016	V ZR 266.14.....FSt	49
Urteil	v. 22.03.2016	XI ZR 425.14.....GK	32
Urteil	v. 24.03.2016	I ZR 263.14.....FSt	82
Urteil	v. 24.03.2016	VII ZR 201.15.....FSt	90
Urteil	v. 06.04.2016	VIII ZR 211.10, VIII ZR 71.10.....GK	58
Urteil	v. 07.04.2016	VII ZR 56.15.....FSt	80
Urteil	v. 19.04.2016	X ZR 77.14.....FSt	43
Beschluss	v. 10.05.2016	X ZR 66.15.....FSt	31
Urteil	v. 11.05.2016	VIII ZR 209.15.....GK	28
Urteil	v. 02.06.2016	VII ZR 348.13.....FSt	136
Beschluss	v. 20.06.2016	IX ZB 66.15.....GK	143
Urteil	v. 24.06.2016	4 StR 440.15.....FSt	220
Beschluss	v. 29.06.2016	VII ZB 4.15.....GK	55

Beschluss	v. 30.06.2016	III ZR 316.15	FSt	194
Urteil	v. 13.07.2016	VIII ZR 296.15.....	GK	77
Urteil	v. 20.07.2016	VIII ZR 263.14.....	GK	68
Urteil	v. 03.08.2016	IX R 14.15.....	GK	65
Urteil	v. 16.08.2016	VI ZR 634.15	FSt	209
Urteil	v. 24.08.2016	VIII ZR 261.15.....	GK	100
Urteil	v. 08.09.2016	VII ZR 168.15.....	GK	52
Urteil	v. 05.10.2016	VIII ZR 222.15.....	GK	167
Urteil	v. 06.10.2016	VII ZR 185.13.....	FSt	91
Beschluss	v. 18.10.2016	KZB 46.15.....	GK	224
Urteil	v. 20.10.2016	III ZR 278.15	FSt	102
Beschluss	v. 16.11.2016	VII ZR 314.13.....	FSt	198
Urteil	v. 18.11.2016	V ZR 266.14.....	FSt	49
Urteil	v. 29.11.2016	X ZR 122.14.....	GK	150
Beschluss	v. 08.12.2016	V ZB 41.14.....	GK	144
Urteil	v. 20.12.2016	VI ZR 612.15	FSt	264
Beschluss	v. 24.01.2017	VIII ZR 285.15.....	GK	238
Beschluss	v. 31.01.2017	X ZB 10.16.....	FSt	132

Andere Zivil- und Straferichte

KG Berlin	Urteil	v. 05.04.2016	9 U 41.15	FSt	147
LAG Berlin-Brandenburg	Urteil	v. 14.01.2016	5 Sa 657.15	FSt	23
LG Bremen	Urteil	v. 04.05.2016	1 O 610.14	FSt	251
OLG Bamberg	Urteil	v. 18.01.2016	4 U 160.14	FSt	174
OLG Bamberg	Beschluss	v. 11.04.2016	4 U 196.15	GK	75
OLG Brandenburg	Beschluss	v. 17.02.2016	5 U 29.15	GK	51
OLG Brandenburg	Urteil	v. 16.03.2016	4 U 19.15	FSt	91
OLG Brandenburg	Urteil	v. 17.03.2016	12 U 76.15	GK	59
OLG Brandenburg	Beschluss	v. 06.12.2016	6 Verg 4.16.....	GK	215
OLG Celle	Urteil	v. 30.07.2015	5 U 24.15	GK	84
OLG Celle	Urteil	v. 02.12.2015	7 U 75.15	FSt	186
OLG Celle	Beschluss	v. 29.11.2016	13 Verg 8.16.....	GK	162
OLG Celle	Beschluss	v. 19.12.2016	13 Verg 7.16.....	GK	153
OLG Dresden	Beschluss	v. 26.01.2016	Verg 1.16.....	FSt	263
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 17.02.2016	Verg 37.14.....	FSt	7
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 16.03.2016	Verg 48.15.....	FSt	67

OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 03.04.2016	Verg 47.15.....FSt	252
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 14.04.2016	Verg 52.15.....FSt	238
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 08.06.2016	Verg 3.16.....FSt	144
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 02.11.2016	Verg 25.16.....FSt	263
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 11.07.2016	21 U 2.16.....GK	75
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 22.07.2016	8 W 38.16.....FSt	231
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 11.10.2016	11 Verg 12.16.....FSt	251
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 28.04.2017	29 U 166.16.....GK	189
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 09.05.2017	11 Verg 5.17.....GK	218
OLG Jena	Urteil	v. 01.09.2015	5 U 341.14.....FSt	186
OLG Karlsruhe	Beschluss	v. 18.05.2016	14 U 172.15.....GK	36
OLG Karlsruhe	Beschluss	v. 17.03.2017	15 Verg 2.17.....GK	174
OLG Koblenz	Urteil	v. 30.06.2016	1 U 1248.15.....FSt	73
OLG Koblenz	Urteil	v. 25.08.2016	1 U 260.16.....FSt	223
OLG Köln	Beschluss	v. 24.10.2016	11 W 54.16.....GK	139
OLG Köln	Urteil	v. 29.12.2016	16 U 49.12.....FSt	245
OLG München	Urteil	v. 24.03.2016	23 U 1884.15.....GK	26
OLG München	Urteil	v. 04.05.2016	13 U 1145.15 Bau.....FSt	122
OLG München	Beschluss	v. 02.06.2016	Verg 15.15.....FSt	74
OLG München	Beschluss	v. 24.08.2016	Verg 3.16.....GK	109
OLG München	Beschluss	v. 13.03.2017	Verg 15.16.....FSt	159
OLG Naumburg	Urteil	v. 09.03.2016	2 U 2.11.....FSt	186
OLG Naumburg	Beschluss	v. 16.12.2016	Verg 6.16.....GK	206
OLG Oldenburg	Urteil	v. 25.04.2017	6 U 170.16.....GK	225
OLG Saarbrücken	Urteil	v. 24.02.2016	1 U 60.15.....GK	8
OLG Saarbrücken	Beschluss	v. 27.06.2016	1 Verg 2.16.....GK	61
OLG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 14.04.2015	1 U 187.13.....FSt	186
OLG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 09.12.2016	1 U 17.13.....FSt	211

Bundesarbeitsgericht

Urteil	v. 19.01.2016	2 AZR 449.15.....FSt	113
Urteil	v. 20.01.2016	6 AZR 782.14.....FSt	3
Urteil	v. 27.01.2016	4 AZR 468.14.....FSt	35
Urteil	v. 24.02.2016	4 AZR 485.13.....FSt	114
Beschluss	v. 24.02.2016	7 ABR 20.14.....FSt	46
Urteil	v. 24.02.2016	7 AZR 712.13.....FSt	27

Urteil	v. 16.03.2016	4 AZR 421.15.....	FSt	167
Urteil	v. 16.03.2016	4 AZR 461.14.....	GK	136
Urteil	v. 23.03.2016	7 AZR 827.13.....	FSt	180
Urteil	v. 23.03.2016	7 AZR 828.3.....	FSt	155
Beschluss	v. 20.04.2016	7 ABR 50.14.....	FSt	119
Urteil	v. 21.04.2016	8 AZR 753.14.....	FSt	167
Urteil	v. 12.05.2016	6 AZR 365.15.....	GK	25
Urteil	v. 19.05.2016	8 AZR 470.14.....	FSt	206
Urteil	v. 22.05.2016	5 AZR 318.15.....	GK	57
Urteil	v. 09.06.2016	6 AZR 321.15.....	FSt	163
Urteil	v. 27.07.2016	7 AZR 255.14.....	GK	83
Urteil	v. 09.08.2016	9 AZR 575.15.....	FSt	51
Urteil	v. 11.08.2016	8 AZR 375.15.....	FSt	240
Beschluss	v. 22.08.2016	2 AZB 26.16.....	FSt	49
Urteil	v. 22.09.2016	6 AZR 432.15.....	GK	149
Urteil	v. 20.10.2016	6 AZR 471.15.....	FSt	96
Urteil	v. 26.10.2016	5 AZR 167.16.....	FSt	175
Urteil	v. 02.11.2016	10 AZR 596.15.....	FSt	265
Beschluss	v. 13.12.2016	1 ABR 7.15.....	FSt	203
Urteil	v. 15.12.2016	2 AZR 42.16.....	FSt	261
Urteil	v. 15.12.2016	6 AZR 578.15.....	GK	135
Urteil	v. 21.12.2016	5 AZR 273.16.....	GK	161
Urteil	v. 15.02.2017	7 AZR 223.15.....	FSt	236
Urteil	v. 02.03.2017	2 AZR 427.16.....	FSt	249

Bundesfinanzhof

Urteil	v. 20.01.2016	VI R 24.15.....	FSt	47
Urteil	v. 09.03.2016	I R 66.14.....	GK	6
Urteil	v. 07.07.2016	III ZR 19.15.....	FSt	117
Urteil	v. 20.10.2016	V R 26.15.....	GK	117
Urteil	v. 09.11.2016	I R 56.15.....	GK	128
Urteil	v. 16.11.2016	XI R 15.13.....	GK	107
Beschluss	v. 28.11.2016	GrS 1.15.....	GK	92
Urteil	v. 15.12.2016	V R 44.15.....	GK	118
Urteil	v. 28.06.2017	XI R 1215.....	GK	236

Finanzgerichte

FG Berlin-Brandenburg	Urteil	v. 04.04.2017	2 K 2309.15.....	GK	210
-----------------------	--------	---------------	------------------	----	-----

Bundessozialgericht

BSG	Urteil	v. 15.06.2016	B 4 AS 45.15.....FSt	208
BSG	Urteil	v. 05.07.2016	B 2 U 5.15 RFSt	116

Landessozialgerichte

LSG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 16.03.2016	L 8 U 71.12.....FSt	195
------------------------	--------	---------------	---------------------	-----